

Grosser Gemeinderat Winterthur

Protokoll der **6./7. Sitzung** des Grossen Gemeinderates im Amtsjahr 2019/2020 vom 1. Juli 2019

von 16.15 bis 18.25 Uhr und von 20.00 bis 21.50 Uhr

Vorsitz: A. Geering (CVP)

Protokoll: A. Fatzer

Entschuldigt: 6. Sitzung: K. Cometta (GLP), M. Steiner (SP) Stadtpräsident M. Künzle
7. Sitzung: M. Gross (SVP), M. Büchi (SVP)
6./7. Sitzung: M. Reinhard (SVP), T. Brütsch (SVP), L. Jacot (SP)

Traktanden

Trakt. Nr.	Ge- sch. Nr.	Geschäftstitel	Referent/in
1.		Protokoll der 2./3. Sitzung	
2.	19.54	Wahl von zwei Mitgliedern in den Vorstand des Vereins «House of Winterthur» anstelle der zurücktretenden S. Gyax-Matter (GLP) und C. Etter-Gick (FDP) für den Rest der Amtsdauer 2018/2022	S. Stierli
3.	19.61	Wahl eines Mitgliedes in die Aufsichtskommission anstelle des zurücktretenden Th. Wolf (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2018/2022	S. Stierli
4.	19.62	Wahl eines Mitgliedes in die Sachkommission Soziales und Sicherheit anstelle des zurücktretenden M. Wäckertlin (PP) für den Rest der Amtsdauer 2018/2022	S. Stierli
4.b* Nach- träglich einge- schoben	19.65	Wahl einer Spezialkommission zur Vorbereitung der Neubesetzung Ombudsperson (SOP): Festlegung der Kommissionsgrösse, Wahl der Mitglieder und des Präsidenten / der Präsidentin (<i>Behandlung am 1. Juli</i>)	S. Stierli
5.	19.27 (DFI)	Abnahme der Jahresrechnung und des Geschäftsberichtes 2018	F. Helg
6.*	19.64	Tätigkeitsbericht 2018/19 der Finanzkontrolle	I. Kuster

7.*	19.44	Jahresbericht 2018 der Ombudsstelle	U. Glättli
8.	19.52	Tätigkeitsbericht 2018 des Datenschutzbeauftragten	U. Glättli
9.	18.8 (DSS)	Antrag und Bericht zur Motion G. Stritt (SP), K. Gander (Grüne/AL), B. Huizinga (EVP), K. Cometta (GLP) und Ch. Magnusson (FDP) betr. Kosten und Qualität der Kinderbetreuung im Vorschulalter	L. Banholzer
10.	18.110 (DSS)	Begründung der Motion R. Keller (SP), B. Huizinga (EVP) und K. Gander (Grüne / AL) betr. PraktikantInnen in Kitas	
11.	19.60 (DKD)	Begründung des Postulats K. Cometta-Müller (GLP), M. Sorgo (SP), B. Huizinga (EVP) und K. Gander (Grüne/AL) betr. Lohngleichheit zwischen Mann und Frau beim Beschaffungswesen und bei Leistungseinbarungen einfordern	
12.*	19.59 (DSO)	Begründung des Postulats M. Wäckerlin (PP), K. Cometta (GLP) und R. Keller betr. Cannabis Pilotversuch umsetzen	
13.*	19.58 (DB)	Begründung des Postulats U. Glättli (GLP), B. Zäch (SP) und K. Frei Glowitz (Grüne/AL) betr. Mattenbach revitalisieren und vernetzen	
14.*	19.57 (DTB)	Begründung des Postulats M. Nater (GLP), Ch. Griesser (Grüne/AL), M. Bänninger (EVP), R. Heuberger (FDP) und G. Stritt (SP) betr. Optimierung der öffentlichen Strassenbeleuchtung zur Reduktion der Lichtverschmutzung und des Energieverbrauches	
15.*	16.82 (DTB)	Antrag und Bericht zum Postulat D. Hofstetter (Grüne/AL), F. Landolt (SP), L. Banholzer (EVP/BDP) und M. Nater (GLP) betr. kostendeckende Solarstromproduktion auf städtischen Liegenschaften	
16.*	17.97 (DTB)	Beantwortung der Interpellation D. Schneider (FDP), S. Gygax-Matter (GLP) und R. Diener (Grüne) betr. Bus on demand	
17.*	17.98 (DTB)	Beantwortung der Interpellation A. Geering (CVP), F. Helg (FDP) und S. Gygax-Matter (GLP) betr. Autonome Busse ab Quartierbahnhöfen	
18.*	17.130 (DTB)	Beantwortung der Interpellation M. Nater (GLP), F. Helg (FDP), M. Bänninger (EVP) und A. Steiner (GLP) betr. Rückvergütung Gewinne aus Stromverkauf an Kunden	
19.*	17.129 (DTB)	Beantwortung der Interpellation H.R. Hofer (SVP), Z. Dähler (EDU) und M. Nater (GLP) betr. Stromgebühren der Stadtwerke Winterthur	
20.*	17.121 (DTB)	Beantwortung der Interpellation M. Zehnder (GLP) und A. Steiner (GLP) betr. Insektizide in der Stadt Winterthur	
21.	17.66 (DB)	Beantwortung der Interpellation S. Gygax-Matter (GLP), Ch. Baumann (SP) und Ch. Griesser (AL) betr. Verkehrsberuhigung Stadthausstrasse	
22.	17.160 (DB)	Antrag und Bericht zum Postulat Ch. Baumann (SP), S. Gygax-Matter (GLP/PP), Ch. Griesser (Grüne/AL) und M. Bänninger (EVP/BDP) betr. Aufenthaltsqualität an einer verkehrsberuhigten Stadthausstrasse	
23.	17.161 (DB)	Antrag und Bericht zur Motion S. Gygax-Matter (GLP/PP), Ch. Baumann (SP), Ch. Griesser (Grüne/AL) und M. Bänninger (EVP/BDP) betr. Verkehrsberuhigung Stadthausstrasse	

- | | | |
|-----|----------------|---|
| 24. | 17.96
(DB) | Beantwortung der Interpellation Ch. Magnusson (FDP) betr. Effizienz in der Verkehrssteuerung |
| 25. | 17.94
(DB) | Beantwortung der Interpellation F. Helg (FDP) betr. zeitliche Abwicklung von Strassenbauarbeiten |
| 26. | 17.95
(DB) | Beantwortung der Interpellation Ch. Magnusson (FDP) betr. Mobilität im hochverdichteten Raum: Think Tank und Versuchszonen |
| 27. | 17.120
(DB) | Beantwortung der Interpellation M. Zehnder (GLP) und K. Cometta-Müller (GLP) betr. Leitbild Naherholung Töss |
| 28. | 17.67
(DB) | Antrag und Bericht zum Postulat B. Zäch (SP), R. Diener (Grüne), F. Helg (FDP) und M. Bänniger (EVP) betr. Testplanung Gleiskorridor SBB (Töss-Lindspitz) |

** An dieser Sitzung behandelte Geschäfte*

Ratspräsident A. Geering: Ich begrüsse ganz herzlich zur heutigen Sitzung, der 6. und 7. Sitzung des Amtsjahres 2019/2020.

Ich weiss nicht, ob Ihr es vorhin mitbekommen habt: Es hat Frauen im Publikum, die uns als Rat Forderungen vom Frauenstreik des 14. Juni übergeben haben. Ich durfte diese vor der Sitzung entgegennehmen und der Parlamentsdienst wird Euch diese Forderungen zu den 7 Legislaturzielen des Stadtrates aus Sicht der Frauen zukommen lassen. Wir werden diese auch dem Stadtrat zukommen lassen. Ich möchte Euch als Einstimmung auf diese Dokumente, die Ihr erhalten werdet, einen Absatz aus dem letzten Abschnitt des Begleitbriefes vorlesen: «Wir fordern Sie alle auf, Winterthur nicht nur als Gartenstadt, Velostadt, Energiestadt, Bildungsstadt, Sportstadt und Kulturstadt wahrzunehmen, sondern den Superblock zur Brutstätte einer neuen Gesellschaft zu machen, getreu seinem Standort an der Pionier*innenstrasse.» Was damit gemeint ist, werdet Ihr in den Forderungen sehen können. Mir wurde bei der Übergabe gesagt, wir sollten dem Stadtrat Beine machen, um das zu verwirklichen. Und ich bin fast sicher, dass wir Fraktionen haben werden, die das wahrnehmen werden und auch uns als Gesamtrat Beine machen werden um zu schauen, wo dass wir uns auf dem Weg zur Gleichstellung von Mann und Frau verbessern können und da weiterkommen können auf dem Weg zu einer Gesellschaft vom 21. Jahrhundert.

Für heute entschuldigt sind Markus Reinhard, Tobias Brütsch und Lea Jacot. Für die 1. Sitzung entschuldigt haben sich Katrin Cometta, Markus Steiner und Stadtpräsident Mike Künzle entschuldigt. Für die 2. Sitzung entschuldigt ist Michi Gross. Carola Etter-Gick kommt mit etwas Verspätung.

Ich habe gesehen, dass Du aufgestreckt hast, Marc. Hast Du eine persönliche Erklärung? – Dann würde ich Dich hinten einreihen hinter die anderen persönlichen Erklärungen.

Wir haben heute eine Verabschiedung. Das letzte Mal bei uns in der Sitzung ist heute Abend Franco Albanese, SVP-Gemeinderat. Er war vom 1. Juli 2010 bis heute, 1. Juli 2019 Mitglied des Grossen Gemeinderates. Er war vom 1. Juli 2010 bis 1. Oktober 2012 Mitglied der Sachkommission Bildung, Sport und Kultur. Vom 1. Oktober 2012 bis 12. Mai 2014 war er Mitglied der Bürgerrechtskommission und vom 12. Mai 2014 bis am 15. Mai 2018 Mitglied der Aufsichtskommission. Franco, ich darf Dich nach vorne bitten. Du hast Dir da etwas ausgesucht und ich danke Dir vielmals für Deinen Einsatz im Gemeinderat zum Wohl unserer Stadt. Du fokussierst Dich jetzt auf das Kantonsratsmandat und auf den Nationalratswahlkampf, wie wir den Medien entnehmen konnten. Ich wünsche Dir alles Gute. (Applaus)

Mitteilungen

Ratspräsident A. Geering: Ich komme zu den Mitteilungen.

Wie angekündigt haben wir am nächsten Montag, am 8. Juli, unsere Klima-Sondersitzung. Die Einladung wurde verschickt. Ich bitte Euch, die Sitzungszeiten zu beachten: Die Sitzung beginnt um 17 Uhr und geht bis 19.15 Uhr. Dann gibt es eine dreiviertelstündige Essenspause und Ihr seid alle (Ratsmitglieder und Stadtratsmitglieder) eingeladen, mit uns ein Sandwichdinner einzunehmen im Festsaal im unteren Stock. Um 20 Uhr geht es weiter, die zweite Sitzung ist wie angekündigt open end, bis die Klima-Traktandenliste abgearbeitet ist. Wie im Begehren gewünscht, werden wir diese Sitzung mit Fraktionserklärungen zum Thema Klima, Klimawandel eröffnen. Ich möchte in diesem Rahmen darauf hinweisen: Wie angekündigt ist die Sitzung open end. Wenn Ihr Euch zeitlich mit Euren Voten beschränken könnt, dann werden wir früher fertig – und sonst später. Wir haben aber nicht Redezeitbeschränkung. Am Beispiel der Fraktionserklärungen kann man das gut aufzeigen: Wenn jede Fraktion 5 Minuten spricht oder 8 Minuten, dann geht es schon mal 20 Minuten schneller oder weniger schnell, bis wir dann abends fertig sind.

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass wir vor der Ratsitzung ab 16.15 Uhr das Referat von Frau Professor Seneviratne vom Institute for Atmospheric and Climate Science an der ETH Zürich haben. Sie wird aus wissenschaftlicher Sicht zum Thema des Klimawandels sprechen. Ich würde mich ausserordentlich freuen, wenn ich viele der Ratsmitglieder auch zu diesem Referat begrüßen könnte.

Ich möchte noch darauf hinweisen, dass Marc Wäckerlin allenfalls Bild- oder Tonaufnahmen von seinen Voten machen wird.

Fraktionserklärungen

Ratspräsident A. Geering: Wir kommen jetzt zu den Fraktionserklärungen. Als erstes wurde eine fraktionsübergreifende Erklärung angekündigt von SP und Grüne/AL. Das Wort hat Cristina Brozzi.

C. Brozzi (SP): Vor der heutigen Sitzung wurde dem Gemeinderatspräsident Andreas Geering ein Forderungskatalog des Frauenstreik-Kollektivs übergeben. Darin sind die gesammelten Anliegen zusammengetragen, die am 14. Juni auf dem Kirchplatz von sehr vielen Frauen aufgeschrieben wurden. Die Frauen fordern unter anderem eine vollständige Lohntransparenz von der Stadt als Arbeitgeberin und von allen Betrieben, an die die Stadt Aufträge vergibt; flexible Arbeitszeitmodelle für die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung; genügend finanzielle Mittel für eine integrative Schule, die den Namen auch verdient; eine klare Haltung gegen Sexismus, Rassismus, Homophobie und Transphobie in allen Bereichen der Stadt Winterthur.

Mit der Übergabe dieses Dossiers an uns Gemeinderätinnen und Gemeinderäte wird die Politik aufgerufen, Verantwortung zu übernehmen. Der Forderungskatalog zeigt auf, dass die Politik weiterhin gefordert ist, dass die für die Forderungen notwendigen gesetzlichen Anpassungen erfolgen sollen, dass die Verwaltung unserer Stadt ein Vorbild für eine fortschrittliche Arbeitgeberin übernimmt, dass die Stadt als Arbeitgeberin diese Vorbildfunktion vorlebt, z.B. bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf (für Frauen und Männer) oder – zukunftsgerichtet – die Förderung von allen Kindern und Jugendlichen aus unserer Stadt.

Nehmen wir die Stimmen von über 7'000 Frauen und solidarischen Männern aus Winterthur ernst und setzen wir uns weiterhin dafür ein, dass die Forderungen der Bevölkerung auch wirklich ernst genommen werden.

Ratspräsident A. Geering: Dann ist eine Fraktionserklärung der GLP angekündigt worden. Das Wort hat Silvia Gygax.

S. Gygax (GLP): Die Grünliberalen haben erst gestern Abend von dieser überparteilichen Fraktionserklärung, die Cristina Brozzi gerade gehalten hat, erfahren. Wir wurden vorher nicht einbezogen und konnten das auch gar nicht in der Fraktion besprechen. Frauensolidarität funktioniert für uns aber nur gemeinsam. Und eben auch parteiübergreifend.

Dass bürgerliche Fraktionen da nicht einmal angefragt wurden, finden wir eigentlich unverständlich. Frauenanliegen sollten nicht zu Parteigeschichten werden.

Für die GLP sind die Lohnungleichheit, die Gleichstellung, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und eine liberale Gesellschaft schon seit der Gründung zentrale Anliegen – und das nicht erst seit dem Frauenstreik. Wir wissen ja zum Beispiel schon, dass die Löhne bei der Stadtverwaltung auf Lohnungleichheit gescreent werden. Lohnungleichheit geniesst zum Glück in der Stadtverwaltung schon einen hohen Stellenwert. Letzte Woche haben wir da im Rat auch das Postulat von meiner Fraktionskollegin Katrin Cometta überwiesen. Dort wird die Lohnungleichheit auch bei Leistungsvereinbarungen und im Beschaffungswesen gefordert. Auch die Motion für Zielvorgaben für ausgewogene Vertretung der Geschlechter und ein Vorstoss, dass man das Gemeinderatspräsidium im Job-Sharing machen könnte, auch das ist von der GLP gekommen. Teilzeitarbeit wird von der GLP im Rahmen der neuen Personalverordnung gestärkt. Wir haben die Flexibilisierung von Arbeitszeitmodellen inklusive Pensenreduktionen im Fall von Kinderbetreuung bzw. von Betreuung von Angehörigen dort eingebracht. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist auch ein wichtiges Thema. So haben wir z.B. da die Morgenbetreuung wieder realisiert.

Die Ziele vom Frauenstreik teilen wir also voll und ganz. Wir verstehen unsere Aufgabe als Gemeinderätinnen da aber, konkrete Vorstösse zu erarbeiten. Wir sind offen für parteiübergreifende Zusammenarbeit. Aber es geht wirklich darum, dass man konkrete Vorstösse macht mit konkreten Massnahmen.

Ratspräsident A. Geering: Dann gibt es eine Fraktionserklärung von der EVP, Barbara Huizinga.

B. Huizinga (EVP): Die EVP unterstützt im Rat Vorstösse zu Gleichstellungsthemen konsequent. Wir danken für die Anfrage zur Unterstützung. Uns geht es aber gleich wie der GLP: Es ist in einer derartigen Kurzfristigkeit geschehen, dass es nicht möglich war, daraus eine Fraktionserklärung zu machen, weil wir uns in der Fraktion gar nicht besprechen konnten. Und wir uns natürlich gerne auch inhaltlich noch eingebracht hätten.

Es gibt sicher noch andere Möglichkeiten. Wir sind ja unterwegs, wir haben sehr viele Vorstösse. Zu den meisten der geforderten Punkte sind Vorstösse unterwegs und man ist daran, überparteilich zusammenzuarbeiten. Es ist einfach äusserst wichtig, und das sehe ich gleich wie Silvia Gygax, das sage ich jetzt persönlich, dass wir solche Anliegen eben allen Frauen, ohne Parteigrenzen, vorlegen und sie anfragen um Unterstützung. Denn wenn wir Gleichstellung wollen, müssen wir sie selber auch gleich leben und auch gleich behandeln.

Wir sind bereit, als EVP, und engagiert, in einem konstanten Dialog gemeinsam für die längst überfällige Sache der Frauen einzustehen und auch zu kämpfen.

Ratspräsident A. Geering: Damit kommen wir zur persönlichen Erklärung zum gleichen Thema von Marc Wackerlin.

M. Wackerlin (PP): Ich kann das, was der Ratspräsident gesagt und vorgelesen hat, nicht unwidersprochen so stehenlassen. Allerdings hat man schon ein bisschen gesehen: Es geht da nicht um Frauenthemen, es geht eigentlich um linke Ideologie. So ist es mir auch rübergekommen und von daher kann ich mich da sehr kurz fassen.

Ganz grundsätzlich: Die Aufgabe der Politik ist es nicht, die Gesellschaft zu verändern. Die Aufgabe der Politik ist es, die Menschen möglichst nicht zu behindern, damit sie sich entfalten können. Wichtig ist, dass jeder Mensch, egal ob Mann oder Frau, egal welches Geschlecht, egal welche Herkunft, welche Religion oder was auch immer jemand hat, dass jeder Mensch erreichen kann, was er erreichen will. Aber erreichen muss er es selber! Meine Damen und meine Herren, das gilt für beide.

Also wenn man die Gesellschaft verändern möchte, gilt «liefern statt lafern». Und leisten statt fordern.

Ratspräsident A. Geering: Wünscht der Stadtrat das Wort?

Stadträtin Ch. Meier: Nein.

Ratspräsident A. Geering: Die Erklärungen haben sich erschöpft. Wie angekündigt werden wir diesen Forderungskatalog verschicken und ich bitte die Kollegen und Kolleginnen, das mit einem offenen Spirit anzuschauen.

Traktandenliste

Ratspräsident A. Geering: Wir kommen zur Traktandenliste. Es ist 16.35 Uhr, wir sind gut unterwegs. Bei der Traktandenliste wird es so ablaufen, dass wir zuerst das nachträglich traktandierte Geschäft «Wahl einer Spezialkommission zur Vorbereitung der Neubesetzung Ombudsperson» behandeln werden.

Anschliessend werden wir die Traktanden 6 und 7 der Traktandenliste behandeln, die wir am 24.6. zurückgestellt haben auf heute.

Danach fahren wir mit dem Traktandum 13 weiter.

Das Traktandum 12, die Begründung des Postulats betreffend Cannabis Pilotversuch umsetzen behandeln wir am Anfang der Abendsitzung, wenn Katrin Cometta als Zweiteinreichende auch anwesend ist.

Wie angekündigt werden wir die Traktanden 21, 22 und 23 zusammen behandeln.

Gibt es Wortmeldungen zur Traktandenliste? – Das ist nicht der Fall. Damit ist diese Traktandenliste genehmigt.

4.b) Traktandum (nachträglich eingeschoben)

GGR-Nr. 2019.65: Wahl einer Spezialkommission zur Vorbereitung der Neubesetzung Ombudsperson (SOP): Festlegung der Kommissionsgrösse, Wahl der Mitglieder und des Präsidenten / der Präsidentin

Ratspräsident A. Geering: Wahl einer Spezialkommission zur Vorbereitung der Neubesetzung Ombudsperson. Das Wort hat der Präsident der IFK, Silvio Stierli.

S. Stierli (IFK): Zuerst möchte ich auch im Namen der IFK Viviane Sobotich herzlich gratulieren zur Wahl als teilsamtliche Verwaltungsgericht am Verwaltungsgericht des Kanton Zürich. Ich bedaure Deinen Rücktritt, aber ich verstehe es auch und wünsche Dir viel Erfolg im neuen Amt.

Sie hat sich auch sehr grosszügig bereiterklärt, bei den Modalitäten beim Rücktrittstermin noch zu schauen, dass man eine allfällige Neubesetzung noch einarbeiten kann und da Rücksicht nehmen. Das ist nicht selbstverständlich und sehr grosszügig.

Die IFK hat das Geschäft beraten und für diese Spezialkommission zur Vorbereitung der Neubesetzung Ombudsperson haben wir uns auf eine 7er-Kommission geeinigt, in der alle Fraktionen vertreten sein sollen, mit folgenden Mitgliedern: Tobias Brütsch (SVP), Katharina Frei Glowatz (Grüne), Barbara Huizinga-Kauer (EVP), Samuel Kocher (GLP), Iris Kuster (CVP), Anna Rellstab (FDP) und Silvio Stierli (SP). Und für das Präsidium Silvio Stierli.

Ratspräsident A. Geering: Gibt es Wortmeldungen? Gibt es Vermehrungen der Vorschläge?
Das ist nicht der Fall. Damit ist diese Spezialkommission wie von Silvio Stierli genannt gewählt.

6. Traktandum

GGR-Nr. 19.64: Tätigkeitsbericht 2018/19 der Finanzkontrolle

Ratspräsident A. Geering: Wir kommen zum Tätigkeitsbericht 2018/19 der Finanzkontrolle. Ich möchte an dieser Stelle ganz herzlich Sandra Berberat begrüssen und Dich bitten, nach vorne zu kommen. Das Wort hat Iris Kuster, die Referentin der AK.

I. Kuster (AK): Ich darf Ihnen den Tätigkeitsbericht der FIKO vorstellen. Ich danke der FIKO für das Bereitstellen der Folien. Ich habe wo nötig angepasst.
Es geht um das Prüfungsjahr 2018/19. Und das geht bei der FIKO vom 1. Juli bis 30. Juni. Der Tätigkeitsbericht hat ein Facelifting erhalten, er kommt frisch daher und das Layout ist so, dass nun mehr Informationen aufgenommen werden können. Die Infos sind ausführlich und, wenn es in verständlicher Form möglich ist, ist es grafisch dargestellt. Und ich hoffe, Sie können die Folien bis hinten lesen.

Die FIKO hat im Berichtsjahr viele Revisionen gemacht. 35 interne, 20 externe – das sind insgesamt 55 Revisionen. Die grösste und umfangreichste Revision ist nur eine, das ist die Jahresrechnung der Stadt. Zahlenmässig am meisten sind die Produktgruppenprüfungen, insgesamt sind da 15 im Berichtsjahr durchgeführt worden.

Wie sind die Produktgruppen gewesen? Die Gesamtbeurteilungen sind auch im Berichtsjahr gut bis vorbildlich (78%) und keine einzige Produktgruppe hat – wie im Vorjahr – eine ungenügende Gesamtbeurteilung.

Was gab es für Feststellungen bei diesen Prüfungen? Am meisten Feststellungen gab es mit 31% zur Rechnungslegung und der Buchführung. Und am zweitmeisten (30%) sind Richtlinien, Kompetenzordnungen und Genehmigungen, bei denen es Feststellungen gab. Das sind die Feststellungen ohne IKS. Beim IKS wird geprüft, ob die Schlüsselkontrollen vollständig und zweckmässig sind. Da ist Verbesserungspotential festgestellt worden bei den Dokumentationen. Die Feststellungen gingen um Vollständigkeit, Durchführung und Zweckmässigkeit.

Dann hat die Finanzkontrolle Schwerpunktprüfungen durchgeführt. Sie hat bei den internen Verrechnungen einen Schwerpunkt gehabt. Diesen hat sie im letzten Prüfungsjahr schon begonnen und in diesem fertig gemacht. Da gab es am meisten Feststellungen zum IKS und bei den Eigenleistungen.

Die Mehrwertsteuer, dort gab es am meisten Feststellungen zur Bezugssteuer mit 30%, dann zum Pauschalsteuersatz mit 25%.

Beide Beurteilungen haben ein «Gut» erhalten.

Dann haben IT-Prüfungen stattgefunden. Da sind 8 Applikationen geprüft worden. Es wurde geprüft, ob diese Prozesse existieren und eingehalten werden. Kleine Schwächen wurden festgestellt, z.B. beim Abmelden der Benutzer, wenn sie nicht mehr bei der Stadt arbeiten. Aber auch da insgesamt eine gute Gesamtbeurteilung.

Dann haben sie zwei Besoldungsrevisionen durchgeführt. Besoldungsrevisionen sind die umfassendsten Revisionen. Neben dem Personalamt gibt es in der Stadtverwaltung 9 dezentrale Personalbüros. Das Ergebnis war da ein bisschen durchzogen. Es gab eine gute und eine zufriedenstellende Gesamtbeurteilung. Schwächen gab es beim Übertrag der Mehrzeiten und von Ferienguthaben, bei den Spesen und bei der Arbeitszeiterfassung.

Dann haben sie Investitionskredite geprüft. Auch da war die Beurteilung gut. Die FIKO wies auch da erneut darauf hin, dass die Sammelkredite grössere Risiken und Fehlerpotential haben und dass man da genau hinschaut.

Dann wurde die Finanzkontrolle auch im Berichtsjahr wieder insgesamt 62 Mal eingeladen, um einen Mitbericht zu machen. Und da sind bei vielen Verpflichtungskrediten aufgefallen, dass sie kleinere bis mittlere Mängel haben, z.B. bei den Abrechnungen oder bei den Eigenleistungen.

Ein weiterer Punkt ist das Whistleblowing. Da steigen die Zahlen und die FIKO hat die Prozesse für Meldungen optimiert.

Dann kommen wir noch zum grössten Posten, das ist die Revision der Jahresrechnung. Das Ergebnis war erfreulich. Die Zusammenarbeit mit dem Finanzdepartement wird besonders positiv erwähnt. Die FIKO schätzt das hohe Engagement und die professionelle Vorgehensweise des Finanzdepartements. Und das Resultat ist wie erwähnt erfreulich, es gab nämlich ein uneingeschränktes Testat.

Ich danke an dieser Stelle auch im Namen der Aufsichtskommission Sandra Berberat und dem Team für das grosse Engagement. Sie konnten sehen, was alles geleistet wurde im Berichtsjahr und wie umfangreich diese Arbeiten sind.

Die AK empfiehlt die Abnahme des Tätigkeitsberichtes einstimmig.

B. Huizinga (EVP): Die EVP-Fraktion dankt der Finanzkontrolle der Stadt Winterthur für ihren interessanten und übersichtlichen Tätigkeitsbericht. Es freut uns, dass der städtischen Verwaltung qualitativ hohe und absolut solide Arbeitsweise attestiert wird. Für Externe wird auf 23 Seiten mit Tabellen, Diagrammen und mit Text dargelegt, was die FIKO tagtäglich macht, was ihre Prüffmasstäbe sind und wie die Kontrollergebnisse gewertet werden.

Einen Bericht in dieser Übersichtlichkeit zu erstellen, braucht zusätzlich zum Tagesgeschäft einen Effort. Diesen möchten wir extra bei Sandra Berberat, der Leiterin der FIKO, und ihrem Team verdanken.

Für uns Parlamentarier ist es informativ, auch in den Nebenschauplätzen, wie z.B. die Organisation des Whistleblowings, dieser Stelle, Bescheid zu wissen. Eine aus unserer Sicht sehr wichtige Einrichtung, die (wie im Bericht formuliert) das Vertrauen in die Qualität der öffentlichen Verwaltung stärkt. Sie stellt für uns ein zusätzliches Qualitätsmerkmal der Stadt dar. Ebenfalls begrüssen wir die Archivierung der Revisionsberichte für unseren Gemeinderat während 10 Jahren. Es ist oft nützlich, erhellend oder einfach nur interessant, als Mitglied einer Sachkommission Vergleiche mit früheren Jahren zu recherchieren. Jetzt direkt auf die Archivierung zugreifen zu können, erleichtert die parlamentarische Arbeit.

Gerne nehmen wir den Tätigkeitsbericht 2018 der FIKO zur Kenntnis und bedanken uns bei den daran involvierten Mitarbeitenden.

U. Glättli (GLP): Die Grünliberalen verdanken den Tätigkeitsbericht 2018/19 der FIKO und nehmen ihn zustimmend zu Kenntnis. Wie wir wissen – aber nicht genug betonen können – ist die FIKO unabhängig, qualifiziert fachkundig und vom Parlament selber eingesetzt. Wir sind der FIKO und damit ihrer Leiterin – Frau Sandra Berberat – dankbar, dass sie ihre Kontrolltätigkeit alljährlich gewissenhaft und selbstbewusst und nach den geltenden Standards ausübt.

Die FIKO scheut sich nicht, Unangenehmes anzusprechen und gepflegte Konstrukte in Frage zu stellen: Sie kritisiert unseres Erachtens zu Recht die im städtischen Finanzhaushalt seit Jahren gepflegten „Sammelkredite“. Diese erlauben nämlich dem Stadtrat und der Verwaltung „unter Radar“ Einzelkredite gesammelt in Töpfchen ins Budget einzustellen, ohne dass der Verwendungszweck dieser Einzelkredite bestimmt wäre. Eine ziemlich intransparente Sache, diese Sammelkredite. Die Grünliberalen kritisieren mit aller Schärfe einmal mehr, nicht rechtskonform scheinende Konstrukte, die – getreu einer einseitig verstandenen WOV-Kultur – in unserer Stadt gepflegt werden. Hier tut eine Praxisänderung Not. Wir verlangen diese auch anlässlich der Vernehmlassung zur Gemeindeordnung. Es ist ein offenes Geheimnis, dass diese Konstrukte insbesondere bei Stadtwerk gepflegt werden. Es überrascht oder vielleicht auch nicht, dass da noch nicht alles in Ordnung gebracht worden ist. Es scheint da der Werkvorsteher gefordert, um Abhilfe zu schaffen. Wir sind denn auch guter Hoffnung, dass sich in diesem Haushalt die Kultur kontinuierlich zum Besseren wendet.

Mit der Neubesetzung des Leiters des Finanzamtes ist bereits ein erster grosser Schritt in diese Richtung getan. Die FIKO betont in ihrem Bericht denn auch die – neue – angenehme Zusammenarbeit mit dem Finanzamt. Miteinander und nicht Gegeneinander, das begrüssen auch die Grünliberalen. Und das zeigt dann auch, dass man zumindest zwischen FIKO und Finanzamt durchaus partnerschaftlich zusammenarbeiten kann.

Th. Wolf (SVP): Wir danken für die Zustellung dieses interessanten und sachlichen Berichtes. Bei den geplanten und durchgeführten Kontrollen sieht man eine Effizienzsteigerung auf rund 108%, was ein sehr guter Wert ist, und die korrekte Arbeitsweise der FIKO aufzeigt. Wir schätzen auch die Bemerkung, dass die Zusammenarbeit mit dem neuen Finanzchef Reto Stuppan sehr professionell und sachlich verläuft. Wie Urs gesagt hat, miteinander statt gegeneinander.

Und bei der Geldverkehrsprüfung hat man einen Fall aufgedeckt mit der Bewertung «ungenügend». Das zeigt, dass die Kontrollen eben auch greifen und Sachen hervorkommen.

Erfreulich ist, dass im Bericht erwähnt wird, dass die geforderten Verbesserungen bei den Kontrollierten jeweils anstandslos umgesetzt werden und dass eigentlich von dieser Seite keine Opposition kommt.

Wir von der SVP-Fraktion danken Sanda Berberat und ihrem Team für ihren Einsatz, für ihre Hartnäckigkeit und nehmen den Bericht sehr positiv zur Kenntnis.

U. Hofer (FDP): Es geht ja darum, den Tätigkeitsbericht der Finanzkontrolle abzunehmen heute. Und in wie vielen Bereichen die FIKO tatsächlich tätig ist, das ist eindrucksvoll und anschaulich dem Tätigkeitsbericht zu entnehmen. Iris hat es bereits gut festgestellt, aber weil es doch wichtig ist, möchte ich es nochmals aufführen: Es ist die Prüfung der Jahresrechnung, das sind Finanzaufsichtsprüfungen und insgesamt 55 letztes Jahr durchgeführte und 5 laufende, darunter Einzelgebiete wie IKS-Prozessprüfungen, Produktgruppenprüfungen, Schwerpunktprüfungen, IT-Prüfungen, Besoldungsprüfungen, Geldverkehrsprüfungen und Kontrollen von Investitionskrediten. Dann gibt es aber noch mehr Tätigkeiten: Revisionsdienstleistungen, Prüfungsaufgaben im Auftrag des Stadtrats bei Dritten, wie z.B. Vereinen und Stiftungen. Dann natürlich auch Nachkontrollen von allen Beanstandungen oder Nachträgen, Sonderprüfungen (wir haben bei der Wärmering-Affäre ein Beispiel erlebt), Erstellen von Mitberichten bei Verpflichtungskreditabrechnungen, Beratungstätigkeit verwaltungsintern wie auch in den Kommissionen, Entgegennahme und Bearbeitung von Whistleblowing-Meldungen, Berichterstattung an die Verwaltung wie auch die AK, und dann natürlich das ganze Interne wie Budgetierung, Personalplanung, Qualitätssicherung, Weiterbildung, Erfahrungsaustausch mit anderen Finanzkontrollen. Die FIKO Winterthur leitet die Qualitätssicherung der Finanzkontrollen von verschiedenen Kantonen und Städten.

Und man sieht alleine an dieser Liste: Das sind alles wesentliche Aufgaben zur unabhängigen Kontrolle der Finanz- und Rechnungslegung der Stadt Winterthur. Kontrollen, die in einer Grossstadt mit einer Bilanz von 3 Milliarden und einer Erfolgsrechnung mit 1.7 Milliarden Einnahmen und 1.67 Milliarden Ausgaben mehr als angebracht erscheinen.

Zusammengefasst: Die Aufgaben und die Verantwortung, die der Gemeinderat als Laien- und Milizgremium ohne professionelle Unterstützung niemals wahrnehmen könnte.

Weshalb sage ich all das? Die FIKO und ihre Tätigkeit ist für die Stadt Winterthur unverzichtbar. Deshalb geht es eigentlich weniger darum, ob wir wollen, dass eine FIKO tätig ist, oder ob wir zufrieden mit der Arbeit sind.

Dass diese Fülle der Arbeit mit sich bringt, dass sie mit der AK mehr im Kontakt ist als vielleicht andere unabhängige Stellen, bringt es mit sich, dass man das auch besser würdigen kann, was da jährlich geleistet wird. Und mein Fazit ist schlicht: Hervorragend.

Die Arbeit der FIKO ist nicht nur thematisch überaus wertvoll, sondern auch fachlich qualitativ hochstehend. Es gelingt meines Erachtens auch der Leiterin der Finanzkontrolle trotz zum Teil irrationalen Diskussionen, bei einer Auseinandersetzung den richtigen pragmatischen Pfad zu finden und bei Beanstandungen oder Kritik stets sachlich zu argumentieren. Weiter

schätze und achte ich auch ihre Diskretion und wir profitieren von der Wahrung ihrer Unabhängigkeit. Und auch wir begrüssen das Einschwenken auf den Kurs von Miteinander statt Gegeneinander.

Vor diesem Hintergrund wird die FDP-Fraktion den Jahresbericht selbstverständlich abnehmen, und zwar mit grossem Lob und Dank an die Leiterin der Finanzkontrolle, Sandra Berberat, und ihr gesamtes Team.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Der vorliegende Bericht informiert die Öffentlichkeit und das Parlament über die Tätigkeit der FIKO. Wir haben von Iris Kuster ausführlich gehört, was die Finanzkontrolle dieses Jahr alles geprüft hat und wie sie es geprüft hat.

Erstaunlich war für mich ein bisschen, dass 11% der Produktgruppen, die geprüft wurden, mangelhaft seien. Das ist eine etwas hohe Zahl. Allerdings relativiert sich diese Zahl wieder, wenn man weiss, dass es bei keiner Produktgruppe ungenügende Bewertungen gab.

Zentral ist sicherlich, dass die aufgedeckten Missstände geklärt und inskünftig verbessert werden können.

Erstaunt hat mich eine Bemerkung, die nur ganz klein und relativ in 1 – 2 Sätzen dort steht. Es steht nämlich in diesem Bericht, dass die Gebührenerhebungen bzw. die gewährten Gebührennachlässe nicht 100% korrekt sein sollen. Naja, das erstaunt ein bisschen.

Zum Fazit: Aufgrund dieses Berichtes können wir feststellen, dass die Finanzkontrolle ihre Tätigkeit gewissenhaft ausführt. Die Fraktion Grüne/AL bedankt sich für die geleistete Arbeit und nimmt den Bericht selbstverständlich entgegen.

R. Kappeler (SP): Die Fraktion der SP dankt der Finanzkontrolle wie jedes Jahr ganz herzlich für ihre zuverlässige, seriöse Arbeit. Das haben wir über Jahre festgestellt und das haben wir immer wieder gesagt, auch in Jahren, in denen wir vielleicht mit dem Bericht nicht ganz so glücklich waren.

Die Referentin und meine Vorredner und -rednerinnen haben ausführlich die Aufgaben nochmals dargestellt. Ich verzichte da auf Wiederholungen, sondern möchte zwei Dinge besonders anmerken: Es geht ja um die Abnahme des Berichtes, und wir haben in den letzten Jahren (letztes Jahr ganz besonders) uns sehr kritisch über den Bericht geäussert. Wenn ich den diesjährigen Bericht anschau, muss ich sagen, er hat wirklich einen Quantensprung gemacht. Nicht wegen dem grafischen Layout, sondern wegen dem Inhalt. Wir haben wirklich eine reichhaltige Dokumentation auch über die Resultate von Prüfungen, die wir in dieser Form nicht nur in einem Kuchen- oder Ringdiagramm haben, sondern überhaupt in einer Fülle, die wir in den bisherigen Berichten nicht hatten. Ich schätze das sehr, diese Zusatzinformation da erhalten zu haben.

Was wir letztes Jahr besonders gerügt haben, waren diese Tags, diese Headlines, mit denen man darauf aufmerksam gemacht hat, was man wo für Fehler gefunden hat. Ich nehme sehr dankbar zur Kenntnis, dass diese verschwunden sind. Im Gegenteil, es steht im Vorwort (ich möchte das kurz zitieren) ganz ausdrücklich, dass die Finanzkontrolle, obwohl sie den Fokus auf Mängel und Schwächen legen muss – das liegt in der Natur der Sache – «dass die Finanzkontrolle aber auch dieses Jahr insgesamt feststellen durfte, dass die Stadtverwaltung ihre Aufgaben im Aufsichtsbereich der Finanzkontrolle im Wesentlichen ordnungs-, rechtmässig sowie wirtschaftlich vorlegt.»

Es ist auch schon gesagt worden, das Klima der Zusammenarbeit schätzen wir und das Lob von der Finanzkontrolle an die Stadtverwaltung hat mich besonders gefreut.

Ich danke der Finanzkontrolle, dass sie dieses Mal auf das Herausstreichen von Rügen verzichtet und wirklich in einem sachlichen, sehr neutralen und informativen Bericht ihre Arbeit schildert. Und die Arbeit, das sehen wir Woche für Woche in der Aufsichtskommission, die ist intensiv. Urs hat es vorhin gesagt: Wir könnten in der AK die Arbeit ohne die Unterstützung der Finanzkontrolle nicht machen.

Deshalb danke für den guten Bericht dieses Jahr. Selbstverständlich werden wir diesen so abnehmen.

I. Kuster (CVP/EDU): Wir von der CVP/EDU-Fraktion schätzen das grosse Engagement von Sandra Berberat und ihrem Team. Der Tätigkeitsbericht der Finanzkontrolle zeigt auf, was das Team das ganze Jahr leistet. Die Finanzkontrolle zeigt klar und deutlich und schonungslos auf, wo es in der Verwaltung gut läuft und wo Verbesserungspotential besteht. Und da vielleicht auch: Wenn es keine Schwächen gibt, gibt es auch nicht gross Schwächen zu erzählen. Das schätzen wir als Gemeinderatsmitglieder sehr und wir brauchen eine gute, qualifizierte Finanzkontrolle.

Es freut uns auch, dass die Zusammenarbeit mit allen Departementen und ihren Mitarbeitern so gut funktioniert, und dieses Jahr auch die Zusammenarbeit so gut verlaufen ist mit Reto Stuppan.

Die CVP/EDU-Fraktion nimmt den Tätigkeitsbericht dankend und zustimmend zur Kenntnis.

Stadträtin Y. Beutler: Wir möchten seitens Stadtrat Sandra Berberat und der Finanzkontrolle danken für ihre Unterstützung, die sie der ganzen Verwaltung, besonders natürlich auch dem Departement Finanzen und dem Finanzamt leisten beim Ausüben unserer Tätigkeit. Ich kann seitens Stadtrat sagen, dass wir die neue Form dieses Berichtes sehr begrüssen, insbesondere auch der Verzicht auf die grossen Zitate, die so entgegengenommen werden konnten, dass man an den Pranger gestellt wird. Und in der neuen Form wird genauso und nüchtern wiedergegeben, was die Finanzkontrolle arbeitet. Das ist ein wichtiger Schritt in die Art und Weise einer Zusammenarbeit, wie wir sie uns wünschen und wie es für uns eigentlich auch selbstverständlich ist.

Ich freue mich besonders, dass die Finanzkontrolle die Einschätzung, die wir auch haben, teilt, nämlich dass wir mit Reto Stuppan einen Finanzamtchef gefunden haben, der tatsächlich ein sehr hohes Engagement und eine sehr hohe Professionalität aufweist. Ich darf dazu auch noch sagen, dass er sehr viel Geduld hat und insgesamt auch einfach ein positives Wesen, mit dem er auf andere zugeht – was wir alle sehr schätzen.

Eine Anmerkung nur zu den Sammelkrediten, damit das einfach nochmals gesagt ist: Diese Sammelkredite sind im Wissen und willentlich auch mit dem Parlament eingeführt worden. Man ist daran, diese jetzt zu überprüfen im Rahmen der Gemeindegesetzrevision. Wir haben eine Vereinbarung mit der Finanzkontrolle, dass bis zur Überprüfung und bis die neue Gemeindeordnung in dem Sinne eingeführt worden ist, weitere Abklärungen da ruhen. Es geht bei diesen Sammelkrediten auch nicht darum, irgendwas verstecken zu wollen, sondern es war eine Möglichkeit, um auch die Verwaltungstätigkeit effizienter gestalten zu können. Ich glaube, die Kritik, die bei Stadtwerk speziell vorgebracht wurde, wird innerhalb der BBK speziell vorbesprochen werden, falls das nicht bereits gemacht wurde. Sonst können wir uns dann diesem Thema gerne nochmals im Rahmen der neuen Gemeindeordnung widmen. Vielen herzlichen Dank auch an den Gemeinderat auch für die positive Aufnahme der städtischen Tätigkeit.

S. Berberat: Wenn man hier vorne sitzt und 1 x im Jahr ein bisschen ausgestellt ist, ist das ein bisschen merkwürdig. Und dann ist es besonders schön, wenn man so viel Lob bekommt. Und ich wünschte mir dann jeweils, dass auch mein Team hier sitzen könnte und das hören könnte, was Ihr sagt. Herzlichen Dank für die vielen positiven Rückmeldungen.

Vielleicht freut es Sie ebenso wie mich, dass ich letzte Woche angefragt wurde von einer Finanzkontrolle eines Kantons in der Schweiz, ob diese mit einer kleinen Delegation bei uns vorbeikommen dürfen, um zu schauen, wie wir diese Prüfungen machen. Dieser Bericht ist auch bei den anderen Finanzkontrollen in der Schweiz äusserst positiv angenommen worden. In dem Sinn herzlichen Dank und wir werden uns weiterhin viel Mühe geben bei der Arbeit.

Ratspräsident A. Geering: Vielen Dank. Damit habt Ihr den Tätigkeitsbericht 2018/19 der Finanzkontrolle zur Kenntnis genommen. Ich danke Dir, Sandra, ganz herzlich, dass Du hier warst, und wünsche Dir und der Finanzkontrolle ein gutes und ereignisruhiges Kontrolljahr 2019/2020.

7. Traktandum

GGR-Nr. 2019.44: Jahresbericht 2018 der Ombudsstelle

Ratspräsident A. Geering: Jahresbericht 2018 der Ombudsstelle. Ich begrüsse dazu ganz herzlich Viviane Sobotich, unsere Ombudsfrau, und bitte Dich, nach vorne zu kommen. Das Wort hat Urs Glättli, der Referent der AK zu diesem Geschäft.

U. Glättli (AK): Als Referent der AK stelle ich kurz das traktandierte Geschäft – den Tätigkeitsbericht 2018 der städtischen Ombudsstelle – vor. Unmittelbar anschliessend nehme ich – soweit genehm? – gerade noch die Würdigung aus Sicht der Fraktion vor:
Der Bericht beruht auf einem gesetzlichen Auftrag. Letztlich ist er zwingend mit der Ombudsstelle verbunden. Diese wiederum ist in der Winterthurer Gemeindeordnung verankert. Der Bericht gibt einen konkreten Einblick in den Tätigkeitsbereich einer städtischen Ombudsstelle. Im Übrigen ist er – wie bisher – einem konkreten Thema gewidmet. Dieses Jahr heisst es „Perspektivenwechsel“. Damit setzt Viviane Sobotich nach rund zehnjähriger Tätigkeit einen passenden Schlusspunkt als 1. Winterthurer Ombudsfrau.

Anlässlich des Vorgesprächs als Referent habe ich das Thema „Perspektivenwechsel“ auch ad personam angesprochen und in den Handnotizen vermerkt, dass „wir gewappnet sein müssen“ (für einen allfälligen Stellenwechsel). Diese Vorahnung hat sich nun bedauerlicherweise - schneller als gedacht - verwirklicht.

Die AK hat den Bericht einstimmig positiv zu Kenntnis genommen und beantragt dessen Abnahme durch den Rat. Wir verdanken und wertschätzen den Bericht und die Tätigkeit des ganzen Teams ausdrücklich und wünschen der Ombudsfrau in Zukunft neue Einblicke als frisch gewählte Verwaltungsrichterin.

U. Glättli (GLP): Zur Stellungnahme der Fraktion: Die Grünliberalen verdanken in aller Form die Arbeit von Viviane Sobotich und ihrem kleinen Team. Wir nehmen den Tätigkeitsbericht 2018 der städtischen Ombudsstelle wohlwollend positiv zu Kenntnis. Wir wünschen Dir, Viviane, bei Deinem kommenden Perspektivenwechsel alles Gute und viel Erfolg!

Perspektivenwechsel heisst es auch für uns. Konkret heisst das v.a., dass die heute gewählte SPEKO ihre Tätigkeit aufnimmt. Es heisst vielleicht aber auch, dass wir uns Gedanken machen müssen über mögliche Alternativen der Organisation. Die laufende Revision der Gemeindeordnung würde hier möglicherweise gerade ein geeigneter Slot ergeben. Einer zuständigen Ombudsstelle könnte es nämlich guttun, wenn sie selber nicht zu stark und eng mit der Stadt verbunden wäre. Das kann man nun durchaus nicht nur persönlich – wenn es um die Suche nach einer geeigneten Nachfolge geht - verstehen, sondern auch örtlich. Dann nämlich, wenn sich diese wertvolle Leistung zur selben Qualität 7 x günstiger beim Kanton einkaufen liesse, bliebe dies nun tatsächlich vertiefter zu prüfen.

F. Helg (FDP): Vorab möchte ich im Namen der FDP-Fraktion unserer Ombudsverantwortlichen, liebe Viviane, noch herzlich zur Wahl als Verwaltungsrichterin gratulieren. Mit Deinem breiten Erfahrungsschatz – gerade auch aus der Tätigkeit als Ombudsfrau – erhält das Gericht mit Dir ein sehr kompetentes neues Mitglied. Wir wünschen Dir für die zukünftige Tätigkeit viel Erfolg und Befriedigung.

Wir bedauern aber auch Dein Ausscheiden also Ombudsfrau sehr. Du hast während Deiner über 10jährigen Tätigkeit das Profil der Ombudsstelle geschärft und einen grossen Beitrag geleistet, dass die Einwohnerinnen und Einwohner, welche mit der Verwaltung in irgendeiner Weise nicht zu Gang kamen, in Dir eine Ansprechperson gefunden haben, welche die vorgebrachten Anliegen ernst nahm. Weil Du die Mechanismen einer Verwaltung à fond kennst, bist Du auch in der Lage gewesen, die Verwaltung dort in Schutz zu nehmen, wo unberechtigte Kritik geäussert wurde.

Während die Richtertätigkeit in aller Regel auf das autoritative Entscheiden von strittigen Fällen ausgerichtet ist, zielt umgekehrt das Wirken der Ombudsstelle darauf ab, durch Vermitteln und Schlichten eine gerichtliche Auseinandersetzung zu vermeiden. Einmal mehr zeigt der

Jahresbericht illustrativ die Vielfalt der Themen der Anliegen. Wir danken der Ombudsfrau für diese interessante Berichterstattung, die wir gerne zustimmend zur Kenntnis nehmen. Ab und zu gibt es auch ein Aha-Erlebnis, wenn eine anonymisierte Fallschilderung mit einer Information in Verbindung gebracht werden kann, die man aufgrund der politischen Arbeit erlangt hat. In quantitativer Hinsicht zeigt sich ein stabiler Geschäftsgang im Jahr 2018: Eine leicht abnehmende Anzahl an Eingängen und eine gleich bleibende Anzahl an Erledigungen. Auffällig, aber in einem gewissen Sinn auch nachvollziehbar, ist die gehäufte Anzahl von Fällen, die das Departement Soziales betrafen (knapp 38 %; 60 von 159 Eingängen). Nochmals herzlichen Dank für die geleistete Arbeit der Ombudsstelle, zu der auch noch eine weitere Mitarbeiterin mit Paralegal-Ausbildung gehört.

B. Huizinga (EVP): Vielen Dank an Viviane Sobotich und das Team für den Tätigkeitsbericht als Ombudsfrau. Er liest sich unter anderem auch wie eine Sozialstudie, mit Geschichten, wie sie nur das Leben schreibt. Es gelingt einmal mehr, die wichtige, vermittelnde, erklärende und brückenbauende Tätigkeit in der Funktion als Ombudsfrau darzustellen. Mit grosser Empathie und juristischem Fachwissen gelingt es immer wieder, ihrer Klientel die grosse Strecke zwischen den Polen der Sachlichkeit und der Emotionalität zu überbrücken.

Das gewählte Thema des Jahresberichts, das vom Perspektivenwechsel, ist aus psychologischer und philosophischer Sicht enorm spannend. Jedem Menschen, dem das gelingt, das bei sich selber anzuwenden, der gewinnt für sich selber. Der alte Satz, welchen wir als Kind bestimmt alle einmal gehört haben «Zum Streiten braucht es mindestens zwei» hat uns damals auch schon zum Perspektivenwechsel aufgefordert.

Wir als EVP-Fraktion wollen diesen Perspektivenwechsel heute ganz aktiv machen. Einerseits gratulieren wir ganz herzlich zur Wahl an das Verwaltungsgericht und wünschen Dir für Deine berufliche Zukunft grosse Befriedigung – aber andererseits, aus der Sicht als Winterthurer Politikerin, wenn Du uns jetzt abhanden kommst, sage ich: «So ein Mist aber auch!» Jetzt sind wir aber wieder nett und gehen zurück in die andere Perspektive und wünschen alles Gute für die berufliche und private Zukunft. Herzlichen Dank.

Th. Wolf (SVP): Wir danken der Ombudsfrau für die Zustellung dieses interessanten Berichtes. Es hat viele Geschichten drin, von den jährlich umgesetzten Fällen sind einige näher beschrieben, andere nur gestreift. Und ich habe mich schon manchmal gefragt, was die Leute alles an Problemen zu Euch bringen. Nichtsdestotrotz, Ihr habt in vielen Fällen eine Lösung oder eine Weitervermittlung gefunden, um die verlangte Hilfe bieten zu können.

Wir von der SVP-Fraktion nehmen den Bericht positiv zur Kenntnis, verdanken dem Team die Arbeit und wünschen der Leiterin alles Gute zum persönlichen Perspektivenwechsel.

R. Keller (SP): Auch die SP-Fraktion dankt Viviane Sobotich sehr herzlich für diesen ausführlichen Bericht zu den Geschäften im Jahr 2018. Ich lese diesen Bericht schon eine Weile und jedes Mal mit grosser Neugier und Interesse und jedes Jahr beeindruckt mich die breiten Paletten von Fragen und Fällen, die Du bearbeitest. Obwohl es in Deinem Bericht oder bei Deiner Arbeit um individuelle Fälle geht und um Themen, die Bürgerinnen und Bürger beschäftigt oder Mitarbeitende der Stadtverwaltung, zeigen sich in den Geschichten, die im Bericht dargestellt sind, immer auch etwas Generelles, das zeigt, was es bräuchte zwischen dem, was die Stadt macht und was für die Bürgerinnen und Bürger nicht so gut nachvollziehbar ist – oder auch für Mitarbeitende, wo sie nicht verstehen, warum das jetzt genau so ist. Und die Verwaltung hat nicht unrecht, aber für Bürgerinnen und Bürger ist es manchmal nicht verständlich, was da geht und warum bestimmte Sachen auf eine ganz bestimmte Art angegangen werden.

Und es geht bei dieser Arbeit, die Du machst, auch darum, diesen Leuten, die sich bei Dir melden, auch zu zeigen, warum gewisse Sachen so stattfinden und auch das Verständnis für die Realität zu wecken, auch für die Verwaltung.

Und das, wir haben es schon gehört, machst Du dieses Jahr mit dem Perspektivenwechsel und zeigst das in einer sehr einfühlsamen und beeindruckenden Art und Weise. Du versuchst auch die Sichtweise der Stadtverwaltung (oder auch anderer Sichtweisen) für die Leute auch

einzubringen und quasi eine andere Perspektive einzunehmen, als die, welche diese Beschwerdeführerinnen oder -führer einnehmen. Und Du zeigst auch sehr gut, dass es gar nicht selten durch dieses Verfahren oder die Art, wie Du das machst, zum Kompromiss kommt. Die Ombudsarbeit erfordert sehr viel rechtliches Know-how, selbstverständlich, über das verfügst Du natürlich. Aber es zeigt auch immer wieder, dass Du über grosses psychologisches Geschick und ein Gespür für den Umgang bei Konfliktsituationen verfügst.

Dass Du eine super Arbeit machst, hast Du 11 Jahre lang bewiesen. Wir bedauern es sehr, Silvio hat es schon gesagt, dass Du weggehst. Wir verstehen das – natürlich - und sind ein bisschen neidisch auf das Verwaltungsgericht, das Dich jetzt bekommt. Wir bedanken uns nochmals sehr herzlich für die Arbeit und wünschen – nichtsdestotrotz – alles Gute für die Tätigkeit und auch privat alles Gute.

I. Kuster (CVP/EDU): Im Berichtsjahr sind 159 neue Beschwerden eingegangen. Das sind weniger als im Vorjahr und rund 30 weniger als 2017/2016. Wobei die Anzahl Fälle, das wissen wir, noch nichts über die Komplexität und den Aufwand aussagt. Ins Auge sticht, dass sowohl die verwaltungsinternen wie auch die verwaltungsexternen Fälle abgenommen haben. Das hat sicher dazu beigetragen, dass die Pendenzen im Berichtsjahr gesunken sind, und zwar auf den Stand von 2014.

Gefreut hat uns auch, dass es dieses Jahr keine Fälle von Amtes wegen gegeben hat.

Der Schwerpunkt Perspektivenwechsel hat gut zu 2018 gepasst. Viviane Sobotich hatte einen besonderen Wechsel aufgrund ihres Urlaubes. Und wie wir jetzt mehrfach gehört haben, hat sie einen weiteren Perspektivenwechsel vor sich.

Die CVP/EDU-Fraktion bedauert es, dass sie weiterzieht. Wir bedanken uns aber ganz herzlich für das Engagement in den vergangenen Jahren. Für die neue berufliche Tätigkeit wünschen wir ihr alles Gute und gratulieren ganz herzlich zur Wahl. Und wir freuen uns, wenn wir sie vielleicht auch in Zukunft einmal in den Strassen oder bei Anlässen in Winterthur sehen.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Der Bericht trägt den Titel «Perspektivenwechsel», Perspektivenwechsel in verschiedenster Art und Weise. Es kommen MitarbeiterInnen oder Stellvertreter zu Wort, es werden Fälle thematisiert, bei denen eben der Perspektivenwechsel eine Rolle spielt, und es geht auch darum, wie man einen Perspektivenwechsel überhaupt erzeugen kann. Die Personen, die die Ombudsstelle aufsuchen, die suchen ja in der Regel v.a. die Bestätigung, dass ihre Sichtweise die richtige ist. Was, wenn nicht? Wenn sich eben die eigene Sichtweise als Tunnelblick entpuppt und ein Perspektivenwechsel angezeigt wäre.

Insbesondere der Fall unter dem Titel «Der Chef hat immer recht» hat mich beschäftigt. Ich finde es wichtig, dass die Stadt Winterthur bei Konflikten mit eigenen Angestellten vernünftige Lösungen anstrebt, Lösungen, mit denen alle Beteiligten leben können. Aber dieser Fall zeigt eben auch, dass das gar nicht immer möglich ist, dass ein Perspektivenwechsel auch scheitern kann.

Die Fraktion Grüne/AL bedankt sich bei der Ombudsfrau für den Bericht, für die geleistete Arbeit im vergangenen Jahr und wünscht der Ombudsfrau beim persönlichen Perspektivenwechsel von der Ombudsfrau der Stadt Winterthur zur RichterIn am Verwaltungsgericht viel Glück.

Stadträtin Y. Beutler: Wir möchten uns auch seitens des Stadtrates ganz herzlich für die Arbeit von Viviane Sobotich bedanken. Ich darf jetzt «Du» sagen, wir sind heute Abend nicht befangen miteinander. Wir haben das sehr geschätzt, wie Du den Stadtrat auch miteinbezogen hast, dass es nicht eine Einseitigkeit war im Stil von «first come, first served» und Du warst nicht einfach die Anwältin derjenigen, die gekommen sind. Sondern Du hast das wirklich gelebt, dass Du wusstest, es gibt zwei Seiten einer Geschichte, und Du hast Dir sehr gründlich auch ein eigenes Bild machen wollen. Du konntest sehr hartnäckig sein (das hat auch manchmal ein bisschen genervt), aber insgesamt hat es wirklich dem Guten gedient. Ich glaube, es ist eine wichtige, eine sehr wichtige Funktion, die die Ombudsstelle wahrnimmt.

Viele Mitarbeitende haben dort die Möglichkeit, sehr niederschwellig zu einer Auskunft, zu einer Einschätzung zu kommen. Du kannst auch niederschwellig auf Vorgesetzte zugehen und darauf aufmerksam machen, wenn etwas nicht gut läuft. Das haben wir auch sehr geschätzt. Und wir können sagen, dass wir es Dir sehr gönnen mögen, dass Du jetzt die neue Herausforderung antreten kannst. Wir hoffen, dass die Spezialkommission, die Ihr heute Abend eingesetzt habt, eine würdige Nachfolge für Dich finden wird, und wir wünschen Dir bereits jetzt alles Gute und viel Erfolg bei Deiner neuen beruflichen Tätigkeit, aber v.a. auch auf dem privaten Lebensweg.

V. Sobotich: Ich möchte Ihnen allen vielmals danken. Einerseits möchte ich wie jedes Jahr danken für das Vertrauen, das Sie mir entgegengebracht haben, indem Sie mir dieses Amt übertragen haben. Das Zweite, für das ich danken möchte, ist dass Sie mir diesen Urlaub ermöglicht haben letztes Jahr. Das habe ich wahnsinnig geschätzt. Das wird alles ein bisschen überschattet mit dem dritten Dank, nämlich das Danken für die Gratulation, die Sie mir entgegengeben zur Wahl als Verwaltungsrichterin. Und da müsste ich schon noch etwas dazu sagen dürfen.

Ich gehe mit einem sehr weinenden Auge, das muss ich ganz klar sagen. Ich denke, die Funktion der Ombudsfrau ist mir wahrscheinlich fast noch ein bisschen besser auf den Leib geschnitten als die Verwaltungsrichterin - in diesem Bereich auf die Leute zugehen zu können, psychologisch abzuholen und versuchen zu vermitteln, trotzdem hartnäckig sein. Aber was für mich natürlich das ganz Wichtige ist: Ich hatte mit ganz vielen Menschen zu tun, mit ganz vielen verschiedenen Menschen. Und am Verwaltungsgericht sind es halt schon mehr Akten.

Aber nichtsdestotrotz, natürlich ist es eine einmalige Herausforderung und eine einmalige Chance, die ich da bekommen habe. Und es freut mich natürlich, dass ich gewählt wurde. Wir hoffen, es bleibt bei dieser Wahl. Ich kann Ihnen gleich noch sagen, dass diese Wahl vermutlich angefochten wird. Nicht nur meine Wahl, sondern auch die Wahl der anderen, neben mir gewählten Person, wird gleichzeitig angefochten. Das hat die Gründe, dass der vormalige Verwaltungsrichter, der auf diesem Sitz sass, der das Pensionsalter erreicht hat, von der IFK nicht nominiert wurde zu einem weiteren Schritt und er möchte das nicht akzeptieren und ficht es deshalb an. Einfach, falls Sie plötzlich so seltsame Zeitungsberichte lesen, wie es sie letzthin gab, damit Sie ein bisschen verstehen, was der Hintergrund ist. Wir haben alle eigentlich keine grosse Angst und ich denke, ich werde das Amt dann antreten können.

Wie ich schon gesagt habe: Ich bin sehr gerne bereit und möchte unbedingt (so weit das geht) auch eine Nachfolge unterstützen und auch die Kommission unterstützen beim Suchen einer allfälligen Nachfolge. Ich möchte die Gelegenheit nutzen um zu sagen: Lokal ist eine Ombudsstelle ganz viel wert. Weit weg, beim Kanton, da glaube ich nicht, dass sie die gleichen Möglichkeiten hat bei der Vermittlung in der Nähe.

Die Chance musste ich nutzen. Ich muss sagen, ich finde diese Stelle sehr sehr wichtig für diese Stadt, eben genau um ganz viele Konflikte zu verhindern und – wie das die Finanzkontrolle beim Finanzamt sehr schön gesagt hat – um eine Zusammenarbeit zu machen unter allen Beteiligten. Auch von Bürgern, die vielleicht nicht verstehen, was sie betrifft. Dafür ist diese Stelle sehr wertvoll.

Ich danke Ihnen sehr herzlich. So viel Wertschätzung an einem Abend zu bekommen, ist etwas Wunderschönes. Ich danke Ihnen und wünsche Ihnen noch eine gute Sitzung.

Ratspräsident A. Geering: Herzlichen Dank, Viviane Sobotich. Ich habe Dir vor nicht allzu langer Zeit zu Deinem 10jährigen Jubiläum gratulieren dürfen. Kurz darauf habe ich Dir schriftlich zu Deiner Wahl an das Verwaltungsgericht auch gratulieren dürfen. Ja, und jetzt möchte ich Dir danken, dass Du heute Abend hier gewesen bist für die Kenntnisnahme dieses Jahresberichtes, und wünsche Dir alles Gute zu diesem persönlichen Perspektivenwechsel und ich hoffe, dass Du Winterthur in guter Erinnerung behalten wirst. Ich wünsche Dir alles Gute im weiteren Leben.

Ihr habt damit den Jahresbericht der Ombudsstelle 2018 zur Kenntnis genommen.

12. Traktandum

GGR-Nr. 2019.59: Begründung des Postulats M. Wäckerlin (PP), K. Cometta (GLP) und R. Keller betr. Cannabis Pilotversuch umsetzen (*Behandlung zu Beginn der Abendsitzung*)

Ratspräsident A. Geering: Begründung des Postulats betreffend Cannabis Pilotversuch umsetzen. Das Wort hat Mar Wäckerlin.

M. Wäckerlin (PP): Ich habe schon einmal mit Katrin Cometta zusammen vor ein paar Jahren einen Vorstoss gemacht für ein Cannabis-Postulat, bei dem wir einen Versuch in Winterthur starten wollten. Damals ging vom Gemeinderat gerade noch fifty-fifty mit einer Entscheidung der Ratspräsidentin durch. Der Stadtrat hat ziemlich positiv darauf reagiert. Die entsprechende Gemeinderatspräsidentin ist mittlerweile auch Mitglied des Stadtrates, um das auch noch zu erwähnen. Aber, alles in allem, sie sagten, sie arbeiten gerne mit anderen Städten zusammen, aber sie wollen nicht vorpreschen und es war auch insgesamt noch etwas zu früh, weil die Möglichkeiten im nationalen Gesetz noch gar nicht gegeben waren. Als ich diesen Vorstoss machte, bekam ich sehr viele Rückmeldungen, u.a. auch von Patienten mit diversen anderen Krankheiten (also nicht Patienten mit Cannabis-Sucht), z.B. Schmerzpatienten, die mir sagten, eigentlich wäre Cannabis für sie als Medikament sehr geeignet, es sei aber im Moment sehr schwierig, daran heranzukommen. Und auch sie wären froh um eine Liberalisierung. Dieser Punkt ist jetzt im neuen Vorstoss auch noch explizit aufgegriffen worden.

In der Zwischenzeit hat Bern Signale ausgesendet, dass man ein Gesetz für einen Versuch einer solchen Legalisierung vorbereiten möchte. Jetzt ist der Zeitpunkt richtig. Die Städte sind jetzt am Planen, Zürich ist daran, Genf, Bern, Basel sind daran. Und wir sind der Meinung, da sollte Winterthur nicht aussen vor stehen, v.a. innerhalb des Kantons Zürich mit einer grossen Nähe zu Zürich hätten wir eigentlich die Möglichkeit, wenn wir da eine geschickte Zusammenarbeit aufgleisen, dass wir uns wahrscheinlich relativ günstig beteiligen könnten, und aber dabei die Winterthurer Besonderheiten als die kleinste Grossstadt der Schweiz, zusammen mit der grössten Grossstadt, dass man da allenfalls verschiedene Aspekte beleuchten könnte und – last but not least – wir hätten noch die ZHAW, die wir einbeziehen könnten.

Entsprechend fanden wir, es sei an der Zeit, jetzt nochmals ein solches Postulat einzureichen. Dieses Mal aber ein bisschen konkreter, um wirklich einen solchen Versuch aufzugleisen, zusammen mit Zürich.

Klar, es geht jetzt einmal um einen Versuch, man wird einmal schauen, wie die Auswirkungen sind von einer solchen potentiellen Freigabe oder Legalisierung bei der Vermittlung von Cannabis. Es geht aber noch nicht um eine Legalisierung. Da werden wir ja dann nachher Resultate erhalten und abwarten.

Persönlich würde ich natürlich auch eine Legalisierung begrüssen. Da gibt es sehr viele Gründe dafür. Ein sehr wichtiger Grund für mich – ich meine, es geht jetzt nicht darum, dass ich so schnell wie möglich Cannabis selber konsumieren möchte (was ja ab und zu auch gefragt wird) – sondern es geht eigentlich mehr darum damit aufzuhören, einen Nanny-Staat zu bewirtschaften, der allen Leuten sagt, was gut für sie ist und was nicht. Vielmehr sollten wir die Selbstverantwortung stärken und fördern. Und Selbstverantwortung stärkt man, indem man eben auch Verantwortung übergibt. Ein sinnvoller Umgang mit den Suchtmitteln ist nicht die Verantwortung des Staats, das sollten die Bürger übernehmen. Es ist die eigene Verantwortung von jedem Einzelnen. Und da sollten wir entsprechend auch gesetzlich so vorspuren. Dann kam das Argument des Jugendschutzes. Das sehe ich natürlich auch so, nur sehe ich es halt so, dass ein griffiger Jugendschutz viel einfacher umzusetzen ist, wenn es legalisiert ist. Denn dann kann man auch definieren, zu welchen Bedingungen Cannabis freigegeben wird. Dann kann man z.B. sagen, dass es ein Test für Erwachsene ist. Denn nach meinem Wissensstand hat Cannabis tatsächlich stärkere Auswirkungen auf ein Hirn, das noch im Wachstum ist, als bei bereits erwachsenen Menschen. Das macht sicher Sinn. Wobei auch

dort sehe ich natürlich die Verantwortung in allererster Linie nicht beim Staat, sondern bei den Eltern. Aber auch da: Wenn etwas nicht verboten ist, ist es wahrscheinlich auch in der Familie einfacher, ein solches Thema aufzugreifen.

Neben dem besseren Jugendschutz verspreche ich mir weniger Kriminalität. Nur schon wenn es einen legalen Handel gibt, gibt es viel weniger Interesse für Schwarzhandel. Es gibt wahrscheinlich insgesamt weniger Kosten, und zwar nicht nur an Geld, sondern auch weniger Kosten für die Menschen an und für sich (und zwar sowohl die Betroffenen wie auch das ganze Umfeld). Ich denke, wenn wir in diese Richtung gehen, machen wir für alle etwas Gutes und wir entlasten den Staat in einem Bereich, in dem er uns nicht unbedingt so stark auf die Finger schauen muss, wie das heute noch der Fall ist.

Deshalb bitte ich Sie – und ich danke Ihnen auch schon für die grosse Unterstützung bei der Einreichung. Ich hoffe jetzt, das hält an bei der Überweisung. Ich bitte Sie, das zu unterstützen. Vielen Dank.

Ratspräsident A. Geering: Gibt es einen Ablehnungsantrag? Zeno Dähler.

Z. Dähler (EDU): Ich stelle im Namen der EDU den Ablehnungsantrag.

Auf der einen Seite hat Marc recht. Wir haben eine liberale Haltung, man soll selber entscheiden können. Auf der anderen Seite geht es da um die Gesundheit, auch um die Gesundheit der Jugend. Und wir haben da die Situation, dass schlussendlich wir als Gemeinde dann wieder die Kosten tragen, wenn klar wird – oder wie von mir aus gesehen offensichtlich klar ist – dass Cannabis-Konsum auch zu gesundheitlichen Folgeschäden führen kann. Und wir zahlen es dann wieder über die Krankenkasse.

Der Pilotversuch selber ist aus meiner Sicht auch nicht nötig. Es gibt verschiedene Städte, die das schon mitmachen. Wir haben es heute Abend schon einmal gehört von Stefan Fritschi, dass wenn andere einen Pilotversuch machen, muss man nicht unbedingt mit dem gleichen Versuch mitmachen. Wenn schon denn schon müsste es etwas anderes sein, um weitere Erkenntnisse zu gewinnen.

Entsprechend bin ich und ein Teil der CVP/EDU-Fraktion dagegen, dass man an diesem Versuch mitmacht. Entsprechend wird ein Teil der Faktion meine Ablehnung unterstützen.

K. Cometta (GLP): Jeder Dritte hat mindestens 1 x im Leben schon mal gekifft. Cannabis ist eine gesellschaftliche Realität. Und es geht jetzt hier nicht darum, den Cannabis-Konsum zu verharmlosen. Im Gegenteil. Die Probleme sind bekannt, die das gibt: Es ist nicht wirklich etwas Gesundes. Es ist insbesondere auch für Jugendliche nicht wahnsinnig schlau zu viel zu kiffen. Ihr habt ja auch sicher alle die Broschüre bekommen von der Drogenabstinenz Schweiz, in der in ziemlich drastischen Worten dargestellt wird, wo die Probleme sind. Wir anerkennen diese Probleme grundsätzlich, aber wir ziehen andere Schlussfolgerungen. Weil die repressive Drogenpolitik hat genau eben diese Probleme, die sich im Umgang mit Cannabis ergeben, nicht gelöst, im Gegenteil. Wir haben Schwarzmarkt und organisierte Kriminalität. Wir haben Cannabis, das nicht sauber ist oder benzinverunreinigt ist oder sonst weiter verunreinigt, und wir haben immer steigenden THC-Gehalt, der auch nicht deklariert ist, wie hoch er ist. Und das wären alles Chancen, wenn man dort eine entspanntere Drogenpolitik machen würde, dass man dem Gegensteuer geben könnte. Ich finde, es ist höchste Zeit, dass wir neue Wege suchen, dass wir unsere Ressourcen in Prävention, Suchthilfe und Jugendschutz investieren.

Logisch kann man jetzt sagen: Wieso macht Winterthur einen Pilot, wenn andere Städte schon einen Pilot machen? Aber es ein bisschen eine Handlungsfrage, ob man aktiv mitgestalten will, ob man sich vernetzen will und dabei bleiben will, am Ball bleiben will, und dass man selber auch ein first mover ist und nicht nur einfach die passive Haltung, die mal schaut, was geht und sich bewährt. Sondern dass man selber auch auf die Winterthurer Besonderheiten eingehen kann. Das hat Marc auch schon gesagt. In dem Sinn freut es mich, dass es jetzt im 2. Anlauf vielleicht auf ein bisschen offenere Ohren stossen wird als in der Vergangenheit.

R. Keller (SP): Ich kann mich bei vielem dem anschliessen, was Katrin Cometta gesagt hat. In der Schweiz konsumieren rund 200'000 Menschen Cannabis zu Genusszwecken, wie andere z.B. Alkohol zu Genusszwecken konsumieren. Und diese Konsumenten wissen eigentlich nicht so genau, was sie konsumieren. Ein grosser Teil versorgt sich auf dem Schwarzmarkt mit Cannabis und dort ist irgendwie etwas drin, man weiss es nicht genau. Der THC-Gehalt, das hat Katrin Cometta schon gesagt, ist unklar. Er ist steigend, aber so ganz genau weiss man eigentlich nicht, was man da einkauft und dann auch raucht oder irgendwie einen Tee macht oder einen Kuchen isst oder so.

Es gibt eine Rechtsgrundlage, diese wird sehr unterschiedlich gehandhabt in Gemeinden und auch in verschiedenen Kantonen. Und es gibt die Strafverfolgung, also die Polizei, die Cannabis-Konsumenten verfolgt, die auch nicht ganz gratis ist. Es werden beträchtliche Kosten erzeugt durch etwas eigentlich komplett Sinnloses.

Ich finde, es ist wichtig, dass man Bewegung in die ganze Sache bringt. Ich selber habe sehr lange eine Suchtpräventionsstelle geleitet und habe ziemlich nah mit Konsumierenden gearbeitet. Und ich bin der festen Überzeugung, dass man an der Politik, die wir jetzt haben, Korrekturen vornehmen müsste. Auf nationaler Ebene ist es vorgespurt, dass man ein Gesetz schafft, das den Gemeinden erlaubt, solche Studien durchzuführen, um einmal zu schauen, was überhaupt die Vor- oder Nachteile von Regulierungen, die man verändern würde. Also nicht die quasi ein bisschen aufgeweichte Art (wie wir es jetzt machen), in der man zwar Cannabis besitzen darf, aber eigentlich doch nicht so ganz richtig, weil man dann trotzdem Bussen bekommt... Und da knüpfen wir mit unserem Vorstoss an.

Die Mehrheit der Kantone, wir haben es schon gehört, und der politischen Parteien haben gesagt, sie wollen, dass man solche Pilotversuche macht. Und mehrere Städte, das haben wir auch geschrieben, sind interessiert an der Durchführung von solchen Pilotversuchen. Und wir drei, die den Vorstoss eingereicht haben, sind der Meinung, dass es Winterthur doch gut ansteht bei der Grösse der Stadt und der Art von Politik, die wir betreiben wollen, dass wir uns an solchen Pilotversuchen beteiligen. Und das sagen wir auch ausdrücklich, dass Winterthur sich einer anderen Stadt anhängen könnte und vielleicht auch einen besonderen Aspekt herausnehmen könnte und diesen einmal untersuchen, wie man die Handhabung verändern könnte, um einen positiven Nutzen zu erzeugen.

Damit diese Pilotversuche dann wirklich auch positive Resultate bringen und die Gefahren vom Konsum auch (die ich überhaupt nicht herunterspielen oder -mindern möchte) möglichst gering gehalten werden, ist schon klar, dass man diese Pilotversuche sehr stark reglementieren wird. Minderjährige (also unter 18jährige) sind selbstverständlich nicht in diesem Pilotversuch und es werden auch nur Leute zugelassen, die konsumieren. Es geht nicht darum zu sagen: Kommt alle her und kiff ein bisschen! Sondern es geht darum, dass Leute, die sowieso schon Cannabis konsumieren, dass man da schaut, was das für Auswirkungen auf ihr Konsumverhalten, auf andere Aspekte, auf ihre Gesundheit etc. hat, wenn sie auf eine andere Art zu Cannabis kommen.

Es geht also nicht darum, dass man möglichst viele Kiffer in der Schweiz möchte, und es geht auch nicht um Legalisierung – da bin ich nicht ganz sicher, was da rübergekommen ist von dem, was Marc gesagt hat. Es ist nicht ein Legalisierungsvorstoss, den wir da eingereicht haben. Es geht darum, dass man in einem geschützten, definierten Rahmen Cannabis-Versuche zulässt.

Und wir möchten eine sachliche Diskussion aufgrund der Resultate dieser Versuche. Wir wollen wissenschaftliche Grundlagen haben. Und dann kann man immer noch entscheiden, was man auf Gesetzesebene machen möchte. Und möchte man irgendwann mal tatsächlich einen kontrollierten Zugang zu Cannabis, irgendwann einmal, längerfristig. Diese Pilotversuche sind auf 10 Jahre angelegt, es geht also eine Weile, bis wir da diese Resultate haben.

Was sind die Auswirkungen von diesem kontrollierten Verkauf und letztendlich auch auf die Gesundheit? Und da möchte ich Zeno ansprechen: Es ist überhaupt nicht so, dass die Gesundheit negativ beeinflusst wird, wenn Cannabis unter so kontrollierten Bedingungen abgegeben würde.

In dem Sinn freue ich mich, wenn Sie diesen Vorstoss unterstützen. Ich finde es eine pragmatische Lösung und es ist kein Aufruf, um quasi eine umfassende Gesetzesänderung zu machen, sondern es ist wichtig für Winterthur, dass es sich an diesem Pilot beteiligt.

D. Berger (Grüne/AL): In der Fachwelt sagt man, das grösste Risiko beim Cannabis-Konsum ist das Auslösen von Psychosen. Das ist nicht ganz gesichert, es gibt auch dort verschiedene Lehrmeinungen. Aber auch dort geht man in die Richtung, dass das, was die Psychosen auslöst, ein hoher THC-Gehalt ist. Und deshalb sind wir genau beim Gesundheitsaspekt. Im Moment hat man keine Ahnung, wie viel THC es drin hat und wie viel CWD es drin hat. Beim CWD hingegen geht man davon aus, dass es bei Psychosen präventiv wirkt. Und in den letzten paar Jahren ist der THC-Gehalt nach oben gegangen und ergo der CWD-Gehalt nach unten gegangen. Das hängt einfach zusammen. Und heutzutage hat es irgendeinen Superhanf. Ich meine, ich kiffe jetzt schon ewig nicht mehr. Eigentlich hätte ich ab und zu schon noch Lust, aber ich wage das gar nicht, weil da hat es irgendwie eine Tonne THC drin. Das würde ich wahrscheinlich gar nicht vertragen. Aber der Punkt ist: Man weiss nicht, was drin ist. Und es gibt auch massgeschneiderte Lösungen für verschiedene Leute. Und deshalb ist eine solche Freigabe einfach sinnvoll, denn es ist der Gesundheit sogar förderlich und nicht schädigend.

Ich habe gemeint, wir hätten in der Fragestunde auch mal eine Frage Richtung Stadtrat gehabt zu diesem Thema, bei dem er sagte, sie bleiben dran. Vielleicht rennt man mit diesem Vorstoss offene Türen ein. Wer weiss.

Aber sicher ist sicher: Wir werden diesen Vorstoss unterstützen und wir werden ja auch hören, was da jetzt wirklich Sache ist. Ich glaube, es ist richtig, dass Winterthur da mitmacht. Winterthur war in den 90er Jahren ja das totale Hanf-Mekka, es wäre eigentlich ein Irrwitz, wenn wir nicht an diesem Pilot beteiligt wären. Je mehr Städte mit mehr verschiedenen Hintergründen und Geschichten mitmachen, umso besser sind die Resultate. Deshalb: Die Fraktion Grüne/AL unterstützt das Postulat.

S. Müller (EVP): Als EVP-Fraktion haben wir uns ein bisschen schwerer getan mit dem vorliegenden Postulat und wir wollen da deutlich festhalten: Die Fragen sind durchaus spannend (mindestens ein Teil dieser Fragen) und es tönt auch spannend, dass man das auch wissenschaftlich begleitet und mehr Erkenntnisse sammelt. Das unterstützen wir alles auch voll. Kritisch sehen wir es irgendwie trotzdem, wenn man dann von der kontrollierten Abgabe allgemein spricht. Zwar wird der Jugendschutz immer explizit erwähnt, das ist super. Das möchte niemand, dass man für die Jugendlichen die Hemmschwelle hinuntersetzt, damit sie noch einfacher dazukommen.

Es ist einfach schwierig. In der Praxis sieht es dann aber doch ein bisschen komplexer aus. Und ich möchte das ein bisschen verdeutlichen: In der offenen Jugendarbeit ist es auch so, da kommen wir nicht mit dem Warnfinger und sagen: «Du böse – kiffen schlecht», sondern wir wollen mit den Jugendlichen ins Gespräch kommen. Die Eltern wissen meistens nicht, dass sie kiffen, aber die Jugendarbeiter vielleicht schon. Und wenn wir dann auch noch mit dem Warnfinger kommen, dann vertreiben wir sie noch mehr in die Einsamkeit. Was total kontraproduktiv ist, weil wir im Gespräch bleiben wollen mit ihnen. Wir wollen genau diese Themen anschauen mit ihnen: Lern Deinen Konsum beobachten, lern Dein Verhalten beobachten, lern vielleicht auch, das ein bisschen zu verändern – einfach dass man da reflektieren kann mit dem Jugendlichen selber. Aber wenn man jetzt so eine Abgabeöffnung hat, wie erkläre ich dann das dem Jugendlichen: «Ja schau, für Dich ist es verboten. Dein Papi darf den Stoff reinziehen und er liegt vielleicht auch zuhause rum.»

Ja, sorry, mit den Zigaretten war es auch so. Ich weiss das auch aus eigener Erfahrung. Und da möchte ich den Link machen zu dem Problem: Wenn es dann eben legal ist – und nach unserem Geschmack geht es zu sehr in diese Richtung, dass es eine tranchenmässige Entwicklung ist, dass man zur totalen Legalisierung kommen möchte - und dort sehen wir es definitiv kritisch. Jedenfalls sicher teilweise. Denn die Verfügbarkeit eines Stoffes macht einen wesentlichen Einfluss auf das Suchtverhalten oder auf das Aussteigen wollen. Man sieht das beim Alkohol oder beim Nikotin, bei den «legalen Drogen» (ich nenne es jetzt extra so). Ein

Ausstieg aus dem Alkohol, da habt Ihr sicher alle auch Beispiele aus den Familien, das ist ein Vielfaches schwieriger als z.B. bei Heroin. Den Alkohol bekommst Du an jeder Tankstelle, überall. Mit dem Heroin musst Du ein bisschen mehr unternehmen. Und jetzt gehen wir zum Kiffen: Es ist jetzt auch relativ einfach, das zu bekommen, wenn man ein bisschen den Blick hat. Das weiss man. Aber wenn die Verfügbarkeit so ist, dass man es noch viel lockerer bekommt, dann verschärfen wir da eine Problematik, bei der wir die Konsequenzen bei den legalen Drogen sehen. Bei Alkohol und Tabak. Wenn man einen Blick auf die Statistik der Todesursachen wirft, haben Nikotin und Alkohol immer noch einen sehr hohen Spitzenplatz. Wir als EVP-Fraktion haben uns wie gesagt schwer getan damit. Wir werden das Postulat teilweise unterstützen und teilweise ablehnen. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

U. Bänziger (FDP): Eine Mehrheit der FDP-Fraktion lehnt das Postulat Cannabis Pilotversuch umsetzen ab. Wie kann das sein? Wir als Partei sind für eine Liberalisierung sprich Entkriminalisierung von Kleinkonsumenten von Cannabis.

Der Grund ist: Wenn man den Votantinnen und Votanten zuhört, die es befürworten, muss man sagen, das ist auch ein Etikettenschwindel. Wir stimmen über dieses Papier ab – wir stimmen nicht darüber ab, ob wir da positiver oder negativer eingestellt sind, liberaler oder nicht.

Nehmen wir zum Beispiel die erste Frage im Postulat: Auswirkungen der kontrollierten Abgabe auf die Gesundheit der Konsumenten. Um diese Frage zu beantworten, brauchen Sie eine sehr grosse Anzahl an Teilnehmenden, welche man über Jahre detailliert medizinisch und eben auch wissenschaftlich begleitet.

Wenn wir in Winterthur eine „Mini-Studie“ in einen „Mini-Gebiet“ machen (ich bin stolzer Winterthurer, aber die Stadt ist ein kleines Gebiet), sind die Antworten wissenschaftlich einfach nicht relevant. Es ist eigentlich auch schade, dass das Postulat 2019.59 (also das jetzige) die detaillierten Antworten des Stadtrates im Vorgängerpostulat 2013.17 nicht berücksichtigt. Im Gegensatz zum jetzigen Postulat ging es vorher wirklich mehr um eine Studie, wie eine Liberalisierung implementiert werden kann. Es ging nicht um wissenschaftliche Gesundheitsabklärungen bei unseren Winterthurerinnen und Winterthurer Konsumenten durchzuführen. Falls Sie auf die Website des Schweizer Institut für Sucht- und Gesundheitsforschung an der Uni Zürich gehen, können Sie nach Substanz geordnet wissenschaftliche Publikationen suchen. Bei Cannabis erhalten Sie da 41 Seiten indexiert. Da sind somit ca. 600 wissenschaftliche Arbeiten zum Thema. Das sind vornehmlich Arbeiten in Deutsch und Englisch. Ich bin überzeugt, dass es noch viel mehr Studien gibt, falls man noch Französisch und Niederländisch und andere Sprachen dazunimmt.

Es ist sehr wünschenswert, dass betreffend Jugendschutz und Implementierungsfragen Versuche in der Schweiz gemacht werden. Wir werden eine andere Gesetzgebung haben, per Definition, wie andere Länder. Und glücklicherweise wird die Stadt Zürich mit grosser Wahrscheinlichkeit auch mitmachen, d.h. die kantonale Gesetzgebung wird sie auch implementieren können. Und ich glaube, dass wir mit diesen beiden Vorgaben das dann durchaus umsetzen können, auch in Winterthur, ohne eine separate wissenschaftliche Studie zu machen, bei der ich wirklich bezweifle, dass sie etwas bringt.

Die positiven Voten beziehen sich eigentlich nicht auf das, was im schriftlichen Postulat gefordert wird. Und deshalb lehnen wir das ab.

Man muss vielleicht auch noch sagen, dass der Regierungsrat des Kanton Zürich sich positiv äusserte zu Cannabis-Versuchen. Er will aber, dass die Pilotversuche ausschliesslich durch den Bund finanziert werden sollen. Der Bund wird sicher Freude haben, wenn wir Gemeinden sagen, die Kosten übernehmen wir schon für etwas, das wahrscheinlich wissenschaftlich relativ wenig Wert hat.

Es ist unsere Verantwortung, für unsere Bürgerinnen und Bürger Lösungen zu erarbeiten, welche helfen, ihre Probleme zu lösen - und nicht Geld auszugeben für etwas, was objektiv betrachtet effektiv keinen Mehrwert bringt.

Falls Sie noch eine Idee brauchen können, wie man das gesparte Geld auch noch sinnvoll einsetzen könnte, gebe ich Ihnen die natürlich gerne. Ich habe keine Affinität zu diesem Ver-

ein. Mitte Juni hat der Verein Familien Stärken ihren Jahresbericht an Sie versandt. Der Verein wird bei einem Gesamtbudget von ca. Fr. 350'000 mit Fr. 130'000 von der Stadt unterstützt. Da geht es darum zu helfen, weil wir in unseren Schulen ein Integrationsproblem haben bei Kindern, die bei ihrem Schuleintritt wenig sozialisiert sind. Angebote wie dasjenige des Vereins Familien Stärken, leisten einen wichtigen Beitrag, bei dem Ihre Wähler und Wählerinnen es sicher schätzen würden, wenn wir da mehr machen.

Also eben, die Frage ist: Eine Mini-Studie in einen Mini-Gebiet, aus welcher wir sehr wahrscheinlich sehr wenig lernen werden und wahrscheinlich nicht nur Geld, sondern auch Ressourcen in der Stadtverwaltung binden - oder viel günstiger, viel relevanter und erst noch messbar, Massnahmen zur besseren Integration für unsere Kinder im Vorschulalter, das sicher auch Ihre Wählerinnen und Wähler unterstützt?

Und deshalb hat die Mehrheit von uns das abgelehnt.

K. Cometta (GLP): Ich habe nur zwei kleine Sachen. Lieber Sämi, es geht eben genau nicht darum, dass man Cannabis später am Kiosk kaufen kann. Das ist sicher auch nicht mein Ziel. Gleichzeitig müsste man, wenn man Dir zuhört, auch den Alkohol verbieten, wenn es darum geht die Verfügbarkeit zu reduzieren. Und das kann es ja auch nicht sein – oder möchte ich zumindest nicht.

Das Ziel muss sein, dass man Rahmenbedingungen schafft, dass man das Cannabis dort unter kontrollierten Rahmenbedingungen kaufen kann.

Jetzt geht es aber noch gar nicht darum, wie weit man gehen will mit einer solchen Legalisierung. Jetzt geht es wirklich um einen Erkenntnisgewinn, jetzt geht es um diesen Pilot und ein wissenschaftlich begleitetes Projekt.

Und, lieber Urs, es ist einfach nicht so, dass nur auf möglichst grossen Feldern wissenschaftliche Erkenntnisse möglich sind. Man kann auch durchaus eine solche Studie qualitativ machen und dann kann man mit einer Grossstadt Winterthur durchaus auch schon irgendwelche Aussagen generieren. Damit es nicht allzu teuer ist oder dass nicht jede Stadt dasselbe macht, haben wir ja genau auch angeregt, dass Winterthur die Zusammenarbeit mit anderen Städten sucht.

M. Wackerlin (PP): Nur noch eine ganz kurze Replik. Ich bei dem anschliessen, was Katrin gesagt hat zu Urs. Ich glaube auch, je mehr Städte da mitmachen, desto grösser wird diese Versuchsgruppe. Und wenn die Städte ein bisschen intelligent sind, und ich hoffe, der Stadtrat auf das hinarbeiten, dann arbeiten nicht nur Winterthur und Zürich zusammen, sondern Winterthur, Zürich und Genf und Basel und Bern schliessen sich zusammen und schauen, dass sie ihren Versuch so organisieren, dass sie sich gegenseitig ergänzen und nicht duplizieren. Wobei eine Duplikation bei einem Versuch in der Regel auch nicht schlecht ist, man muss das ja auch noch nachprüfen.

Und zu Sämi: Du hast Dich gefragt, wie man dem Kind erklären soll, dass der Vater kiffen darf und das Kind nicht. Zum einen ist wichtig: Ich habe mit meinen Kindern eigentlich nie mit Verboten oder mit was man darf und was nicht gearbeitet. Sondern als Vater habe ich mein Kind immer als vernunftbegabtes Wesen angeschaut. Man kann mit Kindern extrem gut reden. Schon wenn sie erst vier oder drei sind, verstehen sie ziemlich viel. Man muss es dann halt kindgerecht formulieren. Aber gerade den Jugendlichen kann man sehr gut erklären. Und wenn Cannabis andere Auswirkungen hat auf einen Jugendlichen, der im Wachstum ist, als auf einen Erwachsenen, kann man durchaus sehr gut erklären.

Stadtrat N. Galladé: Besten Dank für diese unterschiedlichen Voten. Man hat es gehört, das Ganze hat schon eine Geschichte. Das haben wir schon einmal etwas weniger entspannt und aufgeregter diskutiert in diesem Rat, vor 5-6 Jahren. Das Postulat wurde damals, man hat es schon erwähnt, mit dem knappmöglichsten Entscheid, einem Stichentscheid, den damals Christa Meier fällte, mit 25:25 und 3 Enthaltungen überwiesen im März 2014. Dann hat der Stadtrat sich fachlich mit diesem Thema, aber auch vernetzt mit anderen, auseinandergesetzt. Damals hat man gesagt: Man hat ein Verständnis, dass man dem Thema nachgeht. Es ist an sich auch in der ganzen Suchtdiskussion tatsächlich ein bisschen seltsam, dass diese

Substanz nicht reguliert ist. Und der Stadtrat hat dann aber in einer Abwägung gesagt, dass man es grundsätzlich begrüsst, dass man schweizweit die Möglichkeit für solche Versuche vorantreibt (das hat man auch in den Grundsätzen unserer Suchtpolitik festgehalten, dass man die Prüfung von möglichen Regulierungsansätzen von Cannabis auf nationaler Ebene unterstützt), dass aber damals v.a. die gesetzliche Grundlage sehr unklar war und man auch, gerade aus Ressourcengründen (wir waren damals gerade zwischen zwei Sanierungsprogrammen, wenn ich mich richtig erinnere) das jetzt nicht zuvorderst hat, aber das mitverfolgt wird.

Man hat aber damals auch gesagt, dass wir mitmachen werden in dieser interurbanen Gruppe Cannabis. Das ist eine Arbeitsgruppe, in der einerseits Städte dabei sind, die selber da schon ein bisschen weiter sind mit Versuchsinteressen, die das auch mitangestossen haben. Aber auch andere Städte, die einfach dabei sind, um die aktive, intelligente Vernetzung zu fördern. In dem Sinn: Wir sind dabei in diesem Kreis der Städte, wir haben aber keinen eigenen Versuch. Wir waren dabei, haben mitgezogen – aber, wenn Sie dem so sagen wollen, haben nicht inhaliert.

Von daher ist man jetzt einiges weiter. Auf Bundesebene ist das auch noch nicht geregelt. Es gab jetzt zwar einen Gesetzesvorstoss, der so einen Experimentierartikel vorsehen würde, der wird heute in den eidgenössischen Räten (in den Kommissionen, ich glaube auch heute in der nationalrätlichen Gesundheits- und Sozialkommission) vorberaten. Und das wäre dann die Grundlage.

Wir können das aber jetzt wie entgegennehmen. Ich wage zu prophezeien, dass es nicht einstimmig wird, aber trotzdem eine deutlichere Mehrheit haben wird als vor 4 Jahren. Wenn Sie es überweisen würden, würde das mit den Kenntnissen, die wir haben aus dieser interurbanen Arbeitsgruppe, die Möglichkeit geben, aufzuzeigen, wie so ein Versuch, eine solche Übungsanlage aussehen könnte. Durchaus aber auch, welche Ressourcen es binden würde, was es kosten würde. Dann hätte man da eine Auslegeordnung, um darüber zu diskutieren. Vermutlich würde man dann, wie es auch angeregt wurde, auf bestehende Modelle zurückgreifen. Da haben schon viele, auch mit Ressourcen, vorgepfadet. Da würde man dann natürlich das Studiendesign übernehmen und vermutlich nicht die ZHAW berücksichtigen, sondern die, die es schon gemacht haben. Das ist dann wohl auch ein Finanzfaktor, damit man das Rad nicht neu erfinden müsste.

Aber wenn Sie das überweisen würden, werden wir uns mit dem Thema auseinandersetzen und sicher auch auf bestehende Ergebnisse, die es in dieser interurbanen Arbeitsgruppe gibt, zurückgreifen. Und dann könnte man im Rahmen einer Postulatsantwort aufzeigen, wie das funktionieren könnte, durchaus auch zu welchem Preis. Da könnten Sie sich dann auch wieder äussern, ob Sie auf diese Art und zu diesem Preis bereit wären, das zu machen.

Ratspräsident A. Geering: Damit kommen wir zur Abstimmung. Es gibt einen Ablehnungsantrag.

Wer der Überweisung dieses Postulats Cannabis Pilotversuch umsetzen zustimmen möchte, soll das bezeugen durch Handerheben. Auszählen bitte.

Wer die Überweisung ablehnt, soll die Hand erheben.

Gibt es Enthaltungen?

Damit habt Ihr der Überweisung mit 38:15 Stimmen bei einer Enthaltung zugestimmt.

13. Traktandum

GGR-Nr. 2019.58: Begründung des Postulats U. Glättli (GLP), B. Zäch (SP) und K. Frei Glowatz (Grüne/AL) betr. Mattenbach revitalisieren und vernetzen

Ratspräsident A. Geering: Begründung des Postulats betreffend Mattenbach revitalisieren und vernetzen. Das Wort hat Urs Glättli.

U. Glättli (GLP): Ich begründe das Postulat «Mattenbach revitalisieren und vernetzen». Das Postulat regt einen Kredit an zur Revitalisierung des Mattenbachs. Mit der Revitalisierung soll der Unterlauf des Mattenbachs mit den übrigen bestehenden naturnahen Strukturen vernetzt werden. Neben weiteren, ausformulierten Eckwerten soll geprüft werden, ob im Einflussbereich zur Eulach die sogenannte „Flussbadi“ projektiert werden soll.

Der Mattenbach ist einer der drei bedeutsamsten Fliessgewässer unserer Stadt. Gewässer in Städten sind nicht einzudolen. Sie sind lebendig und erlebbar zu machen. Das verlangen auch alle übergeordneten Planungen des Kantons und der Regionalplanung. Gerade die aktuelle „Entwicklungsperspektive Winterthur 2040“ zeigt eindrücklich die Bedeutung dieses Anliegens. Ignorieren wir das nicht! Beleben wir es!

Der Investitionsspiegel der aktuellen Jahresrechnung zeigt, dass wir sehr viel in den städtischen Pflicht- und Kernaufgaben dienende Verwaltungsbauten investieren wie POM, Schulhäuser und Hochwasserschutzbauten, jedoch relativ wenig in Natur- und Umweltschutz. Aufwendungen in diesem Bereich sind im Vergleich zu den laufenden Aufwendungen der kostentreibenden (Lohn-)Leistungsbereiche verschwindend gering. Im Übrigen dürfte ein Teil von den notwendigen Aufwendungen vom Kanton getragen werden. Das hängige Wassergesetz jedenfalls sieht dafür Subventionen bis 30% der anrechenbaren Aufwendungen vor für Ausdolungen von Gewässern, Revitalisierungsmassnahmen und Massnahmen zur Gewährung der Fischwanderung. Daran ist zu denken, schliesslich schwimmen dort im Mattenbach auch Mattenbachforellen! Die Umsetzung des städtischen Wasserbauplans stockt seit Jahren. Es ist Zeit, da in grösseren Zügen zu denken, zu projektieren und zu realisieren.

Und warum gerade der Mattenbach? Weil hier ganz viel Bevölkerung dranhängt in Seen und Mattenbach: 12'500, mehr als im Kreis Töss, wo man diesbezüglich auch schon etwas weiter ist. Diese Quartiere haben es verdient, dass man an sie denkt. Sie sollen nicht nur Wohn- sondern auch Lebensorte sein. Der doch eher strukturarme Stadtkreis Mattenbach verdient diese Revitalisierung. Wir wollen keine zusätzlichen Lupenräume, nein, sondern wiederbelebte und erlebbare Naturräume! Die Situation beim kantonal vorgegebenen Hochwasserschutz scheint geklärt und die Revitalisierung ist dort hochprioritär eingestellt. Also kein Grund zum Zögern, sondern Zeit zum Investieren. Da darf dann auch noch die vergessene Flussbadi wiederbelebt werden. Hier schaffen wir Lebensqualität, bündeln Freizeitnutzung an einem sowieso belasteten Punkt beim Einfluss in die Eulach. Das Ganze schafft v.a. Raum für Natur, Vernetzung und Sinnhaftigkeit des Mattenbachs.

Für die Grünliberalen ist es ein Thema, wo konkret gezeigt werden kann, wie diese Stadt zukunftsgerichtet gestalten werden soll. Hier grenzen wir uns vielleicht wohltuend von anderen Fraktionen ab. Wir wollen lebendige und erlebbare Gewässer. Wir wollen, dass es da endlich einen grossen Schritt in die Zukunft geht. Es ist höchste Zeit dafür. Stimmen Sie diesem sinnigen und belebenden Vorstoss zu – herzlichen Dank!

Ratspräsident A. Geering: Es gibt einen Ablehnungsantrag der SVP, Hans-Ruedi Hofer.

H.R. Hofer (SVP): Beim Hochwasser Rückhalteraum Oberseen/Mattenbach findet zurzeit eine Gesamtschau statt.

Der Rückhalteraum Oberseen, gleich beim Schulhaus, ist nach den ganzen Planungen inzwischen bei mehr als 5 Millionen. Das bewog den Tiefbau zu einem Stopp, um die Richtigkeit

des Vorhabens nochmals zu überprüfen. Man will – das ist sicher löblich – mit den einzusetzenden Mitteln das Beste und Wirksamste erreichen. Selbstverständlich ist der Mattenbach mit einer allfälligen Revitalisierung in der Gesamtschau mit einbezogen.

Es ist anzunehmen, dass die Gesamtplanung Oberseen – Mattenbach eine Postulationsantwort überholen wird. Dadurch verkommt dieses Postulat zu einem Papiertiger oder Beschäftigungsprogramm für die Verwaltung.

Ich bitte Euch, das vorliegende Postulat nicht zu überweisen. Vielen Dank.

B. Zäch (SP): Der Mattenbach ist eines der prägenden Gewässer in unserer Stadt. Er hat aber zurzeit den Charakter von einem baumbestandenen Kanal. Er ist auch kein lebendiges Gewässer. Das Fehlen von Buchten und stillen Zonen im Wasser und die Tatsache, dass der Mattenbach im Sommer oft wenig Wasser führt, sind der Vielfalt der Tierwelt im Bach nicht förderlich. Im Sommer 2018 hat man am oberen Teil des Baches zahlreiche Fische ausschöpfen müssen, damit sie nicht verenden.

Der Mattenbach ist aber viel mehr als ein Kanal. Er markiert über weite Strecken den Übergang von urbanem Siedlungsgebiet zur Freihaltezone am Stadtrat und verbindet Stadtgebiet und Waldgebiet. Die Wege beidseits des Baches zwischen Deutweg und Seen sind wichtige Velo- und Fussgängerverbindungen. An den Wochenenden promenieren auf ihnen ganze Karawanen von Bewohnerinnen und Bewohnern aus dem Quartier.

Nicht zuletzt ist das Gebiet auch für das Mikroklima der Stadt sehr wichtig. Beim Mattenbach-Gebiet befindet sich u.a. ein für das Stadtklima unentbehrlicher Frischluftkorridor, der am Abend kühle Luft vom Eschenberg in das Grüzfeld bis nach Neuhegi hinunterführt. Gerade in dieser Hitzewoche wird man das wieder schätzen lernen und es ist auch absolut wichtig. Diese Qualitäten des Mattenbachs sollen durch eine Renaturierung des Gewässers gestärkt werden. Für die SP-Fraktion ist entscheidend für unsere Unterstützung – wir reichen das Postulat ja mit ein -, dass mit diesem Postulat ein wichtiger Erholungsraum aufgewertet werden soll. Einen Baderummelplatz wollen wir nicht. Wir halten auch nichts von neuen Waldeggsee-Träumen – abgesehen davon, dass ein ausgebaggerter flacher Tümpel nun mal kein See ist. Das sensible Übergangsgebiet von der Stadt zum Eschenbergwald darf auch nicht zum Stadtrandpark werden. Gestaltete Flächen und Möblierungen sollen sich in engen Grenzen halten und der bedeutende Baumbestand muss in die Renaturierung einbezogen werden. Es braucht auch keine Nutzungsflächen, d.h. weder Spielplätze noch Bistro und auch keine Eventzonen. Dieser wichtige Grenzsaum zwischen Siedlung und Wald am Mattenbach darf und soll ganz einfach ein Ort sein, wo es ausser Natur so wenig wie möglich hat.

Im Postulatstext wird auch ein mögliches Flussbad an der Einmündung vom Mattenbach zur Eulach angesprochen. Die «Flussbadi» war Teil von einem Planungsteamentwurf, der 2006 im Synthesebericht zur Testplanung Zeughaus Teuchelweiher vorgestellt wurde, aber unter der Voraussetzung, dass auf dem Zeughausareal eine Wohnüberbauung entsteht. Dazu ist es bekanntlich nicht gekommen, weil die Überbauung 2012 in einer Volksabstimmung abgelehnt wurde. Ob unter den gegebenen baulichen Verhältnissen eine solche Flussbadi realisierbar ist, wird sich zeigen. Vielleicht ist es am Ende einfach ein Platz, an dem man die Füsse in das Wasser halten kann. Im urbanen Raum ist auch das eine hohe Qualität.

Die SP unterstützt das Postulat im Sinn einer sanften Renaturierung dieses Gebietes, das (wie Urs Glättli richtig gesagt hat) sonst eher strukturarm ist.

K. Frei (Grüne/AL): Die Grüne/AL-Fraktion unterstützt die Überweisung des Postulats aus folgenden Überlegungen: Die Wälder der Stadt Winterthur werden heute schon nach den Prinzipien der Nachhaltigkeit genutzt und gepflegt. Eine Waldrandaufwertung vom Eschenbergwald im Bereich Waldegg würde für Vögel, Kleintiere, Insekten etc. einen hohen Gewinn bringen. Das könnte durch Durchfluss, Abstufung, mosaikartige Strukturen bewerkstelligt werden und würde auch dem bereits bestehenden Qualletbach-Naturschutzgebiet Vorschub leisten und einer Vernetzung mit dem Mattenbach sehr entgegenkommen.

Der Erholungsdruck, wie schon angetönt, in den Quartieren Mattenbach-Seen ist gross und der Bach ist heute praktisch tot ökologisch, weil er eben effektiv praktisch wie ein Kanal entlang des Stadtrandes fliesst. Als Velofahrer und Spaziergänger nimmt man ihn zudem kaum

wahr, obwohl man sehr nah beim Bach ist. Aber das Gehölz und die tiefliegenden Bachdolen bringt es dazu, dass man wirklich kaum merkt, dass man an einem Bach entlangfährt. Für die Erlebnisqualitäten und die ökologische Aufwertung könnte man so wie zwei Fliegen mit einer Klatzche machen, indem man im Bereich Heinrich-Bosshard-Strasse aufmacht und durch eine partielle Auf- und Abflachung der bereits bestehenden, also offen fliessenden Abschnitte. Wenn man das machen würde, hätte man wirklich beide Dinge miteinander. Die Quartierbevölkerung würde so einen Bach bekommen, an dem sie sich auch wirklich aufhalten und erholen kann, und die Biodiversität, wie schon angetönt, würde sehr stark zunehmen. Dann sehen auch wir nicht unbedingt eine Flussbadi, sondern vielleicht eher à la Eulachpark im Bereich Zeughaus/Metallarbeiterschule, dort wo eben der Mattenbach in die Eulach fliesst. Eine Aufwertung auch da wurde ja schon angetönt in dem Entwicklungskonzept Zeughaus Teuchelweiher 2006. Das wäre sowohl für die angrenzenden Quartiere wie auch für die ganze Stadt auf jeden Fall ein hoher Gewinn.

U. Bänziger (FDP): Die FDP-Fraktion lehnt das Postulat ab. Grundsätzlich sind solche Projekte sicherlich attraktiv und falls es nicht noch den Rest der Stadt gäbe, würden wir das gerne unterstützen. Ob mit oder ohne Badensee, also einer Mini-Version von Erwin Schatzmanns Vision Waldeggsee bliebe noch offen.

Ich und meine Familie wohnen in Seen und ich kenne das Gebiet gut. Ich bin sicher, dass dieses Projekt auch Mehrwert generieren kann. Man muss sagen, dass das ganze Gebiet schon sehr viel Grünzone umfasst und der Eschenberg – ja, das ist der Eschenberg. Das Primarschulhaus Steinacker ist leicht versetzt zur Tössstalstrasse, vielleicht 150 m weg. Hintendran können Sie eigentlich in direkter Linie quer über die Wiese gleich in den Eschenbergwald hinaufgehen, so grün ist das dort.

Unserer Meinung nach gibt es Projekte, die bereits Realisierungsreife haben, aber noch nicht umgesetzt worden sind. Da verweisen wir natürlich wieder auf das 2013 verabschiedete Leitbild Naherholung Töss. Dort speziell im Fokus steht natürlich der städtisch geprägte Flussabschnitt zwischen Reitplatz und Kläranlage Hard. Erfreulicherweise sind schon einzelne dieser Projekte verabschiedet worden, aber da könnte man mit mehr Effort noch mehr erreichen.

Ich möchte da eigentlich auch noch auf die Beantwortung der Interpellation von der GLP «Naherholung Töss» vom Stadtrat verweisen. Das ist im Februar 2018 passiert. Mit sehr vielen Mitunterzeichnenden im ganzen Rat über GLP, Grüne/AL, EVP, FDP und SP kam der Stadtrat zurück und sagte hier drinnen, was der Umsetzungsstand ist. Und wenn Sie das nochmals nachlesen, sehen Sie, dass es dort noch signifikante Lücken hat.

Unsere Meinung ist, dass man besser da Druck macht, dass die beschlossenen Massnahmen gemacht werden. Und genau dieses Gebiet zwischen Reitplatz und Kläranlage Hard ist nicht so grün wie das, bei dem ich in der Nähe wohnen darf.

In dem Sinn lehnt die FDP wie gesagt dieses Postulat ab.

Z. Dähler (CVP/EDU): Ich wohne in Mattenbach, das voraus. Und ich gehe dort auch spazieren. Und ich denke, man muss blind sein, wenn man dort spaziert, wenn man den Bach nicht sieht oder wahrnimmt. Ich glaube auch, dass alle, die dort spazieren gehen, dort spazieren gehen wegen dem Bach. Nichtsdestotrotz, Revitalisierungen sind schön und gut. Und wie bereits festgestellt wurde, auch von den Postulanten festgehalten ist, ist der Siedlungsdruck auf dieses Gebiet enorm.

Im Postulat sind Sportplätze und Familiengärten erwähnt. Benedikt hat auch noch die Velofahrer erwähnt. Und wie gesagt, die zahlreichen Spaziergänger, die jetzt schon an diesem Bach entlang sind. Jemand, der dieses Gebiet auch nutzt und wichtig ist für uns, ist der Landwirt. Es ist noch Landwirtschaftsland dort. Und insgesamt sind es doch ganz viele verschiedene Ansprüche, die aufgehen müssen. Es kann nicht sein, dass die Fussgänger auf die Veloschnellrouten ausweichen müssen, da hätten weder die Velofahrer noch die Fussgänger Freude daran. Der Platz, den man jetzt hat, wird gebraucht. Und wenn man irgendetwas verändert, dann wird irgendjemand einschauen müssen und sich einschränken müssen.

Wir haben auch schon gehört, dass es den Qualletbach gibt am anderen Ende der Wiese im Mattenbachgebiet. Dieser wurde bereits revitalisiert, auch auf Kosten von Landwirtschaftsland, d.h. der Landwirt dort müsste wahrscheinlich auch noch Land abgeben, um da etwas machen zu können.

Der Mattenbach, wie er heisst, ist ein Mattenbach, d.h. bevor man ihn eingedolt hat, floss er auf der Matt, auf Wiesenhöhe. Im Sommer eben fast nicht, wenn er nicht sogar ganz ausgetrocknet ist. Das ist aber ganz natürlich, dass der Bach wenig Wasser führt. Dafür hat es, weil er auf der Matt geflossen ist, immer starke Überschwemmungen gegeben, bis er halt eben eingedolt wurde. D.h. wenn man ihn revitalisieren wollen würde, dann auf der Ebene, die er jetzt hat, d.h. man müsste den einen Weg mindestens auf diese Ebene hinunterverlegen. Dort, wo der Mattenbach in die Eulach fliesst, dort ist die Eulach eingedolt in einem Steinkanal. Und von dort hinauf ist der Mattenbach Immerhin mit Böschungen, bewachsenen Böschungen, versehen. Es hat Gebüsch, es hat Bäume, es hat alle möglichen Wildtiere dort, Kleintiere, die schon heutzutage dort leben. Und von daher gesehen braucht es eine weitere Revitalisierung nicht.

Wir von der CVP/EDU-Fraktion lehnen die Überweisung des Postulats ab.

M. Bänninger (EVP): Wir von der EVP unterstützen die Stossrichtung des Postulats und werden es auch mitüberweisen. Wir sind aber der Meinung, dass auch andere Gewässer einen hohen Bedarf haben für eine Revitalisierung. Wir sprechen uns aus für weitere Überlegungen in diesem Bereich. Es soll Naherholungsgebiete geben in allen Stadtteilen von Winterthur. Und gerade lokale Bäche sind prädestiniert dafür.

Stadträtin Ch. Meier: Das Aufwertungspotential des Mattenbachs ist erkannt. In verschiedenen Studien sind mögliche Massnahmen bereits untersucht und aufgezeigt worden. Aktuell ist das Tiefbauamt daran, die Hochwassersituation zu analysieren und mögliche Verbesserungen zu prüfen. Neben dem Hochwasserschutz gilt es aber auch, die sich in der Regel widersprechenden Interessen von Ökologie und Erholung im Blick zu haben. Man hat es auch aus den Voten der Postulantinnen und Postulanten gehört, dass da auch ganz unterschiedliche Vorstellungen vorhanden sind.

Auch die Mündung des Mattenbachs in die Eulach wird zurzeit angeschaut und thematisiert und im Bereich vom Bacheggliweg läuft eine Aufwertung. Darüber hat der Landbote berichtet. Neben den konkreten Projekten ist das Tiefbauamt daran, die Ergebnisse der Gefahrenkarte Hochwasser zu analysieren und mögliche Massnahmen aufzuzeigen. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse werden dann im generellen Wasserbauplan einfließen und dieser wird entsprechend aktualisiert. Der heutige, gültige generelle Wasserbauplan ist am 27. August 2012 vom Grossen Gemeinderat zustimmend zur Kenntnis genommen worden.

Ein wichtiges Projekt, das ebenfalls angelaufen ist, befasst sich mit der Ausscheidung der Gewässerräume. Vorerst im Siedlungsgebiet wird diese Fläche definiert, die die einzelnen Fliessgewässer für einen natürlichen Zustand benötigen. In diesem Raum sind dann weder Strassen noch Wege noch Sitzplätze oder Grillstellen erlaubt. Auch eine allfällige Flussbadi wäre mit ganz strengen Auflagen verbunden und ein Aufstau des Gewässers kommt wegen der Erwärmung des Wassers wohl ohnehin nicht in Frage.

Der Stadtrat hat am 13. März dieses Jahres 400'000 Fr. für die Umsetzung vom Projekt beschlossen. Dieser Stadtratsbeschluss ist öffentlich.

Mit den Massnahmen aus der Gefahrenkartierung und der Gewässerraumausscheidung sind also bereits zwei zentrale Projekte am Laufen, die zusammen mit dem überarbeiteten generellen Wasserbauplan eine wichtige Grundlage bieten für die kommende Planung. Deshalb hat der Stadtrat u.a. auch am 10. April 2019 einen Marschhalt für den Hochwasserschutz Mattenbach beschlossen. Hansruedi Hofer hat bereits auf das hingewiesen. Das Tiefbauamt hat diesen Marschhalt beantragt, um die Zweckmässigkeit der bisherigen Konzepte und Projekte zu überprüfen und ganz im Sinne des Postulats soll der Hochwasserschutz mit Aufwertungsmassnahmen verbunden werden.

Ich habe sehr grosse Sympathien für die Stossrichtung des Postulats, aber wie Sie aus meinen Ausführungen entnehmen können, werden konkrete Revitalisierungsvorhaben in den

nächsten Jahren eher noch nicht umgesetzt werden können, weil eben vorher noch ganz viel anderes laufen muss.

Ich versichere Ihnen aber, dass der Stadtrat grosses Interesse hat an einem hochwertigen Mattenbach hat – wie auch überhaupt an hochwertigen Gewässern. Es gilt aber in Bezug auf die gesetzlichen Vorgaben und auf die unterschiedlichen Interessen sorgfältig vorzugehen, damit eine mehrheitsfähige, gesetzeskonforme und für die ganze Bevölkerung gut verträgliche Lösung zur Aufwertung dieses Freiraums gefunden werden kann.

Ratspräsident A. Geering: Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Postulat überweisen möchte, soll das bitte bezeugen mit Handerheben.

Wer die Überweisung ablehnt, soll das zeigen mit Handerheben.

Ihr habt dieses Postulat mit einer deutlichen Mehrheit überwiesen.

14. Traktandum

GGR-Nr. 2019.57: Begründung des Postulats M. Nater (GLP), Ch. Griesser (Grüne/AL), M. Bänninger (EVP), R. Heuberger (FDP) und G. Stritt (SP) betr. Optimierung der öffentlichen Strassenbeleuchtung zur Reduktion der Lichtverschmutzung und des Energieverbrauches

Ratspräsident A. Geering: Begründung des Postulats betreffend Optimierung der öffentlichen Strassenbeleuchtung zur Reduktion der Lichtverschmutzung und des Energieverbrauches. Es ist mir kein Ablehnungsantrag bekannt. Das Wort für die Begründung hat Markus Nater.

M. Nater (GLP): Vielen Dank für die bisher sehr breite Unterstützung des Anliegens von links und rechts. Dass da schon fast sozialistische Unterstützung dabei ist, das freut mich natürlich und v.a. ist das aber auch gut für dieses Anliegen. Das Anliegen bedingt, dass wir diese Lichtverschmutzung reduzieren wollen.

Ich habe nun schon seit Jahren Rückmeldungen erhalten, dass neue LED-Beleuchtungen installiert werden und diese die ganze Nacht stark blenden. Dabei hatten die Stadtwerkmitarbeiter auch immer ein offenes Ohr für die Anliegen der Anwohner und es entstand aber der Eindruck, dass sie kein klares Konzept bei der Gestaltung der Beleuchtung hatten. Störend für die Bewohnenden war aber auch, dass sie nicht informiert oder nicht einbezogen worden sind. Auf die Nachfragen, wieso nicht andere Betriebszeiten möglich sind, wurde auf Vorgaben verwiesen.

Vor allem wurde auch immer wieder mit Sicherheit argumentiert. Dies wurde als Grund genannt, wieso die Beleuchtungszeiten nicht reduziert werden können oder wieso eine Abschaltung in der Nacht nicht möglich ist.

Bei solchen Sachen frage ich manchmal meinen Sohn und das habe ich auch da wieder mal gemacht. Ich habe ihn gefragt, wieso es in der Nacht um drei Uhr noch Licht braucht. Er hat dann nur gemeint, damit die Einbrecher den Weg finden! Ich finde dies insofern eine gute Antwort, da man sieht, dass Sicherheit von zwei Seiten begutachtet werden kann.

Die Lichtverschmutzung nimmt zu, was mir durch die Sternwarte Winterthur bestätigt hat. Auch hat die neue LED-Beleuchtung eine viel stärkere indirekte Abstrahlung, was natürlich durch nasse Strassen und Schnee noch verstärkt wird. Gerne gebe ich auch die Bitte von der Sternwarte weiter, dass bei der neuen Überbauung Sennhof die Lichtabstrahlung bzw. die Lichtverschmutzung so klein wie möglich gehalten werden soll. Der Grund ist die Forschungsarbeit mit der Beobachtung von Kleinplaneten, welche sich in der Richtung Sennhof befindet. Daher ist jede zusätzliche Lichtquelle eine Störung für die Sternwarte Eschenberg.

Eine moderne Beleuchtung schaltet ein, wenn sie gebraucht wird und leuchtet nicht die ganze Nacht. Eine Beleuchtung, die zu 50% gedimmt ist, oder jede zweite Leuchte, die angeschaltet ist, stört halt immer noch die Tiere in ihrem natürlichen Verhalten und die Menschen bei der Nachtruhe.

Wir erwarten ein verständliches Gesamtkonzept, wo auch die Bevölkerung stärker einbezogen wird, wie es zum Beispiel in St. Gallen und Chur der Fall gewesen war. Mit einem effizienten Einsatz von Strassenbeleuchtung werden nicht nur Energie- und Unterhaltskosten eingespart, sondern auch die Lichtverschmutzung reduziert.

Es würde die GLP und mich sehr freuen, wenn bei der Überweisung des Postulates die breite Mehrheit weiterhin vorhanden ist und wir in Zukunft verstärkt dort Licht haben, wo es auch einen direkten Nutzen generiert.

Ratspräsident A. Geering: Da kein Ablehnungsantrag vorliegt, ist es bisher Praxis und Usus gewesen und auch von der Geschäftsordnung her so vorgesehen, dass es auch keine Diskussion gibt. Es haben sich aber zwei Votanten gemeldet. Ich würde beliebt machen, dass man dem Stadtrat das Wort gibt, ausser Ihr besteht darauf, dass Ihr das Wort wünscht. Keine Opposition, dann hat der Stadtrat das Wort.

Stadtrat St. Fritschi: Ich verschliesse mich nicht gegen das Postulat, denn ich habe ja auch relativ gut vorausgesehen, dass das sehr wahrscheinlich eine Mehrheit finden wird im Gemeinderat.

Aber ich bin ein bisschen erstaunt von den Worten von Markus Nater, denn das, was er jetzt in Worten gesagt hat, lese ich da nicht im Postulat. Die partizipative Mitwirkung bei der öffentlichen Beleuchtung sehe ich nicht im Postulat. Vielleicht lese ich es falsch. Aber ich glaube, man muss sich an das halten, das man einreicht. Wir werden das Postulat, wenn es überwiesen wird, so nehmen, wie es überwiesen wird. Also das, was wir im schriftlichen Text haben. Das mit der Mitwirkung habe ich jetzt nur aus Deinen Worten gehört und nicht im Postulat gelesen. Das möchte ich voraus sagen.

Ich möchte auch noch sagen: Es ist natürlich so, dass diese neue Arten von Technologien, die wir jetzt auch in der öffentlichen Beleuchtung einsetzen (da denke ich natürlich nicht nur an die LED-Technologie, sondern ich denke auch an die Bewegungsmeldung und an die Funkverbindungen von Lampe zu Lampe), das sind natürlich sehr interessante neue Möglichkeiten, die es gibt. Und das konnten wir auch schon einmal in der Öffentlichkeit vorstellen. Was man dort natürlich einfach sehen muss: Wir werden in der Stadt Winterthur nicht von heute auf morgen alle Beleuchtungspositionen ändern wegen den neuen Technologien. Denn das ist einfach von der Investition her viel zu hoch.

Aber sonst verschliesse ich mich überhaupt nicht vor dem, was ich da im Postulat gelesen habe. Und bin jetzt ein bisschen weniger gespannt auf das Resultat der Überweisung, aber es muss ja auch nicht immer so spannend sein.

Ratspräsident A. Geering: Das Postulat ist damit überwiesen.

15. Traktandum

GGR-Nr. 2016.82: Antrag und Bericht zum Postulat D. Hofstetter (Grüne/AL), F. Landolt (SP), L. Banholzer (EVP/BDP) und M. Nater (GLP) betr. kostendeckende Solarstromproduktion auf städtischen Liegenschaften

Ratspräsident A. Geering: Antrag und Bericht zum Postulat betreffend kostendeckende Solarstromproduktion auf städtischen Liegenschaften. In Vertretung von Doris Hofstetter, die nicht mehr im Rat ist, spricht Reto Diener.

R. Diener (Grüne/AL): Wir haben vor ziemlich genau drei Jahren dieses Postulat eingereicht. Wir danken dem Stadtrat natürlich zuerst einmal für den Bericht, den er geschrieben hat. Ich muss aber, so leid es mir tut, dazu ziemlich deutliche Worte wählen, die nicht gerade schmeichelnd sein werden. Vorab bleibt aber immerhin anzumerken: Die Antwort zu diesem Postulat ist natürlich noch in der letzten Legislatur entstanden. Und insofern könnte ich mir schon vorstellen, dass es allenfalls jetzt nicht mehr genau gleich aussehen würde.

Aber nichtsdestotrotz, was wir jetzt da vorliegen haben, ist tatsächlich ungenügend, ich muss es leider so sagen. Man kann es nicht anders qualifizieren. Eine Mehrheit des Parlaments, und zwar eine klare Mehrheit, hat schon vor drei Jahren die Forderungen auf den Tisch gelegt und angeregt, dass man doch einen Ausbau der Photovoltaik auf den stadteigenen, also den verwaltungseigenen Dächern plant und das anpacken soll. Und damit eigentlich einen Ausbau, eine Weiterentwicklung der Photovoltaik-Versorgung, also der Stromproduktion über Photovoltaik-Anlagen in der Stadt Winterthur vorangetrieben werden kann. Es war also lange, lange vor den Klimastreiks, die die Welt in der letzten Zeit so stark bewegt haben.

Es geht bei diesem Anliegen darum, dass wir mehr Photovoltaik-Anliegen auf diese Dächer bringen, schneller und ein bisschen rascher umsetzen. Der vorliegende Bericht geht darauf aber überhaupt nicht ein. Und wenn, dann höchstens nur ablehnend mit der Begründung, das würde dann sicher eine ganze Stelle mehr Personal bedingen. Da sage ich nur zwei Sachen: Ja und? Wenn es das tatsächlich braucht, dann war das ja ein Auftrag des Parlaments, dass man das bringt und allenfalls beantragt.

Aber zweitens schon ein bisschen Fragezeichen, ob das tatsächlich nötig ist. Man sprach immerhin nur von den stadteigenen Dächern, also von den Liegenschaften, die die Stadt selber recht gut kennt und wo sie auch weiss aufgrund der Programme, die heute laufen, wo man welche Gebäudesanierungen anstehen hat, wo man Entwicklungen vorantreiben will und wo eben nicht. Das ist am Aufbauen, am Entstehen und am Laufen.

Und das ist das, was ich am meisten kritisieren muss in dieser Antwort: Man sieht einfach in dieser Antwort, wie der Mut den Stadtrat völlig verlassen hat, einmal etwas über das hinaus zu machen, das halt standardmässig gemacht werden kann.

Die Prüfung einer PV-Anlage bei einem Umbau, das ist selbstverständlich wichtig. Um das ging es uns aber nicht. Wir haben ja gesagt, wir möchten einen Ausbauplan, der weiter geht. Man kann auch auf ein bestehendes Gebäude, das nicht in den nächsten 10 Jahren umgebaut wird, eine solche Anlage aufstellen. An den meisten Orten ist das möglich. Es entbindet also nicht, wenn man einfach nur sagt: Ja, die Renovationen und die Umbauzyklen, die grosszügigen Sanierungen usw. ermöglichen uns nicht, mehr zu machen.

Die Forderung mit dem Postulat war klar: Aufstellen, zeigen, wie man mehr machen könnte als nur das, was bis jetzt umgesetzt wurde.

Wir haben einiges, das starten kann. Man hat den Solarkataster, der über alle Gebäude hin sehr schön zeigt, wo ein gewisses Potential da ist. Und wir wissen, wenn wir das anschauen, dass wir mit einer groben Abschätzung über die ganze Stadt hin durchaus ein Potential von 20-30% des gesamten Strombedarfs von Winterthur haben, das wir über solche Anlagen produzieren könnten. Wir sind immer noch im Bereich von ganz kleinen Prozentsätzen, vielleicht 2 oder knapp 3%.

Jedes Kind weiss und die Spatzen pfeifen es schon lange von den Dächern: Photovoltaik-Anlagen sind im Preis deutlich gesunken, sie sind eigentlich nach bei der sogenannten Netzqualität. Sicher nicht jeder zu 100%, aber mindestens nahe dran. Und man kann auch einmal ein bisschen etwas investieren und für die Zukunft etwas Gutes tun. Wir werden das bei der Klimadebatte dann noch weiter auseinanderbeineln.

Fazit für heute: Diese Antwort ist zu dürftig. Wir können es uns angesichts der immer dringender notwendigen Massnahmen zum Umbau unserer Energiesysteme auf erneuerbar schlicht nicht leisten, diese Chance nicht zu nutzen und warten bis ins nächste Jahrhundert, bis dann alle Gletscher einfach verschwunden sind.

Deshalb fordern wir gemeinsam mit den anderen Parteien, die mitgemacht haben bei diesem Postulat (das stelle ich hiermit offiziell ein), einen Zusatzbericht für dieses Postulat, der zeigen soll, was man da noch machen kann, was an mehr Ausbaupotential umgesetzt werden kann.

Wir beantragen diesen Zusatzbericht, der zeigen soll, wie diese Defizite angegangen werden können und wie man mit dem vorwärtskommen kann. Danke für das Verständnis.

F. Landolt (SP): Uns geht es ähnlich wie dem Vorredner. Wir möchten dieses Postulat eigentlich nicht einfach so entgegennehmen und uns einverstanden erklären. Wir verlangen eigentlich mit diesem Postulat ein aktives Vorgehen, damit auf städtischen Liegenschaften

schneller Photovoltaik-Anlagen entstehen. Und die Betonung liegt da auf dem Stichwort «aktives Vorgehen Ausbauplanung Solarstromproduktion».

Und die Antwort, die wir seit notabene 26 Monaten in den Händen haben, ist in zweifacher Hinsicht enttäuschend. Zum ersten scheint die Dringlichkeit von einem aktiven Vorgehen hinsichtlich der Energiewende - vielleicht ist das ein zu grosses Wort – also einer aktiven Energiepolitik nicht richtig erkannt zu sein. Denn sonst könnte man eigentlich nicht schreiben «so wie bisher». Das ist der 1. Grund.

Und der 2. Grund: Es scheint, dass personelle Gründe kein schnelleres Vorgehen ermöglichen. Das können wir eigentlich nicht richtig glauben und insbesondere haben wir bei den damals insgesamt 20 Mio. für Photovoltaik-Anlagen nicht ausgeschlossen, dass da auch externe Planer angestellt werden und externe Planungen gemacht werden usw.

Wir entnehmen der Antwort, dass 0.4% des jährlichen Strombedarfs der Stadt Winterthur aus PV-Anlagen kommt, das mit den Geldern aus dem 2012 gesprochenen Kredit von 20 Mio. subventioniert wird. Das ist uns zu wenig und zu langsam und zeigt, dass da dringend mehr realisiert werden muss.

Für die SP ist dieses Vorgehen zu langsam und wir schliessen uns der Forderung nach einem Zusatzbericht, der den jetzt geäusserten Bedenken Rechnung trägt, an.

Ratspräsident A. Geering: Um es klarzustellen: Diese Forderung ist ein Antrag auf einen Ergänzungsbericht, über den wir anschliessend auch abstimmen werden.

Das Wort hat Lilian Banholzer.

L. Banholzer (EVP): Die Postulatsantwort zeigt tatsächlich hauptsächlich auf, was bis jetzt gemacht worden ist im Bereich der Solarenergie. Es wird darauf hingewiesen, dass bei Neubauten, Sanierungen und Umbauten immer der Fokus von Photovoltaik-Anlagen geprüft werde und meistens auch umgesetzt. Dann wird noch gross der Aufwand beschrieben, der entstehen würde, wenn man alle Dächer dieser städtischen Liegenschaften überprüfen müsste. Und dass dieser Aufwand als zu gross eingeschätzt wird.

Bis zu einem gewissen Grad kann man das noch nachvollziehen. Grundsätzlich finden wir natürlich ebenfalls das, was bis jetzt verwirklicht wurde, lobenswert. Uns fehlen aber in dieser ganzen Antwort Vorschläge, wie man trotzdem im Sinne des Postulats vermehrt Anstrengungen zur solaren Zukunft der Stadt machen kann.

Ein solcher Vorschlag hätte z.B. sein können, dass man jedes Jahr 10 Dächer von städtischen Liegenschaften auf ihre Eignung prüft oder andere schrittweise Vorgehen.

Auch wir sind deshalb mit der Antwort nicht zufrieden und möchten das Postulat noch nicht abschreiben, sondern erwarten einen Ergänzungsbericht

M. Nater (GLP): Ich kann meine Vorredner voll und ganz unterstützen. Ich glaube, inzwischen hat sich die Sachlage auch ein bisschen geändert, weil der neue Stadtrat auch entsprechend mehr Photovoltaik-Anlagen bauen will. Aber ich nehme jetzt trotzdem Bezug auf diesen Bericht.

Der Stadtrat hat vor fast 3 Jahren einen klaren Auftrag von der Mehrheit des Parlamentes erhalten. Der Auftrag war, das Potential für Photovoltaik-Anlagen in der Stadt Winterthur auf den eigenen Gebäuden abzuklären.

Der Bericht selber besteht nun aus einer Seite Rückblick, einer halben Seite Schulung und einer Seite Begründung, wieso es nicht geht und dass es für die Arbeit eine zusätzliche Stelle braucht. Fast am Schluss der bezeichnende Satz: «Eine umgehende und flächendeckende systematische Überprüfung aller städtischen Liegenschaften ist jedoch unverhältnismässig zeit- und personalintensiv.» Wir sind in einer Zeit, in der wir einen Klimawandel haben, in der es immer wärmer wird. Und da sieht man überhaupt keine Anstalten, dass man etwas machen will.

Jetzt noch auf die Sache bezogen: Wenn ein Chef seinem Projektleiter in der Privatwirtschaft im Jahr 2012 den Auftrag erteilt, in den nächsten Jahren 20 Mio. in die Förderung von Photovoltaikanlagen zu investieren, wäre sofort ein entsprechendes Programm gestartet worden und nach wenigen Jahren wäre das Geld investiert gewesen.

In der Stadt Winterthur sind bisher 5 Mio. ausgegeben worden, mit 2 GWh Energiegewinnung pro Jahr. Bei einem reinem Energiepreis von 20 Rp./kWh für Solarstrom entspricht dies einem Ertrag von 400'000 Franken. Daraus resultiert ein Payback von 12 Jahren und ist damit ein durch Steuern finanziertes hochrentables Geschäft. Wenn also im Jahr 2018 von dem Geld noch 15 Mio. vorhanden sind, ist aus wirtschaftlicher und ökologischer Sicht in den letzten 6 Jahren einiges falsch gelaufen.

Wir verlangen das nun Lösungen und nicht dass Probleme aufzeigt werden. Aber vor allem wollen wir endlich, dass die angekündigten Initiativen von Stadtwerk auch entsprechend umgesetzt werden, damit man im Bericht vom Erfolg etwas sehen könnte.

Wir von der GLP nehmen den Bericht negativ zur Kenntnis und stimmen dem Antrag der Grünen für einen Ergänzungsbericht zu.

P. Rütsche (SVP): Jeder Anlagenbetreiber von PV-Anlagen hat das Recht, die selbst erzeugte Elektrizität basierend auf der sogenannten Eigenverbrauchsregelung vor Ort für sich selber zu nutzen und nicht komplett in das Netz einzuspeisen. Das beinhaltet ja die sogenannte Eigenverbrauchsregelung. Dadurch verringert sich der Strombedarf aus dem öffentlichen Netz. Man muss bedenken: Wenn man überall PV-Anlagen auf dem Dach hat, muss man das Netz der Stadt Winterthur vergrössern. An gewissen Orten sind die Leitungsnetze einfach zu klein vom Querschnitt. Das vergisst man oft.

Neben der Eigenverbrauchsregelung kann ein Anlagenbesitzer auch Stromkosten sparen, wenn in Zukunft nicht noch Netzgebühren oder Anschlussgebühren erhöht werden. Die restliche, nicht verbrauchte Energie, d.h. ein kleiner Teil (das wäre das Ziel) wird als Überschuss direkt ins öffentliche Netz eingespeisen. Es macht also durchaus Sinn, möglichst viel elektrische Energie aus der eigenen PV-Anlage zu verbrauchen und allenfalls zu speichern. Das gilt grundsätzlich auch für die städtischen Liegenschaften.

Aber nur mit dieser PV-Anlage ist es leider nicht getan. Je nach Gebäudeart und Nutzungsbelegung und Grösse der Anlage braucht es für einen möglichst hohen Eigenverbrauch diverse haustechnischen Anpassungen, um so z.B. der Einsatz einer intelligenten Steuerung, damit elektrische Betriebsmittel wie z.B. Wärmepumpe, Elektroeinsätze für Warmwasserspeicher, Akkugeräte von Staubsauger, Laptop usw. optimal zu steuern, so dass der Eigenverbrauch im Jahresdurchschnitt möglichst hoch ist. Es handelt sich also v.a. um elektrische Betriebsmittel, die dafür geeignet sind, dann geladen oder betrieben zu werden, wenn die elektrische Energie aus der eigenen PV verfügbar ist.

Für ein optimales Ergebnis müssen vorgängig Abklärungen getroffen werden. Das weiss ich, das habe ich in den letzten zwei Jahren gemacht. Und die notwendigen Massnahmen umgesetzt werden, dabei sind selbstverständlich auch die aktuellen Normen zu beachten.

Bei Sanierungen, Umbauten oder Neubauten von städtischen Liegenschaften kann es sinnvoll sein – das unterstützen wir auch – die Installation einer PV-Anlage mit Eigenverbrauchsteuerung zu prüfen und realisieren. Damit der Eigenverbrauch für die städtischen Liegenschaften einen hohen Grad erreicht und die Anlagen wirtschaftlich betrieben werden können, sind aber wie ausgeführt vorgängig die notwendigen Überlegungen und Abklärungen vorzunehmen. Und das ist doch ein grosser Aufwand. Und es sind auch gewisse Umbauten nötig in der Elektroinstallation.

Die SVP-Fraktion und die Piraten unterstützen die Antwort des Stadtrates. Eine entsprechende Ausbauplanung würde zu hohen Kosten führen und das gewünschte Ergebnis ist nur mit grossem Aufwand zu erreichen. Einen Zusatzbericht lehnen wir ab und nehmen das Postulat positiv zur Kenntnis.

R. Heuberger (FDP): Auch die FDP-Fraktion ist enttäuscht von der Antwort des Stadtrates. Der Auftrag war nicht, exakte Werte betreffend Nutzung von Photovoltaik-Anlagen aufzuzeigen. Der Auftrag war, das Potential abzuklären. Dazu braucht es den Solarkataster, das Verzeichnis der städtischen Liegenschaften, das Verzeichnis der inventarisierten Bauten und die Flächen der Dächer. Und über alle diese Informationen verfügt die Stadt.

Auch fehlende Ressourcen erachten wir eher als peinliche Ausrede. Denn würden intern Ressourcen fehlen, könnte man z.B. auch überlegen, ob man nicht in Zusammenarbeit mit

ZHAW-Studenten, die solche Berechnungen als Semesterarbeit machen könnten, solche Berechnungen machen möchte. Und gerade zur Zusammenarbeit mit der ZHAW: Wir würden diese sehr schätzen und sie als sehr sinnvoll erachten.

Natürlich hätte man für solche Potentialberechnungen Annahmen treffen müssen und über die Realisierbarkeit der Anlagen. Aber das hätte der Rat akzeptiert.

Mit der vorliegenden Antwort des Stadtrates tappen wir aber weiterhin im Dunkeln. Insbesondere fehlt auch eine klar erkennbare Strategie betreffend Umsetzung von PV-Anlagen durch die Stadt. Die Zufälligkeit dominiert. Das ist insbesondere deshalb auch ärgerlich, weil der Bund solche Anlagen derzeit immer noch fördert und die Förderbeiträge auch verlängert werden sollen.

Aber auch wir sind überzeugt davon, dass die Antwort auf diese Vorlage heute anders lauten würden, weshalb es durchaus Sinn macht, einen solchen ergänzenden Bericht aufzustellen, damit diese Zufälligkeit ein Ende hat.

Von daher wird die FDP-Fraktion den Zusatzantrag unterstützen.

Stadtrat St. Fritschi: Das ist ja wie beim Samichlaus: Wenn man ein Jahr nicht so artig war und das dann auf ein Mal so entgegnehmen muss. Ausser der SVP habt Ihr nur Ruten ausgeteilt.

Ich nehme das natürlich ernst und werde das so mitnehmen. Ich rechtfertige mich jetzt nicht. Es ist ein bisschen unglücklich gelaufen, dass damals, als es überwiesen wurde, ich noch nicht in dieser Funktion war. Die Postulatsantwort ist dann aber unter meiner Gilde erfolgt. Da halte ich mich nicht raus. Ich hatte die Diskussion im Rat nicht mehr so präsent, weil ich damals noch nicht von meinem Glück gewusst habe, dass ich dann verantwortlich sein werde bei diesem Departement. Aber ich nehme das ernst, was heute gesagt wurde. Ich wurde auch vom einen oder anderen schon vorgewarnt, dass heute nicht unbedingt Friede, Freude, Eierkuchen sein wird. Und wir nehmen das so zur Kenntnis und werden versuchen, Euren Wünschen zu entsprechen.

Ratspräsident A. Geering: Wir kommen zur Abstimmung. Wir stimmen über den Antrag der Grünen/AL ab, Antrag auf einen Ergänzungsbericht.

Wer diesem Antrag zustimmen möchte, soll das bezeugen durch Handerheben.

Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen?

Dann ist dem Antrag mit einer grossen Mehrheit zugestimmt. Das Postulat geht für einen Ergänzungsbericht zurück an den Stadtrat und die beiden Ziffern müssen nicht abgestimmt werden, die in der Weisung sind.

16. Traktandum

GGR-Nr. 2017.97: Beantwortung der Interpellation D. Schneider (FDP), S. Gygax-Matter (GLP) und R. Diener (Grüne) betr. Bus on demand

Ratspräsident A. Geering: Beantwortung der Interpellation betreffend Bus on demand. Eingetragen ist David Schneider als Erstunterzeichnender, Urs Bänziger spricht von der FDP.

U. Bänziger (FDP): Im Namen der Fraktion möchte ich mich beim Stadtrat für die nützliche Beantwortung betreffend Bus on demand bedanken.

Als Anmerkung zu diesem Geschäft muss man sagen, dass obwohl der Stadtrat bereits nach 4.5 Monaten geantwortet hat, wir im Grossen Gemeinderat das Geschäft erst jetzt, beinahe 2 Jahre später, weiterbehandeln. Das ist nicht gut und wir müssen diesen Prozess optimieren können, weil wir sonst, bildlich gesprochen, riskieren, den Zug oder Bus zu verpassen.

Die Antworten sind sehr nützlich, weil sie die Komplexität der Thematik widerspiegeln. Die Antworten gehen auch auf bestehende und in der Vergangenheit durchgeführte Versuche ein. Diesbezüglich natürlich auch die Referenz des Bus on demand der Linie 9 von Seen

nach Iberg. Durch die Dynamik von betrieblichen Engpässen und dem Wunsch der Bevölkerung wurde schlussendlich das ordentliche Linienangebot eingeführt – also eigentlich komplett diametral zu dem, was der Bus on demand eigentlich hätte bringen sollen, haben wir nachher flächendeckend ausgebaut.

Es ist auch ersichtlich, dass operative Aspekte dazu führen können, dass Bus on demand sich nicht wesentlich positiv auf die Kosten der Dienstleistungserbringung niederschlagen, obwohl natürlich effektiv weniger gefahren wird. Getrieben wird das v.a. durch die Personalkosten.

Das Zusammenspiel von ZVV und Gemeinden ist auch nützlich, es bleibt zu hoffen, dass der ZVV eine bremsende Wirkung hat auf die Nachfrage nach grenzenloser Mobilität auch in Randgebieten.

Ich denke, dass die Erklärungen umfangreich waren und uns sehr gut aufzeigen, welche Faktoren das öffentliche Mobilitätsangebot beeinflussen. Nochmals besten Dank an den Stadtrat.

R. Diener (Grüne/AL): Ich mache es ein bisschen kürzer dieses Mal. Vielen Dank für die Antwort auf diese Interpellation an den Stadtrat. Ich glaube, man konnte ziemlich klar herauslesen - und da ist die Situation auch positiv zu werten – wir haben mit einem solchen Rufsystem relativ hohe Kosten. Das wurde gesagt, v.a. die Personalsituation. Man braucht natürlich auch für einen kleinen Bus einen Chauffeur und das macht es relativ unattraktiv. Zudem haben die Erfahrungen, die wir auch in Winterthur gemacht haben mit dem Rufbus nach Eiderg, gezeigt, dass man häufig eine schwache Auslastung hat und damit noch mehr Kosten produziert.

Gegenüber normalen Regelangeboten ist es natürlich sicher ein erster Schritt, aber viel mehr kann es eben tatsächlich nicht sein. Entweder muss es überführt werden können in ein reguläres Angebot oder – es gibt eine ganz andere Lösung dafür, wie das, was wir im nächsten Postulat anschauen, nämlich Fahrzeuge ohne Chauffeur. Da sind wir aber leider noch ein bisschen davon entfernt.

Man sieht, wenn man so ein Reservationssystem einführen muss (das haben wir selber mit dem Bus nach Eidberg hinauf erlebt), das ist ziemlich umständlich und könnte natürlich heute mit den Smartphones und den Möglichkeiten der Technologie vielleicht ein bisschen eleganter gelöst werden, trotzdem braucht es einen Vorlauf. Wenn der Buschauffeur nicht immer dort steht und einfach wartet, dann muss es einen Vorlauf geben, damit er weiss, ob er kommen kann oder nicht, ob er kommen muss oder nicht. Und das macht es dann doch mit den Wartezeiten, die für den Benutzer anfallen, eher unattraktiv.

Kurz: Ich bin tatsächlich, wie der Stadtrat auch, nicht überzeugt, ob das im städtischen Raum wirklich ein sinnvolles Angebot ist. Vielleicht für ländlichen Raum noch eher, wo beinahe keine Alternativen bestehen, wo es auch keine Taxidienste gibt oftmals. Bei uns kann ich es mir nur vorstellen als quasi Initiator, um einen Versuchsbetrieb zu machen, ob es etwas bringt und man überhaupt Gäste bekommt, die ein- und aussteigen, und dann das überführt in ein reguläres Angebot.

S. Gygax (GLP): Zürich macht es uns eigentlich vor: Das Pilotprojekt «FlexNetz» startet im Sommer 2020, also in einem Jahr. 5 Kleinbusse werden dort mit einem App bestellt und fahren zwischen Albisrieden und Altstatten. Begleitet wird dieses Projekt von der ETH. Das Prinzip Bus on demand würde nämlich auch in Winterthur funktionieren und ein mögliches wirtschaftliches und kundenorientiertes städtisches ÖV-Angebot fördern. Obwohl, wir haben es verschiedentlich gehört, die Kosten momentan noch nicht wesentlich tiefer sind, denken wir, dass sie eben doch tiefer sein werden. Gerade mit Blick auf die technischen Entwicklungen sind wir überzeugt, dass wirtschaftlich interessante Lösungen gefunden werden.

Wir Grünliberalen sehen ein grosses Potential im autonomen Fahren. Dieses Potential vom autonomen Fahren wird auch in dieser Interpellationsantwort schon ein bisschen angetönt. Auch Zürich, das mit dem «FlexNetz» ein Pilotprojekt macht, spricht jetzt schon davon, dass diese Busse vermutlich einmal autonom unterwegs sein werden. Vertieft zum autonomen Fahren werden wir uns dann beim nächsten Vorstoss äussern.

Wir möchten den Stadtrat aber wirklich auffordern, dass er das Prinzip Bus on demand in seine Überlegungen weiterhin einbezieht und eigentlich auch jedes Mal prüft, ob jetzt das Sinn macht, das einzuführen oder nicht.

In dem Sinne nehmen wir die Antwort kritisch zur Kenntnis.

P. Rütsche (SVP): Bus auf Bestellung oder eben auch Rufbus gibt es schon viel länger. Heute werden aufgrund der fortschrittlichen Technologien neue Möglichkeiten als Ergänzung zum Linienbusbetrieb überprüft. Ob diese Art von Transport alternativ oder als Ergänzung im dichtbesiedelten Gebiet wie der Stadt Winterthur Fuss fassen kann, ist schwer einzuschätzen. Denn einen Bus per Knopfdruck zu bestellen, bedeutet auch, eine neue Dienstleistung aufzubauen, die auch zusätzliche neue Erwartungen erfüllen muss.

Da ja heutzutage gewisse Fahrgäste schon Schwierigkeiten haben, den aussteigenden Passagieren den Vortritt zu lassen oder Weltuntergangsstimmung herrscht bei kleineren Verspätungen - ob da auch Verständnis vorhanden ist, wenn der Rufbus einmal länger hat, bis er kommt? Angenommen, es bestellt jemand in Seen den Rufbus, aber der Bus ist noch in Wülflingen unterwegs, um Fahrgäste ein- und auszuladen. Dann kann es zu grösseren Wartezeiten in Seen kommen. Zusätzlich ist auch nie ganz klar, ob der Bus noch mehr Fahrgäste während der Fahrt aufnimmt, eventuell kleine Umwege fährt, so dass die Fahrzeit länger wird. Und vergessen wir nicht die Lausbuben, wenn sie aus Spass diesen Knopf drücken und dann niemand an der Haltestelle wartet... Das verursacht Fehlfahrten.

Wichtig ist, die Anschlussmöglichkeiten am Bahnhof weiterhin zu gewährleisten. Da hätte ein Linienbetrieb grosse Vorteile, die Fahrt ist planbar.

Um die Anzahl Leerfahrten möglichst tief zu halten, sollte der Fahrplan stets angepasst werden. Das wird heute zum Teil schon gemacht. Eventuell sollte man auch darüber nachdenken, nach zehn Uhr kleinere Busse einzusetzen, damit kann Energie gespart werden.

Die Antwort nimmt die SVP/PP-Fraktion positiv zur Kenntnis.

B. Zäch (SP): Wir danken dem Stadtrat für die ziemlich klare Antwort auf diesen Vorstoss.

Die SP hat den Vorstoss seinerzeit nicht unterstützt, weil wir der Meinung sind, dass ein Rufbus-Angebot in den Winterthurer Aussenwachen einem zu kleinen Bedürfnis entspricht, um stabil und wirtschaftlich betrieben werden zu können.

Die Antwort des Stadtrats bestätigt diese Auffassung. Sie macht deutlich, dass die Grundkosten bei einem Rufbusbetrieb nicht wesentlich tiefer sind als bei einem Linienbetrieb. Und wenn die GLP sagt, das werde sich wahrscheinlich durch neue Entwicklungen ändern, dann ist das einfach ein prospektiver Blick, aber nach heutigem Stand ist es nicht so, weil eben die Basis mehr oder weniger gleichbleibende Personal- und Infrastrukturkosten sind. Das wird sich voraussichtlich auch nicht so schnell ändern.

Ausserdem würde sich mit der Weiterentwicklung der Linienbusse (Stichwort: grössere Fahrzeuge) die Zahl der Rufbusse, die nötig wären, die grösseren Passagiermengen auch in Richtung Aussengebiete aufzunehmen, stark vermehren, was die vorhandene Verkehrsfläche einfach nicht schlucken kann.

Das Beispiel Iberg zeigt auch schön auf, dass die Nachfragesteigerung eines erfolgreichen Rufbusses (wenn der Betrieb wirtschaftlich ist) früher oder später ohnehin zur Prüfung eines regulären Linienbetriebs führt; die reguläre Linie 9 auf den Iberg hat 2016 den Rufbus ersetzt. Der Umweg über den Rufbus ist in dem Sinn also nicht nötig, wenn die Wirtschaftlichkeit gegeben ist.

Der Stadtrat weist zu Recht darauf hin, dass die technologische Entwicklung in Richtung selbstfahrende Busse, die zurzeit auch in Schweiz erprobt werden, künftig allenfalls einen Quantensprung ermöglicht. Das sehen wir auch so. Bis dahin ist es aber noch ein weiter Weg in technischer, planerischer und nicht zuletzt auch regulatorischer Hinsicht.

Z. Dähler (CVP/EDU): Uns von der Fraktion freut es, dass in dieser Antwort auch auf das Potential der autonom fahrenden Busse verwiesen wird. Aber wir sind noch nicht so weit. Der Vorstoss für Rufbusse, diese Interpellation, zeigt auf, dass man im Moment da keine Optionen hat für Winterthur, dass es auch kostenmässig keine Einsparung bringt. Es zeigt auch

auf, und da sind wir gleicher Meinung wie der Stadtrat, dass die Fahrplansicherheit für die Nutzerinnen und Nutzer des ÖV wichtig ist.

Aber das Ziel des Ganzen müsste irgendwo schon sein, dass wir den ÖV-Benutzern langfristig eine Verbesserung des Angebotes geben können, damit man näher an sein Ziel herankommt – wenn möglich direkt, ohne Umsteigen. Das würde die Attraktivität des ÖV enorm steigern. Aber ganz klar wäre das eine Zukunftsvision, auch für autonom fahrende Busse, von denen wir ja auch im nächsten Traktandum noch sprechen.

Wir nehmen diesen Bericht entsprechend positiv zur Kenntnis.

Stadtrat St. Fritschi: Ich danke, dass Ihr das auch so mitbekommen habt, dass es wirklich eine Grenze gibt, die die Stadt Winterthur bzw. Stadtbus als marktverantwortliches Unternehmen oder als Busunternehmung hat. Schliesslich braucht es im Kanton Zürich eine Bestellung und Empfehlung des ZVV und man kann nicht einfach als Busunternehmung, als Verkehrsunternehmung alles machen, was einem interessant scheint.

Und ich möchte auch davor warnen, dass man einfach jeden Versuch, der möglich ist, auch noch mitmacht. Man ist auch bei den autonomen Bussen schon ein bisschen an der Grenze, dass das an 4-5 Orten überall geübt und gemacht wird. Z.B. Postauto ist wieder ausgestiegen. Es zeigt sich auch, dass es nicht viel bringt, dass man eine grundlegende Versuchsanordnung 4-5 Mal am gleichen Objekt zu machen versucht. Sondern es ist dann angebracht, wenn man eine Erkenntnis hat aus diesen Versuchen und dann wirklich auch an die Umsetzung geht. Und dann auch versucht, das umzusetzen.

Wir verschliessen uns nicht gegen Versuche, wir machen manchmal auch mit bei Versuchen – die manchmal auch scheitern. Ich denke jetzt z.B. an die Anzeigen bei den Haltestellen. Dort musste man den Versuch abbrechen bei den 4 Haltestellen. Man konnte nicht lesen, was auf den Liquid crystal-Anzeigen stand. Das musste man den Versuch abbrechen.

Aber in diesem Fall bringt es nicht viel, wenn 2-3 Städte schon diesen Versuch machen. Und ich bin sicher, dass wir aus diesen Erkenntnissen etwas dazulernen können und vielleicht ist es dann sinnvoll, dass wir das in Zusammenarbeit mit dem ZVV auch auf dem Gebiet von Stadtbus Winterthur umsetzen.

Ratspräsident A. Geering: Damit ist die Beantwortung der Interpellation betreffend Bus on demand erledigt, zur Kenntnis genommen und abgeschrieben.

Ich schliesse die Sitzung für die Essenspause und wünsche Euch «en Guete». Wir sehen uns um 20 Uhr wieder hier.

Nachdessenspause.

Ratspräsident A. Geering: Guten Abend. Ich begrüsse zur Abendsitzung von heute. Ich muss zuerst noch bekanntgeben, dass zusätzlich zu den bereits bekannten Entschuldigungen auch Simon Büchi für die 2. Sitzung entschuldigt ist.

Wir steigen in das Traktandum 12 ein, das wir auf den Anfang dieser Sitzung zurückgestellt haben.

17. Traktandum

GGR-Nr. 2017.98: Beantwortung der Interpellation A. Geering (CVP), F. Helg (FDP) und S. Gygax-Matter (GLP) betr. Autonome Busse ab Quartierbahnhöfen

Ratspräsident A. Geering: Beantwortung der Interpellation betreffend Autonome Busse ab Quartierbahnhöfen. In Stellvertretung meiner Person spricht Iris Kuster.

I. Kuster (CVP/EDU): In seiner Antwort zu unserer Interpellation zeigt der Stadtrat auf, dass er am Thema dran ist und Stadtbus die Entwicklung autonomer Busse intensiv verfolgt und begleitet. Das begrüssen wir.

Allerdings sind keine konkreten Schritte zu erkennen für die bessere Erschliessung von Quartierbahnhöfen mittels autonomer Kleinbusse. Das bedauern wir von der CVP/EDU-Fraktion. Am ehesten Potential für die Erschliessung von einem Quartier ab einem S-Bahnhof sieht der Stadtrat im Gebiet Stadel-Grundhof. Allerdings ohne einen zeitlichen Horizont zu nennen. Das ist uns zu wenig konkret.

Es wird zurzeit davon ausgegangen, dass die rechtlichen Grundlagen rechtzeitig geschaffen werden, damit autonome Fahrzeuge Anfang der 2020er Jahren auf öffentlichen Strassen zugelassen würden. Wird Winterthur dann schon dabei sein mit autonomen Bussen? Wir wünschen uns das sehr.

Verschiedene städtische S-Bahnhöfe sind nicht mit dem ÖV erschlossen. Wir haben in der Interpellation z.B. Töss, Wallrüti oder Hegi erwähnt. Wir sind überzeugt, dass die S-Bahn-Verbindungen ab diesen Bahnhöfen zusätzlich an Attraktivität gewinnen würden, wenn sie per ÖV in die entsprechenden Quartiere erschlossen würden. Dabei haben wir durchaus an ein Angebot gedacht, das an einen Fahrplan gebunden ist, und den Anschluss an die S-Bahn gewährleistet. Also nicht an ein Rufangebot.

Wir bitten den Stadtrat und Stadtbus, in diese Richtung weiterzudenken.

F. Helg (FDP): Die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation und möchte Folgendes festhalten:

Zur Antwort zu Frage 1: Gemäss dem Stadtrat ist ein Einsatz von autonom betriebenen Bussen in Randzeiten oder in ländlich geprägten Gebieten «vorstellbar». So steht es ausdrücklich in der Antwort. Dann sollte dies auch Niederschlag finden in den offiziellen Papieren, so etwa in der Angebotsstrategie von Stadtbus. Zurzeit datiert die Angebotsstrategie 2020/2030 vom April 2015 (jedenfalls nach der Fassung aus dem Internet). Bei einer Aktualisierung müsste man diesem Aspekt auch noch entsprechend Rechnung tragen und das in die Angebotsstrategie aufnehmen.

Zu den Antworten zu Fragen 2 bis 4: Wir begrüssen es, dass Stadtbus über die Leitung von Stadtbus direkt in diese Gremien eingebunden ist, welche die technologische Entwicklung im ÖV verfolgen. Auch wenn kurzfristig noch viele Fragen nicht geklärt sind und autonom betriebene Busse in einem Linienverkehr noch nicht einsetzbar sind – insofern ist das Fazit des Stadtrates sicher zutreffend –, so darf die zukünftige Entwicklung nicht verpasst werden. Ich denke z.B. an den Bahnhof Grüze, wo mit der möglichen Erweiterung mit einem Bahnhof Grüze Nord ein Ausgangspunkt sein könnte, mit autonom betriebenen Bussen eine Feinerschliessung anzugehen.

Was den Bahnhof Töss betrifft, könnte man sich jedenfalls mittelfristig vorstellen, dass man dort das Rieter-Areal, das sich jetzt dann auch ändern wird, mit einem autonomen Bus angehen könnte. Und im Zusammenhang mit dem Bau des Brüttener Bahntunnels wird auch der Bahnhof Töss umgebaut. So könnte man die Feinerschliessung des Rieter-Areals auch andenken.

S. Gyga (GLP): Die Grünliberalen danken dem Stadtrat auch für die Interpellationsantwort. Wir erkennen grosses Potential beim autonomen Fahren und sind überzeugt davon, dass das autonome Fahren für die Stadt Winterthur grosse Chancen bereithält.

Wir stellen aber auch fest, dass mit jedem Vorstoss, der sich dem autonomen Fahren widmet, die Abwehrhaltung im Stadtrat ein bisschen zunimmt. Beim letzten Vorstoss, Bus on demand, hat man noch grosses Potential geortet. Bei diesem Vorstoss sieht es schon ein bisschen anders aus. Und beim Vorstoss, bei dem es darum geht, einen autonomen Bus zum Bruderhaus einzurichten, zieht man sich komplett auf die Wartebank zurück und überlässt dieses Feld dem Rest der Welt. Dort wird z.B. gesagt, dass GPS-Signale im Wald verloren gehen können und dass Velofahrer, die entgegenkommen, ein solches autonomes Büschen stören könnten. So kommen wir ehrlich gesagt nicht zum Ziel. Da genügt es nicht zu sagen, dass

man längerfristige Interessen hat an diesem autonomen Fahren. Wer nicht mitmacht, bleibt einfach stehen.

Für uns Grünliberale sind natürlich auch die Kosten sehr wichtig. Wir verstehen deshalb nicht, weshalb kein Geld aus dem Smart City-Rahmenkredit gesprochen werden kann. Da fehlt uns jetzt die Begründung dafür. Und was wir dann gar nicht verstehen ist, dass das Geld, das nach dem Postautoskandal zurückerstattet wurde (das ist nämlich eine halbe Million Franken) nicht für innovative Projekte im ÖV eingesetzt wird. Das geht unserer Meinung nach eigentlich nicht. Mit diesem Geld könnten wir bereits 50% von den geschätzten Beschaffungskosten für einen autonom fahrenden Bus abdecken. Uns ist es sehr bewusst, dass das autonome Fahren Investitionskosten verursacht und noch lange nicht vollständig ausgereift ist. Wir Grünliberalen finden aber, dass wir da den Anschluss wirklich nicht verpassen dürfen. Und wir müssen da wirklich am Ball bleiben. Ich erinnere da nur an unser selbsternanntes Ziel Smart City.

Wir fordern deshalb den Stadtrat auf, mit Neugier, Interesse und Mut die Entwicklungen in diesem Bereich aktiv zu verfolgen und rechtzeitig geeignete Projekte in Angriff zu nehmen. Denn wir wollen uns ja nicht wirklich, wie im April 2019 geschrieben, von Seuzach überholen lassen, das effektiv auch schon darüber nachdenkt, ein solches selbstfahrendes Büschen als Shuttle zu installieren.

In dem Sinn nehmen wir die Antwort des Stadtrates negativ zur Kenntnis.

B. Zäch (SP): Auch die SP-Fraktion dankt dem Stadtrat für diese Antwort. Dieser Vorstoss ist ein mässig breit abgestütztes Wahlkampfvehikel aus dem Vorfeld der Gemeinderatswahlen 2018, von der CVP, FDP und GLP. Er stellt zwar interessante verkehrspolitische Fragen, zielt aber unserer Auffassung nach auf das falsche Verkehrsmittel ab. Darum hat die SP auch diesen Vorstoss nicht unterstützt.

Die Feinverteilung der ÖV-Anschlüsse ab den Quartier-Bahnhöfen ist ein verkehrslogistischer Schlüssel, um den grössten Konstruktionsfehler des Winterthurer Verkehrssystems, die sternförmige Ausrichtung der Buslinien auf den Hauptbahnhof, zu durchbrechen. Darum macht es Sinn, jede Möglichkeit in diesem Bereich zu prüfen, um hier zu neuen Lösungen zu kommen. Richtig ist auch, dass selbstfahrende Fahrzeuge, wenn sie denn einmal kommen, die Grenzen zwischen öffentlichem und privatem Verkehr teilweise auflösen werden. Zum jetzigen Zeitpunkt sind aber die Erwartungen an autonome Fahrzeuge immer noch weit höher als das, was sie einlösen können.

Der Stadtrat streicht in seiner Antwort heraus, dass für selbstfahrende Kleinbusse vor allen Punkt-zu -Punkt-Verbindungen zu Aussenquartieren wie Stadel und Ricketwil im Vordergrund stehen. Und der Grund, wieso dass Seuzach das prüft, hat genau mit diesen Punkt-zu-Punkt-Verbindungen zu sehr kleinen Siedlungseinheiten zu tun. Dort sind Anbindungen mit regulären Linienbetrieb oder Rufbus schlicht nicht wirtschaftlich. Wir haben das beim Vorstoss Bus on demand schon behandelt.

Die Vorstellung aber, dass autonome Busse in anderen Quartieren gewissermassen einen Haustür-Service bieten könnten, vervielfacht nur die bereits bestehenden Probleme des Individualverkehrs in den Quartieren. Hier müssen in erster Linie gute Velo- und Fussgängerverbindungen mit guter Anbindung an den ÖV im Vordergrund stehen.

P. Rütsche (SVP): Obwohl selbstfahrende Busse technisch gesehen interessant sind und Potential für eine Entwicklung haben, muss das aber auch sorgfältig geplant werden, v.a. für Winterthur. Das einzige, mit dem wir in der Antwort des Stadtrates nicht einverstanden sind, ist das mit den Personalkosten. Ich glaube nicht, dass durch die selbstfahrenden Busse Personalkosten geringer ausfallen werden. Es braucht sicherlich für den Betrieb viel mehr technisches Personal. Und je länger je mehr. Das bedeutet, je mehr Fahrzeuge unterwegs sind, braucht es auch ein Datennetz. Grundlage für das automatische Fahren ist ein zuverlässiges Kommunikationsnetz (GPS oder das zurzeit umstrittene 5G-Netz). Zudem vergisst man, dass der Buschauffeur neben dem Fahren auch andere Aufgaben wahrnimmt, die dem Fahrgast zu Gute kommen. Also wenn ich ein Problem habe, frage ich lieber einen Menschen als einen Roboter. Man wird aber Fortschritte machen und möglicherweise können die Erkenntnisse für

eine Weiterentwicklung bei Bussen mit Chauffeur eingesetzt werden. Das sind sogenannte «teilautonome» Busse. Und das wird wahrscheinlich auch in Deutschland bald eingesetzt. Das wird eher die Zukunft sein.
Besten Dank für die Antwort. Die SVP-Fraktion nimmt die Antwort positiv zur Kenntnis.

M. Bänninger (EVP): Wir von der EVP unterstützen neue Technologien und dass diese auch in Winterthur eingesetzt werden. Dass die Routen und auch die Fahrzeuge vorher abgestimmt und gezielt gewählt werden müssen, sehen wir ebenfalls als selbstverständlich an, wie auch, dass es etwas Mut seitens Stadtrat braucht, solche Projekte zu initialisieren. Ja, wir müssen in Winterthur nicht immer in Testbetrieben eingebunden sein. Auf der anderen Seite darf der Stadtrat aber auch ein bisschen mutig und innovativ sein in diesem Bereich und einen Schritt weiter gehen.
Wir nehmen deshalb diese Interpellationsantwort lediglich zur Kenntnis.

R. Diener (Grüne/AL): Noch kurz zum Schluss: Ich schliesse mich eigentlich weitgehend dem an, was Benedikt Zäch von der SP schon gesagt hat. Wir finden auch, es ist grundsätzlich spannend, diese Technologie muss man sicher anschauen. Da sind wir völlig in line mit den Interpellanten, die das eingereicht haben. Wir sehen aber doch auch die Grenzen dieser ganzen Technik im Moment noch. Und sehen sie grundsätzlich eher in wirklich schwach besiedelten Gebieten, in klaren, einfachen Verkehrssituationen. Autonome Punkt-zu-Punkt-Beziehungen, bei denen es nicht zu viele komplizierte und komplexe Verkehrssituationen hat. Dort hat man wahrscheinlich eine Chance, auch innerhalb dieses Horizonts bis 2025 etwas umsetzen zu können. Für anspruchsvolle Verkehrsbedingungen, wie wir sie in der Stadt typischerweise haben, gerade auch um Quartier-Bahnhöfe herum, wo schon relativ viel los ist und auch viele andere Strassen einmünden, sehen wir das eher nicht. Als Ergänzungslinie, vielleicht auf die Aussenwachen zu, könnte es allenfalls beim einen oder anderen vielleicht tatsächlich etwas sein, das man sicher anschauen muss. Und wir vermissen auch, dass da die Vision ein bisschen fehlt, dass das auch nicht in die Strategie einfliesst. Wir finden auch, es sollte jetzt anfangen, wirklich in die Strategie einzufließen von Stadtbus und aufgenommen werden. Und ich glaube, das macht der ZVV grundsätzlich schon auch. Von Zürich weiss man, dass da vieles am Tun ist. Das sollte man aufgreifen und da finde ich, dürften wir durchaus etwas mutiger sein.

Ratspräsident A. Geering: Damit habt Ihr die Interpellation Autonome Busse ab Quartierbahnhöfen... Soweit behandelt, dass jetzt der Stadtrat Stefan Fritschi sprechen kann. Bitte.

Stadtrat St. Fritschi: Es war also keine Forderung vom Frauen-Kollektiv, dass die Männer heute nichts mehr sagen dürfen.

Ich habe genüsslich zugehört, was Ihr gesagt habt. Ich finde es jeweils spannend, wenn man zu einem Teil sagt, man solle mutiger sein. Ich habe halt noch ein Gedächtnis und kann mich erinnern, was ähnliche Leute bei Wärmering Frauenfeld gesagt haben oder bei Biorender. Wenn es dann vorbei ist und ein paar Millionen in den Sand gesetzt sind, dann heisst es plötzlich: Was seid Ihr für Deppen, dass man da überhaupt Geld eingesetzt hat?

Ich muss Euch einfach sagen: Autonome Busse gibt es noch nicht. Das gibt es noch nicht. Die paar Modelle, die am Einfahren sind, das kann man nicht als marktaugliches Verkehrsmittel bezeichnen. Ich war letzthin in Schaffhausen, kurz bevor der in ein E-bike gefahren ist und dann eine Woche pausiert wurde, weil sie den Versuch gestoppt haben. Jetzt fährt er wieder, jetzt fährt er bis zum Schloss Wörth. Aber ein normal sportlicher Mensch ist also schneller mit Gehen als dieses Büschen. Und wenn einer davor durchgeht, dann ist es blockiert für ein paar Minuten.

Was dann noch dazu kommt, ist dass man nicht einen Chauffeur spart, sondern jemanden anstellen muss in einer höheren Lohnklasse, nämlich einen Techniker, der mit dem Joystick drinsitzt und dann eingreift, wenn irgendetwas nicht gut funktioniert.

Ich staune schon, dass es jetzt Leute gibt, die aufgrund von diesen Versuchen Stadtbus sagen, man solle es in die Strategie hineinnehmen. Wir wissen noch nicht zum aktuellen Zeitpunkt, wann das taugliche Verkehrsmittel sein werden, die wir einsetzen können. Nur weil wir schreiben, es sei vorstellbar – das ist noch weit davon entfernt, dass wir das in die Strategie aufnehmen und klar sagen, das ist ein Teil unserer Angebotsstrategie. Da muss ich Euch enttäuschen.

Silvia Gyga hat gesagt, wir hätten da bewusst immer negativer geschrieben. Da ist nichts bewusst dahinter, denn es sind beide Vorstösse zur gleichen Zeit eingereicht worden. Sie wurden auch gleichzeitig beantwortet. Das ist im Rahmen der Traktandierung so, dass das eine vor- und das andere nachher ist. Es ist nur ein Schelm, der das denkt, dass wir beim einen positiver und beim anderen negativer eingestellt gewesen wären. Es ist gleichzeitig erfolgt und soll die gleiche Stossrichtung zeigen.

Wir wären finanzrechtlich illegal gewesen, wenn wir den Betrag von Postauto, vom Postauto-Skandal, direkt verwendet hätten für einen Versuch. Die halbe Million, die wir bekommen haben, das ist ganz klar: Das geht in den allgemeinen Steuerhaushalt. Und wenn man Geld aus dem Steuerhaushalt brauchen möchte für irgendeinen Versuch, dann braucht es ganz normal einen Antrag und einen Kreditantrag, ob man das daraus nehmen darf. Man darf das nicht einfach ohne Kompetenz abzügeln und für einen Versuch brauchen. Der Stadtrat ist klar der Meinung, dass man bei diesem Versuch diese halbe Million nicht verwendet. Wir brauchen das lieber für sinnvollere Sachen, als uns noch einem Versuch anzuschliessen, der für die Bevölkerung gar keinen Mehrnutzen hat.

Ich verschliesse mich aber sicher nicht, wenn die autonomen Busse dann wirklich so tauglich sind, dass man sie verwenden kann. Aber für das verwende ich mich nicht, dass wir Geld in einen 5. Versuch verlocken, wo es schon 4 andere Versuche in der Schweiz gibt.

Abgesehen davon, dass der Versuch, der in Schaffhausen stattfindet, die Verkehrsbetriebe der Stadt Schaffhausen natürlich relativ wenig kostet, denn das ist industriegetrieben. Es ist eine Firma, die einen grossen Teil daran finanziert. Da haben wir das Pech, dass diese Firma nicht in Winterthur stationiert ist sondern in Neuhausen.

Ich glaube, ich habe Eure Meinung so entgegengenommen und hoffe aber trotzdem, dass diese Busse in den nächsten Jahren eine Entwicklung durchmachen, so dass es dann für Winterthur auch tauglich ist.

Ratspräsident A. Geering: Vielen Dank. Damit habt Ihr diese Interpellation betreffend Autonome Busse ab Quartierbahnhöfen zur Kenntnis genommen und das Geschäft abgeschlossen.

18. Traktandum

GGR-Nr. 2017.130: Beantwortung der Interpellation M. Nater (GLP), F. Helg (FDP), M. Bänninger (EVP) und A. Steiner (GLP) betr. Rückvergütung Gewinne aus Stromverkauf an Kunden

Ratspräsident A. Geering: Beantwortung der Interpellation betreffend Rückvergütung Gewinne aus Stromverkauf an Kunden. Das Wort geht an Markus Nater.

M. Nater (GLP): Danke von unserer Seite für die Beantwortung dieser Fragen. In dieser Antwort, die ausführlich ist, konnte die Transparenz zur Gestaltung der Preise erfüllt werden. Auf der anderen Seite ist aber auch die Strategie ersichtlich, die Gewinnoptimierung steht mehr im Vordergrund und der Fokus liegt weniger auf der Erfüllung der ökologischen Ziele. Aus der Antwort ziehen wir diese Erkenntnis.

Bei der Strompreisentwicklung sieht man ein klares Tief. Im Jahr 2010 ist Stadtwerk bei den Haushaltskunden im Städtevergleich auf einem Spitzenplatz bei den Stromtarifen. Im Jahr 2018 gilt das nur noch für die Geschäftskunden. Die Haushaltskunden sind ins Mittelfeld gerutscht. Das bestätigt leider der von der Ratsmehrheit angenommene GLP-Antrag für das

Budget 2019, der verlangt, dass der Mittelpreis der Stromnormverbrauch in Prozent vom Durchschnitt von diesen 8 Schweizer Städte um 2% verbessert werden soll.

Was natürlich gut ist bei den Gewinnen, die Stadtwerk macht auch mit dem Profitcenter Strom, dass dadurch 2-3 weniger Steuerprozente fällig sind. Das ist ein Riesenvorteil, wenn Stadtwerk entsprechend der Stadt wie eine Dividende zahlt.

Auf der anderen Seite wird bei der Frage, ob eine Rückvergütung an die Kunden möglich ist, auf die ElCom verwiesen, die das nicht zulassen würde, wenn noch nicht alle Netzkosten bezahlt sind. Die erwähnte Deckungsdifferenz beruht aber auch auf den 18.5 Mio. Fr., die für die Sanierung der Pensionskasse auf das Profitcenter Strom gerechnet wurde. Ohne diese Beträge könnte man über tiefere Tarife verhandeln, denn dann ist sehr wahrscheinlich diese Deckungsdifferenz nicht mehr vorhanden. Die Pensionskasse ist auch ein Teil davon, weshalb wir so hohe Tarife bezahlen.

Zur Rendite, die Stadtwerk nicht angeben will, das ist aus marktwirtschaftlicher Sicht absolut nachvollziehbar. Wir erwarten aber in der Kommission, dass wir dort trotzdem noch eine Auskunft zur Rendite erhalten.

Noch zum Schluss (oder irgendwie in der Mitte): Ob eine Annäherung an die Preise wie bei der EKZ möglich ist, auf diese Frage wurde leider nicht näher eingegangen.

Eingangs habe ich etwas zu den ökologischen Zielen gesagt. In dieser Antwort wurde sehr gut aufgezeigt, dass zwischen 2011 bis 2015 der Anteil der erneuerbaren Energie von 23% auf 74% erhöht werden konnte. Leider ist der jetzt im Jahr 2018 wieder nur bei 68%, also 7% schlechter, als er im Jahr 2015 war. Die Verschlechterung wurde wahrscheinlich durch Grosskunden ausgelöst. Man kann sich aber schon fragen, ob die eingeschlagene Strategie von Stadtwerk auf margenschwache Grosskunden setzt und ob es die richtige Strategie ist, als Zwischenhändler für dreckigen Strom herzuhalten. Zum Schluss noch den bezeichnenden Satz in der Antwort: «Eine signifikante Steigerung vom Anteil erneuerbare Energie ist wohl nur mit grossen finanziellen Anreizen für die Kundschaft möglich oder den Verzicht auf Graustromprodukte in der Grundversorgung.» Diesen Satz nehmen wir gerne entgegen, um für die notwendige Transparenz zu sorgen, damit Stadtwerk uns einen Weg aus dem Graustrom aufzeigen kann.

Wir nehmen die Antwort des Stadtrates positiv zur Kenntnis, sind aber mit der erkennbaren Strategie beim Graustrom nicht einverstanden.

F. Helg (FDP): Die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation. In der Antwort erhalten wir auch sehr viel Zahlenmaterial, das mein Vorredner schon kommentiert hat.

Ich möchte vielleicht mehr noch auf die Motivation zurückkommen, wieso wir von der FDP erstunterzeichnend mitmachten. Ich war damals ja noch in der BBK. Die Motivation liegt im Mechanismus, wie der Strompreis festgelegt wird und welchen Einfluss der Gemeinderat darauf nehmen kann. Die Strompreise für das kommende Jahr legt der Stadtrat jeweils bis Ende August fest. Wenn dann gegen Ende Jahr das Budget und die damit verbundenen Zielvorgaben vom Gemeinderat festgesetzt werden, kann auf das Strompreis-Regime nicht mehr direkt Einfluss genommen werden. Wir haben das gesehen in der letzten Budgetberatung mit dem GLP-Antrag, den Markus Nater vorhin erwähnt hat.

Umgekehrt hat der Gemeinderat auch kein bindendes parlamentarisches Mittel, um zum Voraus Vorgaben für die Strompreisfestsetzung zu machen.

Man kann es also drehen und wenden, wie man will: Obwohl der Gemeinderat die Budgethoheit hat, kann er auf den Strompreis nicht direkt einwirken. Es ist natürlich klar, dass der Spielraum – wenn es denn einen solchen überhaupt gibt – für das Parlament nicht unbeschränkt ist: Wir können in der Interpellationsantwort nachlesen, dass die Höhe des Strompreises in verschiedener Hinsicht stark reguliert ist. Nichtsdestotrotz bleibt es unbefriedigend, dass momentan dem Gemeinderat die Hände gebunden sind, und das obwohl mit dem Strompreis indirekt auch das Substrat für die jährliche Ablieferung an das Gemeinwesen mitbestimmt wird.

F. Künzler (SP): Ich bin jetzt ein bisschen irritiert. Ich hatte das Gefühl, die Interpellation, über die wir jetzt sprechen, also 2017.130, und die andere, 2017.129, bei der es praktisch um das Gleiche geht, würden zusammen behandelt. Aber ich hatte das offensichtlich falsch im Kopf. Ich spreche jetzt aber trotzdem nur einmal zu den beiden Vorlagen.

Wir haben es gesehen: Folie und Text ist copy-paste.

Die SP Fraktion dankt dem Stadtrat für die Antworten. Stadtwerk findet wortreiche Begründungen, Ausreden und «es ist nicht unser Fehler»-Sätze, um den Bürgerinnen und Bürgern zu erklären, warum sie mehr für etwas zahlen müssen als die Leute in Seuzach und Hettlingen oder sonst irgendwo. Diese technokratischen Erklärungen werden die Menschen in unserer Stadt allerdings wenig interessieren, wenn sie ihre Stromrechnung zahlen. Es ist ja nicht so, dass normale Kunden von Stadtwerk eine Wahl ihres Lieferanten hätten. Stadtwerk sollte sich deshalb sehr sorgsam verhalten, wenn sie ihre Monopolstellung, die sie haben beim Strom, und den Service Public unter einen Hut bringen müssen.

Dass die Bevölkerung in den letzten Jahren eine gewisse Selbstherrlichkeit bei Stadtwerk festgestellt hat, ist ja nicht von der Hand zu weisen. Sie alle kennen die Stichworte: Der notwendige Millionen-Nachtragskredit beim Umbau Schöntal oder der an allen politischen Instanzen vorbeigemogelte Wärmetunnel Heiligberg. Ganz grundsätzlich würde man sich also ein bisschen mehr Demut bei den Verantwortlichen von Stadtwerk wünschen. Doch nach der Lektüre der beiden Interpellationsantworten bleibt einem das Gefühl «Nicht unser Fehler, wir können nichts machen, geht weg». Kundenorientierung geht anders.

Der Stadtrat schreibt in seiner Antwort, die Verteilung der Elektrizität weise seit Jahren eine «Unterdeckung» auf und begründet dies auch mit ausführlichen Rechnungen der ElCom und ihren Richtlinien usw. Ich zweifle die Rechnungen und Begründungen keinesfalls an, die sind sicher richtig, es ärgert einfach der Subkontext zwischen den Zeilen «hört mal auf zu jammern, Ihr profitiert ja, wir verrechnen gar nicht alles was wir dürften». Man kann sich als interessierter Laie natürlich fragen, ob die Vorschriften der ElCom tatsächlich den Realitäten der Schweiz entsprechen, oder aber vielleicht zu Gunsten der Endkunden angepasst werden sollten.

Bei der Frage 5 der Interpellation 2017.130 (das ist also die, die wir jetzt besprechen) hüllt sich der Stadtrat in Schweigen. Er will nicht sagen, wie gross die Rendite in % ist und sagt, das sei eine «wettbewerbsrelevante Information». Com'on Stadtrat. Die Stromverteilung in Winterthur ist ein Monopol, also wo ist hier der Wettbewerb? Niemand in Winterthur kann seinen Stromlieferanten wählen, es sei denn, er ist ein Grösstkunde. Meine Unternehmung zahlt über 1'000 Franken Stromrechnung pro Monat und gehört noch lange nicht in diese Kategorie, in der wir wählen könnten.

Politisch relevant in dem ganzen Kontext sind vor allem die 12 Millionen Franken, die im Jahr 2017 als Ertragsüberschuss von Stadtwerk in die Stadtkasse respektive in die Pensionskasse umverteilt worden sind (und natürlich in allen anderen Jahren auch). 12 Millionen Franken entsprechen etwa vier Steuerfusspunkten. Diese Umverteilung vom Gebührenhaushalt in den Steuerhaushalt der Stadt wurde vor langer Zeit politisch beschlossen und die ist vermutlich auch heute noch mehrheitsfähig; aber doch nicht unumstritten, sonst gäbe es diese beiden Interpellationen nicht. Ausserdem erinnere ich an die kürzliche, ziemlich heftige Debatte über die Finanzierung der öffentlichen Beleuchtung, bei der es genau um dies ging: Wer zahlt es denn?

Wenn man das so anschaut, fehlt aus meiner Sicht darum vor allem die Was-wäre-wenn-Rechnung, wenn diese 12 Millionen nicht umverteilt würden. Um welchen Betrag würde der Stromtarif sinken, wenn stattdessen die Steuern um 4% angehoben würden? Vielleicht will der Stadtrat diese Zahlen ja irgendwann noch nachliefern. Dann könnten wir nämlich wenigstens über Fakten debattieren.

Der Stadtrat gibt des Weiteren an, dass mit den Stromhandelsreserven 15,6 Millionen Franken als Startfinanzierung fürs Glasfasernetz entnommen wurden und dadurch die ganze Bevölkerung profitieren würde. Das ist sicher richtig, zeigt aber nur die halbe Wahrheit. Dass die 15,6 Millionen jemals zurückbezahlt werden, ist mittlerweile ja eher unwahrscheinlich, ich verweise dabei auf meine schriftliche Anfrage 2018.95 und die zugehörige Antwort. Kurz zusammengefasst steht darin, dass das Profitcenter Telekom bei Stadtwerk seit 2006 defizitär ist,

der Stadtrat aber weiterhin nichts dagegen zu tun gedenkt, das heisst, es werden einfach weiterhin rote Zahlen angehäuft. Irgendwann wird wohl eine Sonder-Wertkorrektur respektive -Abschreibung notwendig sein, auch wenn das der Stadtrat möglichst vermeiden will, wie er in dieser Anfrage sagt. Es soll sich dann, wenn das passiert, einfach niemand darüber aufregen, die Fakten sind ja schon lange bekannt. Man wird dann schon irgendein Kässeli bei Stadtwerk finden, das dieses Defizit finanziert, und welches, das sehen wir dann ja noch. Es gilt ja bekanntlich auch das Verbot der Quersubventionierung.

Zum Thema „Verzicht auf ein Graustromprodukt“: Das wäre aus ökologischer Sicht ja sehr wünschenswert, der Stadtrat unterlässt es allerdings in der Interpellationsantwort, eine Kalkulation aufzustellen und damit Grundlagen für eine Debatte zu schaffen. Das ist sehr bedauerlich. Vielleicht kann Stadtrat Fritschi hier noch etwas in Aussicht stellen dazu oder das Thema in der BBK besprechen. Letzte Woche, also heute vor einer Woche, haben sich ja einige hier sehr über die Atomstromzertifikate aufgeregt, die bekanntlich nicht mal das Papier wert sind, auf dem sie gedruckt sind.

Z. Dähler (CVP/EDU): Ich danke Fredy Künzler für den tiefen Einblick in diese sehr ausführliche Antwort. Es ist ein Beispiel, was man aus dieser Antwort alles entnehmen kann. Auch ich würdige gleich beide Traktanden wie Fredy Künzler und danke noch für die Beantwortung dieser beiden Interpellationen.

Sie zeigen gut auf, wie der Winterthurer Strompreis zusammensetzt. Es zeigt auch gut auf, wieso es sich nicht gleich entwickelt wie der durchschnittliche Strompreis der Schweiz. Es zeigt auch gut auf, wie wir im Vergleich mit anderen Städten dastehen, da hat Markus Nater sich schon dazu geäußert. Und entsprechend werden wir von der CVP/EDU-Fraktion die beiden Antworten wohlwollend zur Kenntnis nehmen.

Was mich jetzt noch persönlich irritiert: Wie ich das herausgehört habe bei Dir, Markus, geht es eigentlich darum, zu schauen, ob man die Preise senken kann. Dass die Leute weniger Strom brauchen. Gleichzeitig wissen wir auch vom letzten Montag, dass wir eigentlich am liebsten nur noch Strom aus erneuerbaren Quellen haben möchten. Und was dann mit den Preisen passiert, und das sehen wir auch in dieser Antwort, dann sind wir mit dem Preis dort, wo die Stadt Basel ist. Nämlich zuoberst, am teuersten. Und da ist die Frage, will man so viel zahlen in Zukunft für den Strom – oder will man das nicht.

R. Diener (Grüne/AL): Lieber Zeno, das ist natürlich das, was wir erreichen müssten, das wäre eigentlich der richtige Weg. Und da möchte ich einhaken.

Ich danke übrigens auch für die Antworten im Namen der Grünen/AL auf diese Interpellation. Aber wir haben eine andere Sichtweise von diesen Preisen und Tarifen. Hinter den beiden Interpellationen (ich spreche jetzt auch ein bisschen gemeinsam) steht halt ein wenig der Gedanke, wir verlangen zu viel, wir heuschen zu viel. Man zockt das Geld den Kunden ab und steckt es irgendwo hin, wo niemand weiss, wo es hingeht. Das stimmt ja gar nicht. Das Geld wird zum einen investiert in die entsprechenden Infrastrukturen, und zum anderen wird ja auch ein erheblicher Teil jetzt gerade in diese Fördermittel investiert. Bundesabgaben, dieses Programm müssen wir auch lokal bestücken.

Und wenn ich einen Punkt herausgreife zum Schluss: Die Statistik, in der schön ausgewiesen wird, wie viele Anteile der verschiedenen Nutzer oder Tarifteile, die wir abgeben müssen für bestimmte Sachen, für einen durchschnittlichen Strompreis (z.B. bei den Gewerbekunden), dann zeigt sich eine spannende Sache. Das sind nur gerade 6 Promille des gesamten Preises, den der Kunde bezahlt, das effektiv jetzt als zusätzliche Wertschöpfung in das Gemeinvermögen geht. Und das, was wir da regelmässig darüber bestimmen, dass das in das Steuereinkommen hineinfliesst, das sind nur gerade 6 Promille des Gesamtpreises. Da ist praktisch keine Luft drin. Wir können damit nicht wirklich etwas Relevantes machen.

Für den Kunden, der diesen Preis bezahlt, sind die 6 Promille so was von nichts. Wenn man mit dem Preis etwas machen wollte, dann müsste man tatsächlich das machen, dass man eine Lenkungsabgabe hätte. Das wäre sinnvoll. Und dann dürften wir aber nur diese Energie besteuern oder bepreisen, die entsprechend nicht sauber ist (Atomenergie, Fossilenergie). Und die anderen Energien wären dann eben zu bevorzugen. Das wäre der richtige Weg und

in diese Richtung müsste man eigentlich gehen. Und deshalb ist Basel durchaus ein gewisses Vorbild. Das müsste überall so sein.

Stadtrat St. Fritschi: Wenn ich da Euren Voten zuhöre, bin ich einmal mehr der Überzeugung, dass es sinnvoll ist, dass der Stromtarif nicht vom Parlament bestimmt wird. Weil die Aussagen, die Ihr da macht, die sind in sich widersprüchlich, die sind nicht kongruent mit anderen Aussagen, die Ihr gleichzeitig macht. Die einen wollen weniger zahlen für den Strom. Ihr wollt ein veredeltes Produkt, wollt aber trotzdem, dass man Sparmassnahmen macht, damit weniger gebraucht wird.

Fredy Künzler hat einen Rundumschlag von allen seinen negativen Erfahrungen, die er in seinem ganzen Leben mit Stadtwerk gemacht hat, in ein Votum gepackt. Ich hoffe, es bleibt dann aber bei einem. Du hast versprochen, dass Du nachher nichts mehr sagst, gell. Es war für mich eine ziemliche Tortur, Dir zuzuhören, denn das hat überhaupt nichts mit Selbstherrlichkeit oder technokratischer Einstellung zu tun, was wir da beantwortet haben. Und mit Glasfaser hat es sowieso nichts zu tun. Auch wenn Du dort viel verstehst, aber Stromhandel hat überhaupt nichts mit Glasfaser zu tun, das sind zwei verschiedene Produkteinheiten. Übrigens: Es ist noch nicht so lange her, dass das Parlament bestimmt hat, was man für Entnahmen macht aus den Stadtwerken. Sondern es wird jedes Jahr gemacht. Jedes Jahr, wie es Felix Helg gesagt hat, kommen wir mit einer Vorlage und der Gemeinderat bestimmt, wie viel Prozent von welchem Profitcenter man in den Haushalt hinüberschiebt. Und es ist an sich der Konsens, den wir da haben, den wir auch im Stadtrat haben, dass wir in diesem Rahmen, in dem wir jetzt sind (das sind ca. 11 Mio.), dass wir so viel hinübernehmen von Stadtwerk in den Steuerhaushalt.

Wenn Ihr das nicht wollt: Gerade von SP-Seite hiess es, man gehe lieber ganz hinunter und vergünstige den Strom um das. Ja, es würde günstiger, aber ob das dann ökologisch Sinn macht, da frage ich mich wirklich. Macht es Sinn, dass wir den Strom besonders günstig machen, damit wir die Günstigsten sind in der Schweiz beim Strom? Und dafür müssen wir hohe Steuern verlangen? Bis jetzt habe ich das nicht herausgehört bei Euch, aber Fredy Künzler eröffnet da jetzt eine ganz neue Speerspitze.

F. Künzler (SP): Das stimmt nicht. Ich habe nur gesagt, ich hätte gerne eine Was-wäre-wenn-Rechnung gesehen.

Stadtrat St. Fritschi: Du hast mir versprochen, Du sagst nichts mehr.

Markus Nater muss ich sagen, dass es bei einer PK-Sanierung ganz klar ist, dass Stadtwerk auch seinen Teil beitragen muss. Wir haben auch Mitarbeiter bei Stadtwerk. Das wäre ja völlig schräg, wenn nur Stadtbus und Stadtgrün die PK-Sanierung bezahlen müssten und Stadtwerk, das genauso Mitarbeiter hat, würde seinen Teil nicht daran zahlen. Ich weiss nicht, von welcher Idee Du da kommst, dass man da Stadtwerk bevorteilen soll gegenüber den anderen Abteilungen, die Mitarbeitende haben.

Ich sage es nochmals: Ich bin sehr froh, müssen wir den Tarif nicht hier diskutieren. Ich gebe gerne in der BBK, wenn Ihr Fragen habt zum Tarif (soweit ich etwas dazu sagen kann), im Detail Auskunft. Aber es ist so, dass der Stromtarif vom Stadtrat entschieden wird.

Ratspräsident A. Geering: Damit habt Ihr die Antwort zur Interpellation betreffend Rückvergütung Gewinne aus Stromverkauf an Kunden zur Kenntnis genommen und sie ist damit abgeschlossen.

19. Traktandum

GGR-Nr. 2017.129: Beantwortung der Interpellation H.R. Hofer (SVP), Z. Dähler (EDU) und M. Nater (GLP) betr. Stromgebühren der Stadtwerke Winterthur

Ratspräsident A. Geering: Beantwortung der Interpellation betreffend Stromgebühren der Stadtwerke Winterthur. Das Wort hat Hansruedi Hofer.

H.R. Hofer (SVP): Lieber Stefan, es tut mir leid, ich glaube, Du musst gleich nochmals eine Tortur über Dich ergehen lassen.

Die SVP nimmt die Interpellationsantwort vom Stadtrat enttäuscht und ablehnend zu Kenntnis. Zum Zeitpunkt der Interpellation 2017 war die Preisdifferenz der verglichenen Stromprodukte 25.57%, das heisst 14.76 Rp. (EKZ) zu 19.83 Rp. je Kilowatt-Stunde bei Stadtwerk Winterthur.

2019 ist die Preisdifferenz auf doch happige 39.46% angestiegen, nämlich 15.08 Rp. beim EKZ zu 21.03 Rp. bei Stadtwerk.

Grundlage ist wiederum die Internetseite der ELcom für einen Verbrauch der Kategorie H4. Zu den einzelnen Punkten der Stadtratsantwort.

Netztopologie: Dass Leitungen, die im Kulturland gebaut werden, einiges günstiger sind als solche in der Stadt oder im dicht besiedelten Gebiet, ist selbstverständlich. Dafür ist die Anschlussdichte einiges geringer. Diese geringere Anschlussdichte war aber die Begründung (und das ist nicht in Absprache mit Fredy Künzler), warum ein Anschluss der Aussenwachen an das Glasfasernetz der Stadt Winterthur nicht möglich war. Diese geringere Anschlussdichte ist nun bei den EKZ ein Vorteil, bei Stadtwerk aber ein Nachteil. Für uns ist das nicht nachvollziehbar.

Zu Punkt 1 der Antwort: Die Aufstellung über die finanzielle Vergütung an den steuerfinanzierten Bereich ist richtig, aber auch die EKZ schüttet 2019 41 Millionen an die angeschlossenen Gemeinden und Kunden aus. Von 82 Millionen Reingewinn, nachzulesen im Geschäftsbericht im Internet.

Punkt 2 Produktevergleich: Es ist nicht ersichtlich, ob das verglichene EKZ-Produkt von ökologisch schlechterer Qualität ist. Trotzdem besteht 2019 eine riesige Preisdifferenz von fast 40%.

Punkt 3: Die Preise sind tatsächlich leicht angestiegen, bei Stadtwerk 1.6 Rp. bei den EKZ 0.54 Rp. oder im Verhältnis 3mal mehr bei Stadtwerk.

Punkt 4: Der Entscheid über die Höhe der Vergütung an die Stadt Winterthur ist, wie wir alle wissen, beim GGR. Woher diese Mittel stammen ist aber in Kompetenzbereich vom Stadtrat. 2018 steuerte das Stromnetz 6.2 Mio., der Stromhandel 1.7 Mio. beigesteuert, also total 7.9 Mio. Franken der 11.4 Mio., die in die Stadtkasse geflossen sind. Trotzdem resultierte noch ein schöner Nettogewinn von fast 7 Mio. resultiert.

Uns liegt, das will ich betonen, eine gut funktionierende Stromversorgung am Herzen, nur sollte die Preisschere zu- und darf auf keinen Fall weiter aufgehen.

M. Nater (GLP): Ich bin da positiver. Auch für diese Antwort einen Dank an den Stadtrat.

Die Differenzen wurden gut erklärt, und wir denken, dass ein grosser Teil der Differenzen durch die aufgezeigten Faktoren wie Gewinnabgabe, Netzkosten, Beitrag an Pensionskassensanierung sowie Startfinanzierung Glasfasernetz nachvollziehbar ist. Noch ganz kurz zu Zeno Dähler: Er spricht da von Preisen wie in Basel. Da er keine Renditezahlen hat, kann er noch gar keine Aussage machen, wie sich die Preise entwickeln. Von daher sind wir wirklich auf die Zahl in der BBK angewiesen, dass wir dort in irgendeiner Form eine Aussage machen können.

Da die Stromtarife vorgängig bekanntgegeben müssen, ist aus Sicht von uns GLP der Rückvergütungsmechanismus zu prüfen, wie in der Interpellation vorher auch gefordert. Damit muss Stadtwerk nicht das Risiko eingehen, zu tiefe Tarife einzugeben, und andererseits, bei so hohen Tarifen, wie es scheinbar 2018 nach Hansruedi Hofer der Fall ist, hätten sie die

Möglichkeit, bei den gebundenen Kunden, die diesen Tarifen ausgeliefert sind, einen positiven Eindruck zu erzeugen.

Der Schlusssatz zur Frage 5 zeigt leider kein Engagement, dass die Kosten für private Kunden nicht weiter steigen. Gemäss Antwort ist kein Handlungsbedarf, solange die Preise tiefer sind als die Preise bei den verglichenen Städten. Von daher ist es spannend, wie die Preise dann 2020 aussehen, wie dort der Vergleich mit dem Durchschnitt dieser 8 Schweizer Städte sein wird.

Wir von der GLP nehmen diese Antwort zu Kenntnis und bauen darauf, dass wir die Preise stabilisieren können.

R. Heuberger (FDP): Auch die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat ganz herzlich für die Beantwortung der Interpellation. Im Budget 2019 haben wir den WOV-Indikator betreffend Mittelpreis des Normverbrauchs von 93 auf 91% gesenkt. Damit hat der Rat ein klares Signal gegeben, dass die Strompreise sinken sollten. In der Rechnung ist der Indikator jetzt erhöht, bzw. der Einkaufspreis für den Strommix in der Stadt Winterthur beträgt 99%. Was in der Rechnung aber fehlt, sind genau diese Angaben, ob und wenn ja in welcher Grössenordnung die Veränderung des Strommix (also der grössere Anteil von erneuerbaren Energien) eine Rolle bei der Preisbildung bzw. Preisentwicklung spielt und welcher Einfluss die Bevölkerung durch die Wahl des Stromproduktes auf diese Kostenentwicklung hat.

Und es wurde vorhin angetönt: In der BBK sollen uns diese Zahlen geliefert werden. Ich denke, die sind wirklich wichtig, damit wir überhaupt einschätzen können, wie es zu dieser Entwicklung gekommen ist.

Die Interpellation geht aber von einem Fakt aus, und dieser Fakt ist schlicht falsch. Sie sind davon ausgegangen, dass gemäss ElCom-Prognose die Strompreise sinken. Man muss einfach festhalten: Der Strompreis ist nicht ein bisschen angestiegen, wie Du gesagt hast, Hansruedi, sondern der Preis war im September 2018 sogar auf ein 10-Jahres-Hoch angestiegen. Leider fokussiert die Interpellation nur auf den Teil Energie der Stromgebühren, und man sieht es in der Antwort, dass der Strompreis sich aus mehreren Teilen zusammensetzt. Der Teil Energie macht nur ca. 1/3 der Stromgebühren aus. Mich als Endbenutzer interessieren aber die gesamten Stromkosten und nicht nur der Teil der Kosten im Bereich Energie. Und dort fehlen uns immer noch wichtige Informationen. Fakten zum Bereich Netznutzung werden in der Interpellationsantwort nur betreffend Unterdeckung von 11.7 Mio. im Profitcenter Verteilung Elektrizität geliefert.

Was aber fehlt (leider aber auch in der Interpellation nicht so gefragt wurde), ist der zahlenmässige Vergleich der Netzkosten. Der Strompreis 2019 zwischen den ausgewählten 8 Schweizer Städten, den man im WOV-Indikator berücksichtigt, zeigt, dass Winterthur im Bereich der Netzkosten 19% teurer ist als andere Städte. Und damit hinkt auch der Vergleich (was Du schon angetönt hast, Hansruedi) zwischen Stadt und Land. Andere Städte sind offenbar im Netzanschluss 19% billiger als wir. Und dort ist die Frage, woher kommt das – und auch dort fehlen uns die Informationen.

Nur: Diese Informationen waren nicht gefragt in der Interpellation und deshalb danken wir für diese Interpellationsantwort und nehmen sie zustimmend zur Kenntnis.

Stadtrat St. Fritschi: Jetzt müssen wir dann langsam aufhören, sonst habe ich gar keine Kollegen mehr hier drinnen...

Zuerst an Romana Heuberger: Sie hat es richtig erkannt. Normalerweise, wenn man eine Antwort möchte, dann muss man auch die Frage dazu stellen. Es wurde keine Frage gestellt zum Stromverbrauch von einem Haarfön oder irgendwas. Wir können nicht einfach irgendwelche Antworten liefern, von denen wir denken, dass hätten die Interpellanten vielleicht irgendwie auch noch im Kopf gehabt. Das ist eine einfache Regel, dass man zu dem Antwort erwarten darf, zu dem man eine Frage stellt.

Es ist so, diese Diskussion zeigt auch wieder einmal, wie schwierig das es ist, im Plenum über den Stromtarif zu diskutieren, weil es hat noch ganz viele Faktoren, die da mitspielen. Es ist ein bisschen schwierig, das dann vor allen auszudiskutieren. Es gibt halt dann auch

Sachen, die nicht für alle gedacht sind, die man dann vielleicht in der Kommission im kleinen Rahmen diskutieren muss.

Wir haben noch den Hinweis von Hansruedi Hofer wegen den Glasfasern, die sich nicht lohnen, sie in den Aussenwachten zu verbauen. Es ist natürlich so: Dort ziehen wir wirklich gar keine Glasfasern. Beim Strom haben wir nicht die Freiheit zu sagen, dass wir dort, wo es sich wirtschaftlich nicht lohnt, sagen können: Zündet ein Kerzli an abends. Dort haben wir die klare Verpflichtung, dass wir überall den Strom liefern. Und deshalb stellt sich diese Frage natürlich gar nicht. Beim Glasfasernetz ist es sicher so, dass man die Wirtschaftlichkeit anschaut. Solange man dort nicht Baustellen hat oder die Strasse aufreisst, können wir ganz verzichten auf die Erschliessung dort. Und das macht es dann natürlich doch wieder attraktiv für das Profitcenter, das nach Fredy Künzler gar nie auf einen grünen Zweig kommen wird. Da sind wir vielleicht nicht ganz gleicher Meinung.

Ich danke Euch für das Interesse an Stadtwerk. Viel mehr kann ich nicht mehr danken, denn Ihr versendet heute so viele kritische Stimmen über Stadtwerk... Ich glaube, spätestens dann, wenn die 11 Mio. wieder kommen, seid Ihr wieder ein bisschen milder gestimmt. Aber ich verschliesse mich nicht davor, das in der Kommission auch noch separat zu besprechen. Dann müssten wir einfach Michi Gross – ja, das ist noch gut, dass er nicht hier ist. Der soll dann drandenken und das dann traktandieren.

Und ich danke für das Interesse und dass Ihr wenigstens die Antworten gelesen habt.

Ratspräsident A. Geering: Besten Dank. Damit habt Ihr die Beantwortung der Interpellation betreffend Stromgebühren der Stadtwerke Winterthur zur Kenntnis genommen und das Geschäft ist damit abgeschlossen.

Ich möchte gerne den Stadthausstrasse-Block heute auch noch behandeln, das habt Ihr in der Hand mit der Länge der Voten beim nächsten Traktandum, das noch vorher kommt.

20. Traktandum

GGR-Nr. 2017.121: Beantwortung der Interpellation M. Zehnder (GLP) und A. Steiner (GLP) betr. Insektizide in der Stadt Winterthur

Ratspräsident A. Geering: Beantwortung der Interpellation betreffend Insektizide in der Stadt Winterthur. Das Wort hat Martin Zehnder.

M. Zehnder (GLP): Die Beantwortung der Interpellation ist schon eine Weile her und in der Zwischenzeit hat auch die EU ein paar besonders giftige Pflanzenschutzprodukte aus der Gruppe Neonikotinoide, die ich da in der Interpellation erwähnt habe, ganz verboten. Ein paar weniger stark giftige Neonikotinoide sind leider noch nicht verboten worden.

Wir sind mit der Beantwortung der Interpellation nicht ganz glücklich geworden. Es ist zwar schön, in der Antwort 1 zu sehen, dass die Stadt viel für die Insekten tut und insbesondere für die Bienen auch einige Sachen bereitstellt. Auch dass zurzeit keine Neonikotinoide verwendet werden, freut uns. Aber der Schlusssatz in dieser Antwort lässt uns in Unsicherheit. Wenn im Schlusssatz steht, dass Stadtgrün allenfalls plant, die Lage neu zu beurteilen, dann steht da indirekt, dass sie nicht sicher auf diese Gifte verzichten. Es zeigen aber mehrere Umweltschutzorganisationen auf, dass diese wirklich nicht mehr eingesetzt werden sollen. Vielleicht muss man an dieser Stelle noch darauf aufmerksam machen, dass verschiedene Produkte im Handel mit diesen Neonikotinoiden angeboten werden und zurzeit sind im Wesentlichen drei verboten.

Bei Frage 2 und 3 gibt der Stadtrat zur Antwort, dass Thiacloprid gemäss Auskunft der ALN (eine Abteilung im Strickhof) für Bienen untoxisch ist. Eine weitere Anwendung werde durch die Fachstellen gemeldet. Untoxisch tönt zwar gut, ist es aber nicht.

Ein Bienenvolk lebt nicht nur von der Unversehrtheit einer einzelnen Biene. Bei einem Bienenvolk geht es ja darum, dass sie Nachwuchs weiterpflegen können, und d.h. dass sie für

den Nachwuchs da sein müssen. Die Bienenkönigin muss die Eier legen können und die Bienen, die hinausfliegen und Nektar und Pollen zurückholen, die müssen den Weg retour wiederfinden. Aber die Neonikotinoide sind Nervengifte. Die Bienen verlieren auf dem Weg retour den Weg, sie wissen nicht mehr wohin. Und so ist das Zeug, das da gespritzt wird, vielleicht untoxisch für eine Biene, aber definitiv tödlich für ein Volk.

In einer Studie aus Neuenburg, die einiges nach der Interpellationsantwort im Januar 2019 veröffentlicht wurde, kann man lesen, dass auch Federn von Vögeln schon mit diesen Pflanzenschutzmitteln vergiftet sind. Man muss sich mal überlegen: Wir sprechen ja eigentlich von etwas, das man auf den Boden ausgibt wegen den Pflanzen. Und am Schluss hat man es in den Federn der Vögel. Das Zeug ist nicht nur genau dort, wo es wirken soll. Sondern in dem Moment, in dem es ausgespritzt oder ausgespritzt wird, verteilt sich das mit der Luft überall hin und wenn diese Studie nachweisen kann, dass eben diese Gifte am Schluss nicht nur im Boden sind, sondern sogar Vögel mit dem Zeug umherfliegen, dann muss man ehrlicherweise sagen, das ist wirklich etwas, das man auf städtischem Boden verbieten sollte.

Es ist so, es gibt gewisse Produkte, die sind vom Bund immer noch zugelassen. Die können wir vielleicht nicht verbieten, weil andere Gesetze uns verbieten, etwas zu verbieten. Aber ich bin trotzdem der Meinung, es wäre eigentlich sinnvoll, wenn wir wenigstens als Stadt sämtliche Bauern auf unserem Gemeindegebiet dazu anhalten könnten, dass sie Neonikotinoide meiden. Es geht mir dabei nicht nur um den Honig, der ja unterdessen auch mit Pestiziden verseucht ist – und nicht nur in Winterthur, sondern auf der ganzen Welt. Vor einigen Tagen wurde ich auf einen Bericht aufmerksam gemacht, dass in den Schweizer Wäldern Insektizide gegen Borkenkäfer eingesetzt werden. Wälder, da haben wir dann das Holz voller Pestizide, dann die Möbel, die wir dann in der Wohnung und den Kinderzimmern haben... Ich finde das nicht gut. Und es lässt sich nachweisen, dass diese Pestizide nicht einfach durch irgendeinen Organismus abgebaut werden, sondern sie werden weitergegeben und wir haben nachher alles Mögliche in der ganzen Nahrungskette und überall haben wir das Zeug drin.

Und deshalb bin ich wirklich der Meinung, dass es zwar schön ist, wenn der Stadtrat verspricht, dass er momentan gerade nichts einsetzt, aber wenn er sagt, eventuell werde das nochmals geprüft, finde ich das nicht gut.

Wir nehmen die Antwort sehr kritisch entgegen. Aber ich habe glaub's vergessen zu erwähnen, dass wir danken für die Antwort.

H.R. Hofer (SVP): Ich als Landwirt nehme die Antwort des Stadtrates mit Bedauern zu Kenntnis. Mit Bedauern darum, weil der Stadtrat absolut recht hat mit der vorliegenden Antwort.

Ab 2019 sind Neonikotinoide in der Schweiz generell verboten in der Landwirtschaft, im Rapsanbau schon seit 2017. Neonikotinoide wurden vorher ca. 30 Jahre lang zur Saatgutbeizung eingesetzt, d.h. Saatgut, welches ich gekauft habe, war schon mit diesem Wirkstoff behandelt und hat die Saat nachhaltig vor Schädlingen geschützt. Das Verbot wurde in der EU initiiert, nach dem Verbot kam aber die Einsicht, welche riesigen Auswirkungen das Verbot nach sich ziehen kann. Belgien, Polen, Ungarn, Tschechien, Grossbritannien, Finnland, Österreich und auch Deutschland haben die Zulassungsbeschränkung wieder gelockert oder aufgehoben.

Das Bundesamt für Landwirtschaft hat in voreilendem Kadavergehorsam sich dem EU-Entscheid angeschlossen und ein Verbot erlassen, hält nun aber daran fest und das ohne eine Alternative oder einen Notfallplan.

Auf mein Nachfragen im Sämereien-Zentrum Niederfeld wie auch beim Leiter der Fachstelle Pflanzenschutz vom Strickhof bekam ich von beiden die gleiche Antwort: Schulterzucken und allgemeine Ratlosigkeit.

Der schon fast lapidare Kommentar dazu aus Bern (Zitat) „Rüben- und Raps-Pflanzer müssen sich auf ein herausforderndes Jahr gefasst machen.“

Meinen Raps den ich letztes Jahr gesät habe, und der schon von dem Beizmittelverbot betroffen war, musste ich letzten Herbst zweimal spritzen, sonst hätte, auch unterstützt durch das anhaltend schöne Wetter, der Rapserdfloh gleich abgeräumt. Eine neue Problematik, die

ich in den 29 Jahren davor, in denen ich den Betrieb führe, nicht gekannt habe. Es versteht sich von selbst, dass eine Spritzapplikation um einiges höher ausfällt als eine Saatgutbeizung. Diese ist bei Raps in der Grössenordnung von 20 Gramm je Hektare (also pro 10'000 m²).

Beim Raps bzw. Rapsöl ist zumindest eine Ersatzlösung vorhanden, so hat es auf dem Weltmarkt genügend gentech-verändertes Soja- und Palmöl.

Raps ist eine blühende Kultur und dadurch noch einigermaßen zu verstehen. Zuckerrüben werden aber vor der Blüte geerntet, eine Kontaminierung durch Bienen ist nur mit viel Fantasie vorstellbar. Der Rübenerdfloh wird in Zukunft genau beobachtet werden müssen und, so ist zu befürchten, auch chemisch bekämpft werden müssen. Diesen Frühling musste ich ihn nicht bekämpfen, weil es immer in der Nacht so kalt war, dass er sich nicht explosionsartig vermehrt hat.

Der Bienengesundheitsdienst der Fachstelle für Bienenvergiftung hatte im Jahr 2015 17 Verdachtsfälle für Vergiftungen registriert, davon wurden in 10 Fällen eine Vergiftung nachgewiesen, 3 davon verursacht durch Neonikotinoide.

2018 wurde kein Fall mehr nachgewiesen, in denen Neonikotinoide nachgewiesen wurden, wie ich vom Leiter der Fachstelle für Pflanzenschutz vom Strickhof erfahren habe. Als Vergleich: 1961 waren es 180 Fälle.

Kein Bauer in der Schweiz wird ein Insektizid aus reiner Freude spritzen. Im Rapsanbau wäre sogar ein Mittel gegen Rapskrebs in der Vollblüte erlaubt, wir verzichten, im Gegensatz zum Ausland, bewusst darauf, um einen Imageschaden zu vermeiden.

Die Zeiten, in denen mit Spritzplänen der Chemischen Industrie gearbeitet wurde, sind zum Glück schon lange vorbei. Heute werden Schädlinge ausgezählt oder in Fallen gefangen. Jeder Pflanzenschutz Einsatz wird aus ökologischer wie auch aus wirtschaftlicher Sicht wohl überlegt.

Im letzten Winter, und das ist ausserordentlich traurig, gingen in der Schweiz etwa 2'700 Bienenvölker ein. Ausserdem wurden 2018 317 Fälle von Sauerbrut, 42 Fälle von Faulbrut und 127 Fälle von Varroa Milbenbefall gemeldet. Wie viele Bienenvölker betroffen waren, lässt sich nicht genau beziffern.

Jeder Bauer, davon bin ich überzeugt, ist sich bewusst, dass Bienen höchst schützenswerte und ausserordentlich wichtige Insekten sind, ohne die ein erfolgreicher Anbau von blühenden Kulturen nicht möglich ist. Wir tun alles für unser gelb-schwarzen Mitarbeiterinnen.

Dieses Verbot, da bin ich mir aber sicher, wird jedoch mehr Schaden als Nutzen anrichten. Wenn Ihr wirklich etwas für Bienen tun wollt, absolviert einen Imkerkurs. Bienenhäuser stehen nur schon in Wülflingen einige leer. Das wäre kein Problem, da ranzukommen. Oder kauft zumindest Schweizer Bienenhonig und sorgt so dafür, dass die noch aktiven Imker ihr hochwertiges Naturprodukt wenigstens verkaufen können.

Die Antwort des Stadtrates ist korrekt, die SVP dankt dafür.

S. Müller (EVP): Ich möchte es ganz kurz machen, es ist eigentlich schon alles gesagt worden. Ich glaube, bei diesem Gift finden sich die GLP und die EVP eher wieder. Wir nehmen die Antwort des Stadtrates auch zur Kenntnis und danken dafür.

Ich möchte einfach noch darauf hinweisen: Jetzt gerade ist nicht wirklich eine akute Situation. Es wäre eigentlich der gute Moment, diese Schädlingsbekämpfung nochmals ein bisschen anders zu denken. Was gäbe es sonst noch für Alternativen, gerade bei den Landwirtschaftsbetrieben oder bei Stadtgrün. Es wäre ein guter Moment.

Und ich möchte es auch noch erwähnen: Martin hat schon die Vögel angesprochen, was da nachgewiesen worden ist an Neonikotinoiden. Auch die Fische (wir hatten es vorhin vom Matenbach heute Abend). Was das Ganze auslöst auf die ganzen Wasserorganismen, das ist noch viel zu wenig erforscht. Man weiss einfach, der Bestand dieser Wasserorganismen geht zurück und dadurch auch der Fische. Das ist etwas, das mich in meinem Hobby betrifft, klar, aber um es deutlich zu sagen: Dieser Rattenschwanz ist viel länger als wir meinen. Wir können gar nicht vorsichtig genug sein. Nervengift bleibt Nervengift. Pro Jahr in der Schweiz noch gut 2,5 Tonnen Neonikotinoide, die verteilt werden. Das macht mich sehr nachdenklich.

Th. Leemann (FDP): Die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation. Ich bin froh, dass Hansruedi schon so viel erzählt hat. Ich gehe da natürlich auch darauf ein. Ich finde es vernünftig, dass Stadtgrün Winterthur weitgehend auf chemische Mittel verzichtet, das ist doch heute eigentlich logisch, dass man heute nicht mehr mit der Chemiekeule durchgeht. Auch durch gut geschultes Personal wird nochmals mit Augenmass erst dann auf chemische Mittel zugegriffen, wenn es das braucht. Es kann es geben, dass es das braucht. Auf den städtischen Bauernhöfen, die verpachtet sind, gehe ich davon aus, dass wir dort ausgebildete Landwirte haben. Nur die Landwirte, die eine Ausbildung haben, bekommen auch Direktzahlungen. Und ihnen liegt natürlich sicher auch am Herzen, solche Mittel massvoll einzusetzen, wenn es nötig ist. Sonst sucht man sicher einen anderen Weg. Etwas anderes macht doch gar keinen Sinn. Sollten in Milch oder Getreide Verunreinigungen festgestellt werden, gibt es keinen Lohn. Man muss es sicher auch selber entsorgen. Und das macht doch sicher kein Unternehmer.

Mir ist auch kein Unternehmer bekannt in allen Berufsgattungen, der so arbeitet. Und wenn einer es so macht, regeln das die Wirtschaft oder das Gesetz von selbst. Ich kaufe keine verunreinigten Sachen, also wird er irgendwann nicht mehr am Markt sein – oder wenn er keine gute Arbeit macht.

Auch wird die Landwirtschaft angehalten, Blumenwiesen zu schaffen und so die Biodiversität zu wahren. Auch das gibt Direktzahlungen. Das sieht man bei uns in Ricketwil auf dem Land sehr viel, dass man ab und zu eine Parzelle Land hat, wo das schön wachsen kann, wo man eigentlich nichts macht. Auch die Stadt, auf ihren Wiesen, in Absprache mit den Pächtern: Wenn die das nicht behandeln, kann man das auch den Imkern zuweisen oder empfehlen. Ich bin es mir gewöhnt bei uns oben: Wenn ein Imker bei uns seine Töpfe aufstellen will oder im Bienenhaus ist, spricht er mit den Landbesitzern und dann kann man auch schnell noch sagen, man habe das und das genommen oder man hat nichts genommen. Also unser Hobbyimker in Ricketwil macht das so.

In der Stadt Winterthur kann jeder und jede auch etwas machen für die Bienen. Kauft doch ein Bienenhotel (ich habe zwei Stück um das Haus herum) oder macht doch selber eines mit den Kindern zusammen für unsere kleinen fleissigen Helfer. Die haben es nötig. Und sie werden es Euch mit Honig verdanken.

F. Landolt (SP): Wir nehmen diese Antwort grösstenteils wohlwollend zur Kenntnis und sind froh um die Erfahrungsberichte von Hansruedi Hofer. Wir sind auch froh um den biologisch-wissenschaftlichen Input von Martin. Ich fühle mich da zwischendrin, in dieser hochkomplexen Materie, eigentlich nicht befähigt, irgendeine aussagekräftige Debatte zu führen. Deshalb verzichte ich jetzt darauf.

R. Diener (Grüne/AL): Auch nur kurz. Ich stehe hier für die Grünen/AL und sage, wir sind eigentlich zufrieden mit der Antwort. Es ist ziemlich gut dokumentiert worden, wie die Situation ist. Die Antwort ist allerdings auch schon ein bisschen älter und es hat sich einiges schon wieder verändert unterdessen. Das wurde auch schon richtig aufgezeigt. Ich freue mich, dass es bei Stadtgrün und bei den Landwirtschaftsbetrieben der Stadt doch gelungen ist, mehr oder weniger vollständig auf diese Neonikotinoide zu verzichten, allerdings werden nach wie vor BSM-Mittel eingesetzt, z.T. auch ziemlich schwierig von der Belastungssituation her. Wir mussten gerade bei der letzten Rechnung zur Kenntnis nehmen, dass wieder mehr eingesetzt wurde, auch bei Stadtgrün auf Stadtgebiet. Was eine schlechte Entwicklung ist und was zur Kenntnis genommen wurde, dass man besser werden muss. Da gibt es also auch in der Stadt immer noch erheblichen Handlungsbedarf.

Wir wissen, das haben wir gehört: Es ist wirklich ein Problem. Auf die privaten landwirtschaftlichen Gebiete, die sich auf Stadtgebiet befinden, haben wir nicht so viele Einflussmöglichkeiten. Dort laufen die Bemühungen, wie sie Hansruedi gut und richtig geschildert hat, dass man den Einsatz minimiert. Selbstverständlich ist jedes gesparte Gramm wertvoll, aber das Ziel muss sein – da bin ich nicht ganz einig mit Dir, Hansruedi – das Ziel muss sein, dass wir mindestens diese Neonikotinoide jetzt definitiv loswerden, um dieses Gefahrenpotential wirklich beheben zu können. Es ist sicher nicht einfach, aber da müssen wir daran arbeiten. Und ich

glaube, wenn wir die Biodiversität erhalten wollen, auch in den Landwirtschaftsgebieten, dann müssen wir in diesem Bereich weiter aktiv bleiben. Und insofern ist es natürlich schon noch einiges, das in Zukunft erledigt werden muss.

H.R. Hofer (SVP): Nur kurz eine Replik auf das Votum von Reto: Ich kann Dich beruhigen. Neonikotinoide in der Landwirtschaft sind verboten. Wenn das einer trotzdem einsetzt, macht er sich strafbar.

Stadtrat St. Fritschi: Ich stelle fest, das durchschnittliche Wissen vom Gemeinderat zu diesem Thema ist sehr hoch. Da muss ich mich fast schämen, da noch etwas dazu zu sagen. Da halte ich mich ein bisschen wie Felix. Mit aller Bescheidenheit weiss ich noch nicht sehr lange, dass Neonikotinoide nicht etwas zum Rauchen sind...

Aber wichtig ist zu wissen: Wir halten uns auch bei Stadtgrün an das Gesetz, wir verwenden diese nicht.

Und Thomas Leemann muss ich leider enttäuschen: Auch wenn Du Dein Haus mit Wildbienenhotels bestückt hat, mit zwei, Du wirst da nie Honig ernten können. Da müsstest Du dann zu Deinem Nachbarn, zum Imker Zehnder, er hat dann eher Honig, den Du dann auch zum Zmorge essen kannst.

Aber ich danke für die Aufnahme der Interpellation und nun freie Fahrt für die Stadthausstrasse.

Ratspräsident A. Geering: Damit ist die Beantwortung der Interpellation betreffend Insektizide in der Stadt Winterthur zur Kenntnis genommen und abgeschrieben.

Wir starten in den Stadthaus-Block. Es ist Viertel vor, ich denke, das können wir sportlich noch schaffen.

Es geht um die Traktanden 21, 22 und 23, die Beantwortung der Interpellation betreffend Verkehrsberuhigung Stadthausstrasse, Antrag und Bericht zum Postulat betreffend Aufenthaltsqualität an einer verkehrsberuhigten Stadthausstrasse und Antrag und Bericht zur Motion betreffend Verkehrsberuhigung Stadthausstrasse.

Es gibt bei der Motion den Gegenantrag betreffend der Ziffer 2 auf Erheblicherklärung. Ich gebe das Wort der GLP.

U. Hofer (FDP): Ich habe einen Ordnungsantrag. Die nächsten drei Traktanden sind sehr wichtig und es ist absehbar, dass wir drei Viertelstunden plus über dieses Thema diskutieren werden. Ich glaube nicht, dass wir es jetzt noch sinnvoll zu Ende führen können. Deshalb der Ordnungsantrag, dass wir für heute aufhören und das das nächste Mal in voller Länge behandeln und auch mit der nötigen Sorgfalt.

Ratspräsident A. Geering: Mit einem Ordnungsantrag wird direkt abgestimmt.

Wer diesem Ordnungsantrag zustimmt, was bedeuten würde, dass die Sitzung dann beendet ist, der möge das bezeugen durch Handerheben.

Der Ordnungsantrag auf Beendigung der Sitzung ist deutlich angenommen. In dem Fall bleibt mir nur, Christa Meier zu danken, dass Du so lange ausgehalten hast.

Stadträtin Ch. Meier: Es war das letzte Mal schon so, dass wir bis zu meinem Traktandum kamen. Ich nehme es bald persönlich.

Ratspräsident A. Geering: Damit schliesse ich die Sitzung und wir sehen uns nächste Woche zur Klima-Sondersitzung.

Mit dem vorliegenden Protokoll erklären sich einverstanden:

Der Präsident:

Der 1. Vizepräsident:

Die 2. Vizepräsidentin:

A. Geering (CVP)

D. Oswald (SVP)

M. Sorgo (SP)